



Der Werkschutz der sowjetisch verwalteten Betriebe

MANFRED MUGRAUER

Haupfaktor für die Ausgrenzung und Marginalisierung der KPÖ nach 1945 war der in Österreich hegemoniale Antikommunismus. Eines der wichtigsten Instrumente zur Diskreditierung der KPÖ war die Sowjetisierungs- und Putschthese, die der KPÖ geheime Machtübernahmepläne unterstellte. Infolge der Zuspitzungen des Kalten Krieges wurden Putschgerüchte zu einem fixen Bestandteil der innenpolitischen Auseinandersetzung. Obwohl seit 1945 keine Anzeichen deutlich geworden waren, dass die Sowjetunion beabsichtige, Österreich in ihren Machtbereich einzubeziehen, sollten in der österreichischen Bevölkerung Ängste über kommunistische Putschabsichten geweckt werden. Im Zuge der Teilung Europas sei von der Sowjetunion und der KPÖ auch die Teilung Österreichs intendiert, so wurde zu suggerieren versucht. Demgegenüber inszenierten sich ÖVP und SPÖ als Retter vor der „kommunistischen Gefahr“.

Am 5. Mai 1947 wurde eine spontane Massendemonstration zum Wiener Ballhausplatz, die sich gegen die schlechte Ernährungslage richtete, zum „Kommunistenputsch“¹ umgedeutet. Ende Mai 1947 versuchte man die Ereignisse in Ungarn auszuschlachten und warnte vor einem bevorstehenden kommunistischen Umsturz in Österreich nach ungarischem Muster. Nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 erhielten Putschgerüchte in Österreich neuen Auftrieb. Sie intensivierten sich bis zur Berlin-Krise im Herbst 1948. Die damaligen US-amerikanischen Geheimdienstberichte illustrieren diese – wie der Historiker Manfred Rauchensteiner schreibt – „kaum überbietbare Gerüchtewelle“. Wochenlang „jagte eine Tartarennachricht die andere“.² Ihren Höhepunkt erreichte die gegen die KPÖ gerichtete Putschmetapher während der großen Streikbewegung im September und Oktober 1950, die als „Kommunis-

tenputsch“ denunziert wurde. Die Putschthese, die von gewaltsamen Umsturzversuchen der KPÖ in den Jahren 1947 bis 1950 ausgeht, ist auch in der neueren wissenschaftlichen Literatur anhaltend präsent.³

Kommunistische Privatarmee?

Ein wichtiges Element des konstruierten Bedrohungsszenarios war der in den Betrieben der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) tätige Werkschutz, der zu Spekulationen Anlass gab. Die SMV war von der sowjetischen Besatzungsmacht geschaffen worden, nachdem Verhandlungen mit der österreichischen Regierung über eine bilaterale, österreichisch-sowjetische Erdölgesellschaft im September 1945 gescheitert waren. Hierauf beschlagnahmte die Sowjetunion Ölfelder und Raffinerien. Obwohl der Werkschutz keine paramilitärische Formation war, wurde er nach den Vorgängen in der Tschechoslowakei im Februar 1948 zum Hauptfaktor des subversiven Potenzials der KPÖ hochgespielt. Die Aufgabe des Werkschutzes bestand jedoch ausschließlich darin, anstelle der Wachmannschaften der Roten Armee die sowjetisch verwalteten Erdölanlagen im Zistersdorfer Ölfeld in Niederösterreich zu bewachen und Diebstähle zu verhindern.⁴ Er war dabei auf die Betriebe der SMV konzentriert, in den sowjetisch verwalteten Betrieben der USIA gab es keinen Werkschutz. Im Unterschied zu Polizei und Gendarmerie war der Werkschutz seit seiner Gründung mit Schusswaffen ausgestattet, worin der eigentliche Grund für seine Dämonisierung zu erkennen ist.

In antikommunistisch motivierten Polemiken wird der Werkschutz als „kommunistische Privatarmee“ beschrieben, die „bis an die Zähne bewaffnet“ gewesen sein soll.⁵ Er soll aus „einigen Tausenden“ ausgesuchten Kommunisten formiert worden sein, darunter auch Ausländer, wie der damalige Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) behauptete.⁶ Noch in

einem 1985 erschienenen *Spiegel*-Artikel wird der Werkschutz als 5.000 Mann starke „potentielle Bürgerkriegstruppe“⁷ charakterisiert.

In der wissenschaftlichen Literatur wird der Werkschutz ähnlich eingeschätzt: Der US-amerikanische Forscher William Bader, in späteren Jahren Assistant Secretary of State for Educational and Cultural Affairs im State Department, sieht in ihm einen potenziellen Faktor bei einem kommunistischen Putschversuch, da er der Polizei an Bewaffnung überlegen gewesen sein soll.⁸ Waltraud Brunner schreibt in ihrer Arbeit über die USIA-Betriebe, dass die Bewachung der SMV-Anlagen nur ein Vorwand für die Gründung des Werkschutzes gewesen sei: „In Wirklichkeit handelte es sich aber vor allem um bewegliche Stoßtrupps, die als ‚Rollkommandos‘ überall dorthin transportiert werden konnten, wo man sie gerade einsetzen wollte.“⁹ Auch Karl Gutkas, damaliger Kulturamtsdirektor von St. Pölten und Leiter der niederösterreichischen Landesausstellungen, behauptet, dass der Werkschutz „für politische Aktionen der Kommunistischen Partei zur Verfügung stand“.¹⁰ Ohne jeden Beleg erkennt der Grazer Historiker Walter Iber in einer neueren Dissertation über die SMV die Überwachung von nichtkommunistischen Arbeitern und Angestellten als eine Aufgabe des Werkschutzes.¹¹ Gemäß der katholischen Publizistin und früheren Redakteurin der *Wiener Kirchenzeitung* Ingeborg Schödl soll der Werkschutz in den SMV-Betrieben ein „wahres Schreckensregime“ zur Überwachung „nicht linientreuer“ Arbeiter und Angestellten entfaltet haben.¹²

Laut dem Politologen Anton Pelinka sei der Werkschutz militärisch ausgebildet gewesen,¹³ während in Wahrheit keine Hinweise auf militärische Übungen vorliegen. Weder die westlichen Geheimdienste noch die österreichische Staatspolizei wussten über ein solches Training etwas in Erfahrung zu bringen,



Laurenz Hiebl (1903–1998)

obwohl es beiden gewiss nicht schwer gefallen wäre, auch aus den Reihen des Werkschutzes Informanten zu gewinnen. Dem Politologen Reinhard Meier-Walser und dem Historiker Günter Bischof, die beide von Putschplänen der KPÖ ausgehen, dient die angebliche militärische Schulung des Werkschutzes zur Stützung ihrer diesbezüglichen Argumentation.¹⁴ Manfred Rauchensteiner hingegen schätzt den Werkschutz nicht als reale Bedrohung ein, entpuppte sich dieser seiner Meinung nach doch „bei näherem Hinsehen als paramilitärische Organisation von denkbar bescheidenem Zuschnitt“.¹⁵ Er zitiert in diesem Zusammenhang auch Adolf Schärfs rhetorische Frage, wer sich denn „vor diesen paar Manderln fürchten“ solle.¹⁶ Dennoch kennzeichnet auch Rauchensteiner den Werkschutz als „einzige bewaffnete Parteiformation“, die es in der Zweiten Republik gab.¹⁷

Entgegen dieser Charakterisierung des Werkschutzes als Privatarmerie der KPÖ ist dieser kein einziges Mal als innenpolitischer Faktor im Sinne der KPÖ hervorgetreten. Weder bei Demonstrationen und Veranstaltungen noch im Verlauf des Oktoberstreiks haben sich diese angeblich „beweglichen Stoßtrupps“ aus den Anlagen der SMV hinaus bewegt. Der SPÖ-Politiker Franz Popp, bis 1960 stellvertretender Landeshauptmann von Niederösterreich, schreibt zwar, dass der Werkschutz „bei politischen Veranstaltungen als terroristische Prügelgarde“ aufgetreten sei,¹⁸ es handelt sich dabei aber um eine Erfindung. Würde dies den Tatsachen entsprechen, so wäre die *Arbeiter-Zeitung* voll gewesen von Berichten über solche und ähnliche Auftritte des Werkschutzes. Ebenso erfunden ist die Behauptung des damaligen Innenministers Oskar Helmer (SPÖ), wonach

Werkschutzleute aus dem Ölgebiet „zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet“ in der zweiten Phase des Oktoberstreiks „als Rollkommandos in Aktion“ getreten seien.¹⁹ Ingeborg Schödl tradiert noch in einer 2015 erschienenen Publikation die Legende, dass der Werkschutz „maßgeblich am Putschversuch im Oktober 1950 im Zuge des vierten Lohn- und Preisabkommens gegen die österreichische Regierung beteiligt“ gewesen sei.²⁰ In hunderterten Polizeiberichten über die Streikbewegung in Niederösterreich im Oktober 1950 findet sich jedoch nicht ein Hinweis, der diese Aussagen belegen könnte.²¹

Angesichts des beinahe völligen Fehlens von verlässlichen Primärquellen über den Werkschutz, seine Aufgaben, genaue Größe und Zusammensetzung, bleibt auch die Frage offen, wie Bischof zur Einschätzung gelangen kann, dass es sich beim Werkschutz um eine „schlagkräftige Elite-Organisation“ gehandelt habe.²² Ebenso stützt sich die Behauptung von Meier-Walser, wonach der Werkschutz mit „modernen Schusswaffen“ ausgerüstet gewesen sei,²³ weniger auf solides Quellenmaterial denn auf Klischeebilder aus der Zeit des Kalten Krieges. Schon der US-Gesandte John Erhardt berichtete 1948, dass der Werkschutz im Ölgebiet nur über Waffen „of German origin“ verfüge,²⁴ was durch die Erinnerungen von Anton Hofer, damals Werkschutzkommandant und später Vorsitzender des *Gewerkschaftlichen Linksblocks*, bestätigt wird: Hofer gibt an, dass die Ausrüstung „im wesentlichen aus alten Beständen der Deutschen Wehrmacht (Pistolen, Karabinern, sowie einigen Maschinenpistolen, die aber in der Waffenkammer deponiert waren)“ bestanden habe.²⁵

Kommunistische Kommandanten

Richtig ist, dass zahlreiche Werkschutzangehörige Mitglied der KPÖ waren, unter ihnen auch antifaschistische Freiheitskämpfer, die im Rahmen der Österreichischen Freiheitsbataillone, die 1944/45 von der KPÖ in Jugoslawien formiert worden waren, gekämpft hatten. Die KPÖ war aber nicht in der Lage, direkten Einfluss auf den Werkschutz auszuüben und mit Kommandogewalt über ihn zu verfügen. Weisungsbefugt gegenüber dem Werkschutz war allein die Generaldirektion der SMV, die ihm nie einen über den Objektschutz hinausgehenden Auftrag erteilt hat. Auch kaderpolitisch hatte die KPÖ keinen direkten Zugriff auf den Werkschutz.

Während vom operativen Führungsgremium der Partei über jede personalpolitische Maßnahme – über jeden einzelnen Bezirkssekretär und jede/n politische/n Mitarbeiter/in im Umfeld der Partei – ein Beschluss gefasst wurde, stand der Werkschutz kein einziges Mal auf der Tagesordnung des (Politischen) Sekretariats bzw. Politbüros. Josef Meisel, damals Landessekretär der KPÖ Niederösterreich, weiß sogar zu berichten, dass es die Werkschutzangehörigen verstanden haben sollen, sich dem politischen Einfluss der KPÖ weitgehend zu entziehen.²⁶

Erster Kommandant des Werkschutzes war Laurenz Hiebl, ein Februarkämpfer und Spanienkämpfer, der 1944/45 Angehöriger des ersten Österreichischen Freiheitsbataillons war und im April 1945 in Kroatien für die Aufstellung des dritten Bataillons verantwortlich zeichnete. 1945/46 war er Rayonskommandant des Grenzschutzes in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach,²⁷ der zur Besserung der Sicherheitsverhältnisse im Norden und Osten Niederösterreichs zum Einsatz kam und vor allem aus ehemaligen Angehörigen der Freiheitsbataillone gebildet wurde.²⁸ Als Kommandant des Werkschutzes folgte ihm 1948 der damals erst 21-jährige Flugzeugmechaniker Anton Hofer,²⁹ der altersbedingt über keine entsprechenden Erfahrungen im Widerstands- und Partisanenkampf verfügen konnte. Einer seiner Stellvertreter war Franz Gebhard, der bereits in Spanien und in den Reihen der Roten Armee gekämpft hatte und 1944 gemeinsam mit Franz Honner nach Slowenien ausgeflogen wurde, wo er zunächst in Kärnten Kontakte zu Widerstandsgruppen knüpfte und später im ersten Freiheitsbataillon kämpfte. Auch er war 1945 Kommandeur von Grenzschutzeinheiten, nämlich im Rayon Bruck an der Leitha.³⁰

Von der VdU-Zeitung *Neue Front* und US-amerikanischen Agenturen wurden 1949 Gerüchte in die Welt gesetzt, dass der ehemalige Wehrmachtsgeneral Fritz Franek die Leitung des Werkschutzes der sowjetischen Betriebe in Österreich innehabe.³¹ Franek war Ritterkreuzträger des Maria-Theresien-Ordens und lehrte von 1934 bis 1938 an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt. Im Juli 1944 wurde er als Kommandeur der 73. Infanteriedivision an der Ostfront festgenommen und trat in der Endphase des Krieges im Sinne der Exilkonzeptionen der KPÖ im Moskauer Rundfunk für ein unabhängiges und demokratisches Österreich ein.³² Franek,

der nach seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1948 in keiner Beziehung zur KPÖ stand, hat die zeitgenössische Lüge, dass er den Werkschutz kommandiere, zwar mehrfach dementiert, auch in einem entsprechenden Schreiben an Kanzler Leopold Figl,³³ sie ist jedoch bis heute in der Forschungsliteratur präsent, etwa in einem Beitrag des Historikers Fritz Keller über die Geschichte der KPÖ nach 1945.³⁴

Der Stab des Werkschutzes befand sich in Neusiedl an der Zaya im Erdölgebiet. Einzelne Wachgruppen gab es in den Betrieben Mühlberg, Hauskirchen, Prinzensdorf, Maustrenk und Zistersdorf. Den Angaben von Anton Hofer zufolge wurden die Standorte Prinzensdorf, Hauskirchen und Maustrenk später aufgelassen, während in den ab 1949 neu erschlossenen Ölfeldern in Prottes, Auersthal, Aderklaa, Schönkirchen und Matzen weitere Wachgruppen hinzukamen.³⁵ Eine KPÖ-interne Auflistung der Betriebsratswahlergebnisse aus dem Jahr 1951 führt – über das Zistersdorfer Ölgebiet hinaus – Werkschutzgruppen bei Nova Schwechat, Vacuum, in den Raffinerien in der Lobau, in Vösendorf, Korneuburg, Moosbierbaum und Aderklaa sowie im Tanklager Lobau an.³⁶ Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte eine Erhebung des Innenministeriums aus dem Jahr 1948, die 200 Feuerwehrmänner in Neusiedl an der Zaya, 60 Angehörige des administrativen Personals in Wien, drei Züge in Wien und Umgebung (Nova Schwechat, Shell Vösendorf und Floridsdorf) mit etwa 150 Mann und neun Züge im niederösterreichischen Ölgebiet mit etwa 500 Mann ermittelte.³⁷

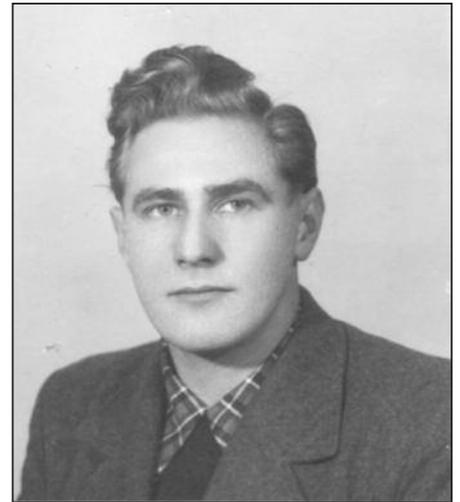
Zur Stärke des Werkschutzes

In den Quellen und in der Forschungsliteratur findet man unterschiedliche Angaben über die Stärke des Werkschutzes. Aus dem Jahr 1948 liegen mehrere amtliche Erhebungen vor, nachdem der Werkschutz angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei in den Mittelpunkt des Interesses der österreichischen Regierung und auch der westlichen Besatzungsmächte gerückt war. Staatssekretär Ferdinand Graf (ÖVP) sprach Anfang 1948 gegenüber dem US-amerikanischen Nachrichtenanalytiker Martin F. Herz von 12.000 Werkschutz-Männern, die den Kommunisten zur Verfügung stehen würden, während der amerikanische Heeresnachrichtendienst CIC – so Herz – von nur 500 Männern ausgehe.³⁸ Andere Quellen würden sogar von 18.000 Angehörigen sprechen, wie

Herz im Rahmen seiner Erhebungen festhielt, womit die Anzahl der Werkschutz-Angehörigen die Gesamtzahl der Beschäftigten in der SMV beinahe in doppelter Hinsicht überschritten hätte. Sie wäre damit auch fast doppelt so groß gewesen wie die Anzahl der Angehörigen der Wiener Polizeidirektion. Es fiel den Amerikanern aber nicht schwer, die fantastischen Angaben österreichischer Regierungsmitglieder auf Basis eigener Erhebungen zu überprüfen. Realistischerweise, so Herz, dürfte die Stärke des Werkschutzes nicht mehr als 1.600 Mann betragen. Auch war sich Herz darüber im Klaren, dass der Werkschutz „keine subversiven oder revolutionären Aufgaben“ verfolge, sondern nur zur Bewachung der sowjetischen Anlagen diene.³⁹

Maximilian Pammer, Chef der Staatspolizeilichen Abteilung im Innenministerium, beauftragte eine spezielle Einheit mit Untersuchungen über den Werkschutz und schloss daraus seine Stärke auf 1.800 Mann.⁴⁰ Eine entsprechende Mitteilung an Martin F. Herz ließen die wenige Wochen zuvor erfolgten Angaben von Ferdinand Graf gewiss in einem denkbar unernsten Licht erscheinen. John Erhardt berichtete im April 1948 nach Washington, dass der Werkschutz vor dem Hintergrund der Ereignisse in Prag von Ferdinand Graf und anderen als ein Instrument für einen „coup d'etat“ der KPÖ eingeschätzt werde. Erhardt wusste dabei jedoch die übertriebenen Angaben der Regierung und deren offensichtliches Kalkül richtig einzuschätzen: Die wahre Stärke des Werkschutzes dürfte nicht bei 1.800, sondern bei nur 1.000 Mann liegen. Die einschlägigen Regierungsberichte dienten seiner Meinung nach allein dazu, die westlichen Alliierten zu einer Bewaffnung der österreichischen Polizei zu bewegen. Es gäbe keinerlei Informationen über eine schwere Bewaffnung oder über Training für den Straßenkampf, sondern er diene nur als Wache der Anlagen.⁴¹ Dieser Bericht wirft die durchaus berechtigte Frage auf, wie ein Angehöriger der amerikanischen Besatzungsadministration im Jahr 1948 zu realistischeren Einschätzungen gelangen konnte als österreichische HistorikerInnen in den 1970er und 1980er Jahren.

Im August 1948 gelangte schließlich auch das Innenministerium zur Auffassung, dass die Zahl der Werkschutzangehörigen unter 1.000 liege.⁴² Dies wird durch ähnlich lautende Angaben von Anton Hofer bestätigt, der von 750 Werkschutzmännern und 150 Betriebsfeuerwehrmännern spricht.⁴³ In einer



Anton Hofer (1927–2009)

Statistik über streikende Betriebe in Niederösterreich im September und Oktober 1950 wird die Anzahl der streikenden Werkschutzangehörigen in Zistersdorf mit 330 angegeben, darunter 179 KPÖ-Mitglieder, sowie in Neusiedl an der Zaya mit 417, darunter 130 Parteimitglieder,⁴⁴ was eine Gesamtzahl von 747 mit nur 309 Parteimitgliedern ergibt. Ein Erklärungsfaktor für die vergleichsweise geringe Anzahl an Parteimitgliedern besteht darin, dass Laurenz Hiebl bei der Organisierung des Grenzschutzes im Jahr 1946 die Kommandostellen aus seiner damaligen Grenzschutzeinheit rekrutierte, die einfachen Angehörigen jedoch „aus den umliegenden Dörfern holte“.⁴⁵ In einer Festschrift der ÖMV aus den 1990er Jahren ist von 700 Werkschutzmännern die Rede.⁴⁶ Berücksichtigt man dieses Gesamtbild, so sind die Angaben von 1.500 bis 2.000 Mann, die sich in der Forschungsliteratur eingependelt haben,⁴⁷ weiter nach unten zu korrigieren.

Anmerkungen:

1/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 161–163, hier S. 163. Siehe dazu Mugrauer, Manfred: „Kindische Mätzchen von Saboteuren“. Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 2, S. 11–14.

2/ Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 142 und 304, Anm. 24.

3/ Vgl. dazu: Mugrauer, Manfred: „Teilungspläne“ und „Putschabsichten“. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jg. (2005), Nr. 4, S. 8–15, hier S. 8 und 12f.

4/ Anton Hofer berichtet etwa, dass einmal ein kompletter stillgelegter Bohrturm gestohlen worden sei (Hofer, Anton: *Stationen meines*



Der vormals sowjetisch verwaltete Erdölbetrieb in Neusiedl an der Zaya nach der Übergabe 1955.

Lebens. Wien: Selbstdruck 1999, S. 32).

5/ Leignitz, Rainer: KPÖ: Die verfehlt Volksdemokratie, in: Reichhold, Ludwig (Hg.): Zwanzig Jahre Zweite Republik, Österreich findet zu sich selbst. Wien 1965, S. 53–62, hier S. 58.

6/ Schärf: Österreichs Erneuerung, S. 121.

7/ Kogelfranz, Siegfried: „Genosse, wir wollten euch erledigen“. Die Davongekommenen von Jalta (IV): Österreich, in: *Der Spiegel*, Nr. 6, 4.2.1985, S. 144–163, hier S. 154.

8/ Bader, William B.: Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955. Wien 2002, S. 140.

9/ Brunner, Waltraud: Das Deutsche Eigentum und das Ringen um den österreichischen Staatsvertrag 1945–1955. Dissertation Universität Wien 1976, S. 160.

10/ Gutkas, Karl: Die politische Entwicklung in der Zweiten Republik, in: ders./Brusatti, Alois/Weinzierl, Erika: Österreich 1945–1970. 25 Jahre Zweite Republik. Wien 1970 (Schriften zur Erwachsenenbildung in Österreich, Bd. 21), S. 3–191, hier S. 31.

11/ Iber, Walter M.: Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955. Innsbruck, Wien, Bozen 2011 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 15), S. 147.

12/ Schödl, Ingeborg: Im Fadenkreuz der Macht. Das außergewöhnliche Leben der Margarethe Ottilinger. Wien 2015, S. 101.

13/ Pelinka, Anton: Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, in: Weinzierl, Erika/Skalknik, Kurt (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1. Graz, Wien, Köln 1972, S. 169–201, hier S. 187.

14/ Meier-Walser, Reinhard: Die gescheiterte Machtergreifung der österreichischen Kommunisten im Herbst 1950, in: *Christliche Demokratie*, 8. Jg. (1990), Nr. 2, S. 81–110, hier S. 90; Bischof, Günter: „Austria looks to the West“. Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre, in: Albrich, Thomas u.a. (Hg.): Österreich in den Fünfzigern. Innsbruck, Wien 1995 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), S. 183–209, hier S. 187.

15/ Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 142.

16/ Keine Angst vor einem kommunistischen Handstreich. Eine Erklärung des Vizekanzlers Dr. Schärf, in: *Arbeiter-Zeitung*, 16.4.1948, S. 1.

17/ Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln 1979, S. 305.

18/ Popp, Franz: Um ein besseres Niederösterreich. 40 Jahre Politik im „Kernland“. Wien 1976, S. 177.

19/ Helmer, Oskar: 50 Jahre erlebte Geschichte. Wien o.J. [1957], S. 298.

20/ Schödl: Im Fadenkreuz

der Macht, S. 101.

21/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik, BMI, GZl. 133.504–2/50 v. 26.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens; Niederösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 1. bis 4. Oktober 1950 sowie BMI, GZl. 138.058–2/50 v. 21.10.1950, Niederösterreich, Zusammenstellung der täglichen Vorfälle in der Zeit vom 26.9. bis 5.10.1950; NÖLA, Kt. 26, Präsidialakten I–1950, Präs. Zl. 744–I–1950, Durchgabe bedeutungsvoller Vorfälle (Oktober 1950) sowie Präs. Zl. 786–I–1950, Demonstrationen und Streiks in N.Ö.

22/ Bischof, Günter: „Prag liegt westlich von Wien“. Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluß auf Österreich, in: ders./Leidenfrost, Josef (Hg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949. Innsbruck 1988 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), S. 315–345, hier S. 334.

23/ Meier-Walser: Machtergreifung, S. 90.

24/ Despatch: The American Minister (John Erhardt) to the Secretary of State, No. 376, 18.8.1948, Subject: Strength of the „Werkerschutz“, or Soviet factory guard organization, Dok. Nr. 138 in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948. Salzburg 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 495–496, hier S. 496.

25/ Hofer: Stationen meines Lebens, S. 31.

26/ Meisel, Josef: Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970. Wien 1986 (Biografische Texte zur Kultur- und Zeitgeschichte, Bd. 3), S. 56.

27/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Laurenz Hiebl: Lebenslauf, 12.10.1948, S. 1; Landauer, Hans (in Zusammenarbeit mit Erich Hackl): Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939. Wien 2008, S. 114.

28/ ZPA der KPÖ, StAfl, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zl. 4.396–5/45 v. 12.7.1945, Assistenzzüge für den Grenzschutz und verschärften Sicherheitsdienst im Lande Niederösterreich.

29/ Hofer: Stationen meines Lebens, S. 29.

30/ Landauer: Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939, S. 94; ZPA der KPÖ,

Grenzschutz, Gesamtaufstellung, o.D. [1946].

31/ General Franek und der USIA-Werkschutz, in: *Weltpresse*, 13.1.1949, S. 1; Augur: Männer im Hintergrund des Zentralkomitees, in: *Die Neue Front*, Nr. 10, 29.4.1949, S. 7.

32/ Franek, Fritz: Mit vereinten Kräften!, in: *Mitteilungen des Antifaschistischen Büros österreichischer Kriegsgefangener*, Nr. 3, Jänner 1945, S. 5–6.

33/ ÖStA/Kriegsarchiv, B/773:13, General a.D. Dr. Fritz Franek an Bundeskanzler Leopold Figl, 14.4.1950, S. 1. Vgl. dazu Kraml, Elisabeth: General Dr. Fritz Franek. Dissertation Universität Wien 1983, S. 171–188 und 258f.

34/ Keller, Fritz: Die KPÖ 1945–1955, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994. Berlin 1994, S. 104–121, hier S. 113, Anm. 89.

35/ Hofer: Stationen meines Lebens, S. 28.

36/ ZPA der KPÖ, Werkschutz, Ergebnis der Betriebsratswahl 1951.

37/ Vgl. Despatch: The American Minister (John Erhardt) to the Secretary of State, No. 376, 18.8.1948, Subject: Strength of the „Werkerschutz“, or Soviet factory guard organization, Dok. Nr. 138 in: Wagnleitner (Hg.): Understanding Austria, S. 495–496, hier S. 496.

38/ Memorandum von Martin F. Herz an John Erhardt, 9.3.1948, Subject: Werkschutz shock troops in USIA enterprises, Dok. Nr. 87 in: ebd., S. 348.

39/ Martin F. Herz: Compendium of Austrian politics, 2.12.1948, Dok. Nr. 160 in: ebd., S. 550–630, hier S. 609.

40/ Memorandum by Martin F. Herz, Subject: Conversation with Dr. Max Pammer, Chief of the Political Section (Staatspolizeiliche Abteilung) of the Austrian Ministry of Interior, 16.4.1948, Dok. Nr. 96 in: ebd., S. 370–374, hier S. 372.

41/ The Minister in Austria (John Erhardt) to the Secretary of State, Airgram, 27.4.1948, Dok. Nr. 101 in: ebd., S. 380–381, hier S. 381.

42/ Vgl. Despatch: The American Minister (John Erhardt) to the Secretary of State, No. 376, 18.8.1948, Subject: Strength of the „Werkerschutz“, or Soviet factory guard organization, Dok. Nr. 138 in: ebd., S. 495–496, hier S. 495.

43/ Hofer: Stationen meines Lebens, S. 27.

44/ ZPA der KPÖ, Streikstatistik Niederösterreich.

45/ ZPA der KPÖ, Laurenz Hiebl: Lebenserinnerungen, o.D., S. 316.

46/ Feichtinger, Franz/Spörker, Hermann (Hg): ÖMV – OMV. Die Geschichte eines österreichischen Unternehmens. Horn o.J. [1995], S. 56.

47/ Rauchensteiner: Der Sonderfall, S. 228 und 305; Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994, S. 413; Blasi, Walter: Die B-Gendarmerie, in: ders./Schmidl, Erwin A./Schneider, Felix (Hg.): B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienst. Der militärische Weg zum Staatsvertrag. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 27–74, hier S. 35; Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 142f.

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 2)

Die wirtschaftliche Situation nach Kriegsende und der Wildereraufstand von Molln

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Das Ende der Habsburgermonarchie führte zu massiven wirtschaftlichen Strukturproblemen. Durch den ungenügend entwickelten Agrarsektor, geringe Energiereserven, die aufgeblähte Rüstungs- und Textilindustrie, den überdimensionierten Bankenbereich sowie den für einen Kleinstaat viel zu großen Dienstleistungssektor und die zu hohe Zahl öffentlich Bediensteter wurde ein rascher Wiederaufbau verhindert und das Wachstum der Wirtschaft gehemmt.¹ Auch in Oberösterreich war die wirtschaftliche Lage nach dem Ende des Krieges problematisch. Die Landwirtschaft war nur in wenigen Bereichen produktiv und lag gerade im so wichtigen Getreideanbau weit hinter dem österreichischen Durchschnitt. Lediglich bei Kartoffeln, Lein und Hülsenfrüchten wurden die Durchschnittserträge übertroffen.

Viele Landarbeiter und Bauernsöhne waren eingezogen worden, was zu einem Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und in weiterer Folge dazu führte, dass die Ernteerträge schon bei der ersten Kriegsernte im Herbst 1914 geringer waren als bei der letzten Friedens-ernte 1913. Die Ernte von 1916 brachte dann nur mehr etwa die Hälfte der Erträge der Vorkriegszeit.² Zwischen 1913 und 1918 verringerten sich die Anbauflächen um fast 18 Prozent, die Ernteerträge der Lebensmittelpflanzen um über 46 Prozent.³ Dazu kamen erhebliche Requirierungen für die Armee. Unter den daraus folgenden Versorgungsengpässen und Preiserhöhungen hatte vor allem die städtische Bevölkerung der industriellen Zentren zu leiden, die – anders als die Bauern – keine Möglichkeit zur Selbstversorgung hatte.

Die Behörden reagierten mit Höchstpreisen, Kopfquoten und Lebensmittelkarten. Dennoch war immer weniger Nahrung erhältlich, die Preise stiegen weiter.⁴ Aufgrund des Mangels wurde die Höchstmenge des laut Karte erlaubten Bezugs an Nahrungsmitteln sukzessive herabgestuft. Bei Kriegsende durften auch Schwerstarbeiter nur mehr knapp 1.300 Kalorien beziehen, für NormalverbraucherInnen war die erlaubte Menge noch geringer⁵ – und die tatsächlich

erhältliche Menge lag aufgrund des zunehmenden Mangels an Nahrungsmitteln mit nur etwa 720 Kalorien noch weit darunter.⁶ Als Folge der schlechten Versorgungslage etablierte sich ein Schwarzmarkt mit absurd überhöhten Preisen. Bei Kriegsende musste etwa für 1 kg Butter ein durchschnittliches Monatseinkommen bezahlt werden.⁷

Im Frühjahr 1919 führte die katastrophale Ernährungslage in Molln im Bezirk Kirchberg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Behörden.⁸ Schon seit Sommer 1917 hatten die Behörden die Revierleiter von Jagdgebieten mehrfach zu einem erhöhten Abschuss von Rotwild angewiesen, um die Ernährungslage zu verbessern. Diesen Anweisungen wurde in der Regel auch Folge geleistet. Im Oktober 1918 war es allerdings zu anonymen Beschwerden gegenüber der Statthalterei gekommen, dass im Bezirk Kirchdorf, speziell in den Mollner Wäldern, die im Besitz des Grafen Lamberg waren, zu wenig Wild abgeschossen worden sei und die Wildbestände stark anwuchsen. Dies erregte heftigen Unmut unter den Bauern und Arbeitern der Gemeinde und war eine der Ursachen nicht nur dafür, dass seit dem Spätherbst 1918 die Wilderei im Gemeindegebiet deutlich zunahm, sondern auch dafür, dass die Wilderer auf ein hohes Maß an Sympathie und Solidarität innerhalb der Gemeinde zählen konnten.

Am 12. und 13. März 1919 verhaftete die Mollner Gendarmerie fünf Männer, die kurz zuvor an einer illegalen Treibjagd teilgenommen hatten. Sie sollten mit dem Zug nach Steyr gebracht werden. Daraufhin versuchten andere Teilnehmer des illegalen Jagdzugs gemeinsam mit sich solidarisierenden Passagieren, ihre verhafteten Kameraden am Bahnhof Grünburg zu befreien. Der Plan gelang, auch weil Bewohner umliegender Häuser in einer weiteren Solidarisierungsaktion Werkzeug zur Verfügung stellten, damit die Gefangenen von ihren Ketten befreit werden konnten.⁹

Die Gruppe fuhr zurück nach Molln und kehrte bis auf einen einzigen im dortigen Gasthaus des Sozialdemokraten Doleschal ein, um zu Abend zu essen. Kurz darauf drangen 15 Gendarmen mit

gezogenen Pistolen und Karabinern mit aufgepflanzten Bajonetten bewaffnet in die Wirtsstube ein und erklärten die unbewaffneten Wilderer für verhaftet. Als einer der Betroffenen einen Bierkrug nach den Gendarmen warf und ein anderer versuchte, nach einem Bajonett zu greifen, erschossen die Gendarmen zwei der Wilderer und verletzten einen weiteren durch einen Bajonettstich in den Bauch so schwer, dass er im Lauf der Nacht starb. Die anderen Männer wurden einschließlich eines weiteren Verletzten verhaftet.¹⁰ Als die Gendarmen auch jenen Wilderer verhaftet wollten, der schon zuvor heimgegangen war und mittlerweile im Bett lag, kam auch der zu Tode – laut Gendarmeriebericht fiel der Mann von selbst in das aufgepflanzte Bajonett eines Gendarmen und verstarb binnen Minuten.¹¹

In der Mollner Bevölkerung verbreitete sich rasch große Empörung über die Vorfälle, weswegen am nächsten Morgen 50 auswärtige Gendarmen nach Molln beordert wurden. Die ArbeiterInnen der umliegenden Industrie- und Gewerbebetriebe stellten daraufhin ebenso wie die Holzarbeiter der Gegend die Arbeit ein und protestierten gegen die

Von den Behörden wurde „Wilderei“, ein Delikt, das erst durch den Ausschluss der armen Landbevölkerung aus der Waldnutzung durch Landesherrn und grundbesitzende Aristokratie entstanden war, schon seit dem 19. Jahrhundert häufig als gegen die Obrigkeit gerichtetes politisches Vergehen gewertet. Die Mollner Wilderer – bis zu einem Dutzend, die auf ihren Beutezügen mit geschwärzten Gesichtern und umgehängten Bärten verkleidet und mit Militärgewehren ausgerüstet waren und häufig Militärmäntel trugen – hielten sogar regelrechte Treibjagden ab und traten dem gräflichen Forstpersonal offen und provokant gegenüber; so stellten sie die sich in Unterzahl befindlichen Förster im Wald, verhöhnten sie und sangen ihnen das „Wildschützenlied“ vor.

Lebensmittelpreise in Linz in Kronen				
	7/1917	7/1918	7/1921	12/1921
Mehl (1 kg)	0,5	1,21	70	480
Brot (1 kg)	0,4	0,54	7,14	47,62
Schmalz (1 kg)	2,2	32,6	228	2220
Kartoffeln (1 kg)	0,2	0,3	16	44
Zucker (1 kg)	0,94	1,48	136	300
Schweinefleisch (1 kg)	2	19	230	1350
Butter (1 kg)	3	6,6	154	1800
Ei (1 St.)	0,07	0,32	12	70
Kohle (1 kg)		0,04	8,5	22,4
Holz (1 kg)		0,02	2	6

Quelle: Statistische Zentralkommission (Hg.): *Statistisches Handbuch für die Republik Österreich*. Wien 1920, S. 49–54. Bei den Preisen vom Juli 1914 handelt es sich um von den Stadtverwaltungen erfasste Durchschnittspreise des freien Handels, bei jenen vom Juli 1918 um amtlich festgesetzte Höchstpreise.

Ereignisse. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der schon vor der nächtlichen Eskalation der Ereignisse informiert worden war, schickte noch am selben Tag drei Delegierte aus Linz an den Ort des Geschehens. In Verhandlungen mit Gemeindevertretern, in denen neben dem gewalttätigen Vorgehen der Gendarmerie auch die Klagen der Bevölkerung über die gräfliche Forstverwaltung zur Sprache kam wurde schließlich vereinbart, die auswärtige Gendarmerieeinheit abzuziehen. Auch andere Forderungen der Mollner Bevölkerung wurden auf Vermittlung des Arbeiter- und Soldatenrats erfüllt: Die verhafteten Wilderer wurden freigelassen, und der in der Bevölkerung verhasste gräfliche Forstmeister verlor seine Stelle und musste Molln fluchtartig verlassen.¹² Allerdings wurden trotz der Empörung über die Gendarmerie die für die Toten verantwortlichen Beamten nie zur Rechenschaft gezogen.

Das von der örtlichen sozialdemokratischen Partei organisierte Begräbnis der erschossenen Wilderer, das am 18. März 1919 stattfand, wurde zu einer beeindruckenden Protestaktion der Bevölkerung: Mehr als 3.000 Personen nahmen daran teil, und unter den Trauergästen wurden über 1.000 Kronen als erste finanzielle Hilfe für die Hinterbliebenen gesammelt.¹³

Literaturtipps:

März, Peter/Fuchs, Sabine: *Soziale Verwerfungen oder revolutionäre Periode? Das Kriegsende 1918 und der politische Umbruch in Oberösterreich*, in: *Oberösterreichisches Landesarchiv (Hg.): Oberösterreich 1918–1938, Band V. Linz 2016, S. 61–221.*

Anmerkungen:

1/ Hanisch, Ernst: *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*. Wien: Ueberreuter 1994 (*Österreichische Geschichte 1890–1990*), S. 277f.

2/ Dittlbacher, Fritz: *Die Revolution am Lande. Russische revolutionäre Ideen in der österreichischen Novemberrevolution am Beispiel oberösterreichischer Landgemeinden und Kleinstädte*. Dissertation Universität Wien 1992, S. 15.

3/ Ebd., S. 24f.

4/ Ebd., S. 28.

5/ Hautmann, Hans: *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924*. Wien, Zürich: Europaverlag 1987 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), S. 47.

6/ *Welser Zeitung*, 5.3.1919, S. 1f.

7/ Ebd.

8/ Vgl. hierzu Staudinger, Anton: *Diebstahl, Selbstversorgung oder Unterstützung des behördlichen Approvisionierungswesens? Eine Wilderer Geschichte aus dem Jahre 1919 in Oberösterreich*, in: Ardelt, Rudolf/Huber, Wolfgang/Staudinger, Anton (Hg.): *Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag*. Wien, Salzburg: Geyer-Edition 1985, S. 167–193.

9/ Ebd., S. 169–173.

10/ *Tagblatt*, 23.3.1919, S. 2.

11/ Oberösterreichisches Landesarchiv, Stathalterei, Kriegssammlung Erster Weltkrieg, Kt. 114, Abt. 6B, Zl. 1077/1919.

12/ Staudinger: *Diebstahl*, S. 176–178.

13/ *Tagblatt*, 2.5.1919, S. 2; *Steyrer Zeitung*, 20.3.1919, S. 3.

Teil 3 der Serie „Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs“ in der nächsten Ausgabe der „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“: *Die Hungerunruhen im Februar 1919.*

Ausstellung

CAMARADAS

ÖsterreicherInnen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939

Fotos aus dem Spanienarchiv und dem Fotoarchiv des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

Kurator: Georg Pichler



Fachbereichsbibliothek Zeitgeschichte der Universität Wien

9., Spitalgasse 2–4, Hof 1.12

Ausstellungsdauer bis 9. Mai 2018

Am 17. Juli 1936 putschten spanische Generäle gegen die demokratisch gewählte Regierung der Zweiten Republik und traten damit den Spanischen Bürgerkrieg los. Drei Monate später wurden die Internationalen Brigaden gegründet, denen sich in den folgenden zwei Jahren an die 35.000 Männer und Frauen aus 53 Ländern anschlossen, darunter auch 1.400 österreichische Freiwillige, die den Faschismus unter „Spaniens Himmel“ bekämpften.

Die Ausstellung möchte das Schicksal der österreichischen Freiwilligen vor Augen führen und ihre Lebenswege nachzeichnen: die Kämpfe im Februar 1934 gegen den Austrofaschismus, ihre Flucht aus der Diktatur des „Ständestaats“ ins Exil und in den Krieg nach Spanien, wo sie in verschiedenen Einheiten zum Einsatz kamen oder für den Sanitätsdienst tätig waren. Nach dem Ende des Bürgerkriegs kam ein Großteil von ihnen in die französischen Lager, später in die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Viele waren im Widerstand in Frankreich, am Balkan oder hinter der Front in Österreich aktiv, andere schlossen sich den Armeen der Alliierten an, bis sie schließlich im Mai 1945 in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Richard Zachs anhaltende Aktualität

KARL WIMMLER

Dichter oder Dichterinnen, die zu Tode kommen, bevor sie einem breiteren Publikum bekannt geworden sind, haben es in der Nachwelt häufig schwer. Oftmals reichen auch außergewöhnliche Anstrengungen nicht, eine aufnahmefähige Öffentlichkeit zu erreichen. Die (Wieder-)Entdeckung ihrer Werke kann auf günstige oder ungünstige Zeitumstände treffen, ihre Thematik oder Formensprache gerade von oberflächlichen Aktualitätskriterien beiseitegeschoben werden, das Umfeld, insbesondere im Fall von politischen Inhalten, schwierig sein. Das lediglich 58 Gedichte umfassende Werk der 1942 achtzehnjährig in einem Arbeitslager der von den Deutschen besetzten Ukrainischen Sowjetrepublik umgekommenen Selma Meerbaum-Eisinger wurde erst 1980 bekannt und publiziert, verbreitete sich seither allerdings fast lawinenartig und ist heute in den verschiedensten Ausgaben erhältlich – vom Reclam-Bändchen bis zur Audio-CD. Im Fall des in Graz geborenen, knapp 24-jährig im selben Zuchthaus wie der oberösterreichische katholische Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter 1943 ein halbes Jahr vor diesem hingerichteten Richard Zach erreichten die Gedichte bei weitem nicht jenen Bekanntheitsgrad und jene Verbreitung wie die der achtzehnjährigen Czernowitzerin. Dabei hat er nicht nur mehr als zehnmal so viele verfasst, sondern wurden einige bereits frühzeitig in durchaus respektable Sammlungen gedruckt.

Rezeption nach 1945

Der erste Gedichtband, in dem mehrere Gedichte von Richard Zach prominent vertreten waren, erschien bereits im Jahr des Kriegsendes, verlegt in Zachs Heimatstadt Graz in dem von Josef Martin Presterl gegründeten und geführten *Antifaschistischen Volksverlag*. Unter dem Titel „Bekanntnis zu Österreich“ versammelte der Spanienkämpfer und KZ Dachau-Überlebende, nun kommunistische Journalist Presterl, der mit Zach bereits Mitte der 1930er Jahre befreundet und politisch verbunden gewesen war, eine auch aus heutiger Sicht prominente Schar junger österreichischer Lyrikerinnen und Lyriker wie Eva Aschner, Fritz Brainin, Erich Fried, Alois Hergouth, Jura Soyfer, Willy Verkauf-Verlon und andere, sowie eben Richard Zach, der mit

elf Gedichten am umfangreichsten vertreten war. (Wie und warum auch Erich Kästner mit drei Gedichten in diese Sammlung gelangte, bleibe dahingestellt.) Der Untertitel des Bändchens – „Moderne Arbeiterlyrik“ – könnte die Verbreitung eventuell etwas behindert haben; diese Bezeichnung war jedenfalls nur zum geringeren Teil zutreffend, wenn überhaupt.

1948 erschien „Der Weg ins Licht“, die erste und für lange Zeit einzige Buchausgabe mit einundvierzig Gedichten und zwei Briefen Richard Zachs. Als Herausgeber zeichnete der Wiener Sozialdemokrat Fritz Hubalek verantwortlich, der Zach nicht nur als seinen Parteigänger reklamierte, sondern auch eigenmächtig zwei Zeilen von Zachs „Mailied 1942“ änderte: Statt der Schlussverse „Sieg dem Geschlecht, das mit Sichel und Hammer / endet die Not und meistert den Jammer!“ lauten diese bei Hubalek: „Und Sieg dem Geschlechte, aus dessen Hände / Arbeit erstehn wird der Nöte Ende!“ – Die Gründe für diesen durch nichts zu rechtfertigenden Eingriff liegen auf der Hand. Der damals bereits begonnene Kalte Krieg forderte seinen Tribut vom Herausgeber des Bändchens im sozialdemokratisch dominierten *Verlag der Wiener Volksbuchhandlung*. Und möglicherweise war Hubalek diese Herausgeberschaft bald peinlich, trat er doch später in die von Friedrich Torberg dominierte Redaktion der mit CIA-Geldern gegründeten Zeitschrift *Forum* ein. So sollten Zachs Name und seine Gedichte in der Folge bis auf unbedeutende Ausnahmen nur mehr in kommunistischen Publikationen wie der steirischen Parteizeitung *Wahrheit* auftauchen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde es um Richard Zach wieder lebendiger. Einerseits entschlossen sich die steirischen Kommunisten im Jahr 1977, ihr Kinderland-Ferienheim in St. Radegund bei Graz nach Richard Zach zu benennen, andererseits publizierten die Wiener Schriftsteller Gerhard Jaschke und Hermann Schürer 1978 eine Sondernummer ihrer Literaturzeitschrift *freibord* ausschließlich mit Zelligedichten von Richard Zach, ergänzt um einige Briefe an seine Familie.

Am bedeutendsten und wichtigsten für die weitere Erforschung und Verbreitung von Zachs Werk erwies sich die jahre-

lange Beschäftigung des 1959 in Oberösterreich geborenen Germanisten Christian Hawle. Basierend auf seiner Diplomarbeit an der Universität Salzburg erschien genau zehn Jahre nach der *freibord*-Sondernummer im Jahr 1988 der Auswahlband „Streut die Asche in den Wind“. Hawle hatte den gesamten Nachlass des Dichters bearbeitet, die auf Zach bezogenen Behördenakten studiert, Verwandte und Freunde interviewt, ein umfangreiches Literatur- und Publikationsverzeichnis erstellt und eine solide wissenschaftliche Grundlage geschaffen, auf der jede weitere Beschäftigung mit Zach aufbauen kann und muss. Das Buch selbst erschien im *Stuttgarter Akademischen Verlag* und ist längst vergriffen.

Nicht mehr lieferbar ist auch Hawles mit Dokumenten, Fotos, Zeichnungen und Gedichten angereicherte Darstellung des Lebens von Zach, die unter dem Titel „Gelebt habe ich doch“ im Jahr 1989 im Wiener *Globus-Verlag* publiziert wurde. Schließlich erschien 1993 in der niederösterreichischen *Bibliothek der Provinz* ein ebenfalls von Hawle herausgegebener Band mit „Kassibertexten“ („Die schönen Worte fallen welk und fremd...“).

Es war daher naheliegend und an der Zeit, wichtige Gedichte Richard Zachs für interessierte Leserinnen und Leser wieder verfügbar zu machen. Der Grazer Geschichtsvereins CLIO ist in den vergangenen Jahren von verschiedenen Seiten darauf angesprochen worden und nahm nun den kommenden 75. Jahrestag von Zachs Hinrichtung zum Anlass der Publikation einer Gedichtauswahl unter dem Titel „Den andern Weg gegangen“ – damit ein Gedicht Zachs zitierend. Verzichtet wird dabei auf Kommentare oder Erläuterungen, eine historische Einbettung einzelner Gedichte oder die wissenschaftliche Untersuchung verschiedener Textvarianten. Generell kann davon ausgegangen werden, dass wir in dieser Hinsicht in aller Regel den schlüssigen Entscheidungen Christian Hawles folgen. Die Gedichte Zachs sind auch nicht streng chronologisch angeordnet; an den Anfang sind hauptsächlich solche gereiht, die vor seiner Verhaftung entstanden, danach die in den Gefängnissen bzw. auf den Transporten dazwischen geschriebenen. Sonstige Ordnungskriterien wurden absichtlich vermieden. Beispielsweise entsprangen seine Liebes-



Veranstaltung des Kulturvereins Vöcklabruck am 10. Mai 1985 mit einer Collage von vertonten Gedichten und gelesenen Texten von Richard Zach: Hermann Höller (li.), Elisabeth Ambrosch (2.v.r.) und Christian Hawle (re.).

gedichte (an seine große Liebe Hermine „Herma“ Kohlhauser, verheiratete Planer) ebenso der Gedankenwelt seines Gefängnisalltags wie etwa seine lyrische Komprimierung der Natur- und Tierbeobachtung oder aber die Auseinandersetzung mit seinen Peinigern oder der Weltkriegslage. So soll sein in die Gedichtform gebrachtes Denken die Leserinnen und Leser in die Lage versetzen, hinter und mit den Gedichten auch dem Menschen Zach zu begegnen, in einem Lesebuch für jedermann. Offen bleibt damit die Aufgabe für Wissenschaftlerinnen, Germanisten und sonstige Interessierte, eine Gesamtausgabe der Gedichte Richard Zachs oder überhaupt sämtlicher Schriften auf den Weg zu bringen. Vielleicht kann die aktuelle Ausgabe hierfür ein Anstoß sein.

Politisch motivierte Diffamierung

Dabei sollten sich all jene, die heute Zachs Gedichte schätzen, keine Illusionen machen – die Widerstände gegen eine größere Verbreitung sind heute kaum geringer als in den Jahrzehnten des Kalten Krieges. Manchmal wird politisch argumentiert, indem dem mit zweiundzwanzig Jahren Verhafteten, knapp vierundzwanzigjährig Hingerichteten ein heute zurechtgezimmertes „Stalinismus“ angedichtet wird, mit dem ohne Ansehen des konkreten Lebens und der konkreten Taten Richard Zachs ein Urteil gefällt wird, das es erlauben und rechtfertigen soll, es sich heute ebenso bequem einzurichten, wie es allen Mitläufern und Konformisten zu allen Zeiten gelang. Häuf-

ger allerdings schieben jene, die die Erinnerung an den Widerstandskämpfer und Dichter Zach am liebsten in ein Museum der Kuriositäten verbannt, wenn nicht überhaupt beseitigt sähen, „literarische“ Gründe vor, solche der „künstlerischen Qualität“. Seine Gedichte sind dann bestenfalls „Mittelmaß“ oder schlicht „Propaganda“.¹ Hiezu kommt manchmal die von Ahnungslosigkeit oder bewusster Irreführung zeugende Behauptung, erst der Kerker habe diesen („mittel-

mäßigen“) Dichter hervorgebracht. Schließlich gesellt sich dazu auch gerne das Verdikt der Unmodernität, des literarisch Rückständigen. Erich Hackl hat in diesem Zusammenhang zurecht auf den aus der Steiermark stammenden, als „Wiener Aktionist“ bekannt gewordenen Günter Brus hingewiesen,² der noch vor zehn Jahren in einem Buch geschrieben hat, Autoren wie Theodor Kramer und Jura Soyfer seien „dritrangige Künstler“ gewesen und „bestenfalls ein ‚Brechmittel‘ (Ausdruck vermutlich von Conrad Bering)“.³ Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man Richard Zach von Brus in dieselbe Reihe gestellt sieht. Ob allerdings dem im Grazer Joanneum vor einigen Jahren eingerichteten „Bruseum“ eine längere Lebensdauer beschieden sein wird als einigen Gedichten Zachs ist noch keineswegs ausgemacht.

Denn es ist nicht nur ethische, sondern auch sprachliche Kraft, die viele Gedichte Zachs auszeichnet. Es liegt in der Natur der Sache, in der Jugend des Dichters und den Umständen der teilweisen Illegalität bzw. der Gefängnishaft begründet, dass nicht alles rundum gelungen, manches Versuch geblieben ist und einiges nicht haltbar sein wird. Und dass die in der Haft entstandene Lyrik nicht selten gereifter erscheint als jene davor. Aber erstens nicht generell. Und zweitens hat beispielsweise der Grazer Lyriker und Germanist Christian Teissl schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass Zach als Dichter „wohl ohnedies hervorgetreten wäre, wäre ihm nur ein Leben in Freiheit, unter demokratischen Verhältnissen, vergönnt gewesen. Zudem

hatte er bis zum Zeitpunkt seiner Haft bereits etliches zu Papier gebracht: Rund 120 Gedichte sowie ein 350 Seiten starkes, bislang unveröffentlichtes Romanfragment sind aus der Zeit vor seiner Gefangennahme erhalten.“⁴

Dass die Isolierung im Gefängnis Zachs Schreiben explodieren ließ, ist kein auf diesen Dichter beschränkter Sonderfall. Gedichte, schrieb Berthold Viertel 1941 in der Vorrede zu seinem Gedichtband „Fürchte dich nicht!“, „sind der Kampf eines Einzelnen gegen die zunehmende weltumfassende Verdunkelung des Lebens und seiner Werte, und die haben zunächst dem Ich dieser Gedichte geholfen, dem Ungeheuerlichen gegenüber bei Besinnung und bei Gefühl zu bleiben. Sie bedeuten die innere Gegenwehr, die Notwehr eines Menschen“.⁵

Literarische Vorwände

Damit diese Gegenwehr nach außen dringen und seine Adressaten erreichen konnte, nahmen Zachs Texte die unterschiedlichsten Wege. Sie erreichten die Außenwelt durch Morsen in die Nebenzelle, in der zu Beginn der Grazer Haftzeit sein Freund Alois Geschwinder einsaß, oder durch die platzsparende Form der Stenographie auf kleinsten Zettelchen, die zum Beispiel in den Gummizug der Schmutzwäsche „eingearbeitet“ bzw. vertrauenswürdigen Kontaktpersonen mitgegeben wurden (achtzig Kassiber, blieben bis heute erhalten), oder aber durch erlaubte offizielle Post insbesondere an seinen Bruder. Was die Reimform der Gedichte betrifft, so grenzte deren Geringschätzung seit den 1950er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor allem unter dem sogenannten „progressiven“ Publikum bisweilen an einen Glaubenskrieg. Ihre Verächter übersahen und übersehen, wie sehr die Isolierung im Gefängnis wie schon zuvor im politischen Untergrund das Festhalten an bestehenden literarischen Formen fördert, ja oft erfordert. Die Reime mussten für die unmittelbaren Adressaten ebenso willkommen und schlüssig erscheinen wie dem Verfasser, zumal sie die Trennung von ihm und seine Isolierung am eigenen Leib erfuhren. In ihrem Buch „weiter leben. Eine Jugend“ berichtet Ruth Klüger vor einem Vierteljahrhundert: „Ich erzähle nichts Ungewöhnliches, wenn ich sage, ich hätte überall, wo ich war, Gedichte aufgesagt und verfasst. Viele KZ-Insassen haben Trost in den Versen gefunden, die sie auswendig wussten. [...] Mir scheint [...], dass der Inhalt der Verse erst in zweiter Linie von

Bedeutung war und dass uns in erster Linie die Form selbst, die gebundene Sprache, eine Stütze gab.“ So würde, meint Klüger weiter, „jedes Gedicht zum Zauberspruch“.⁶

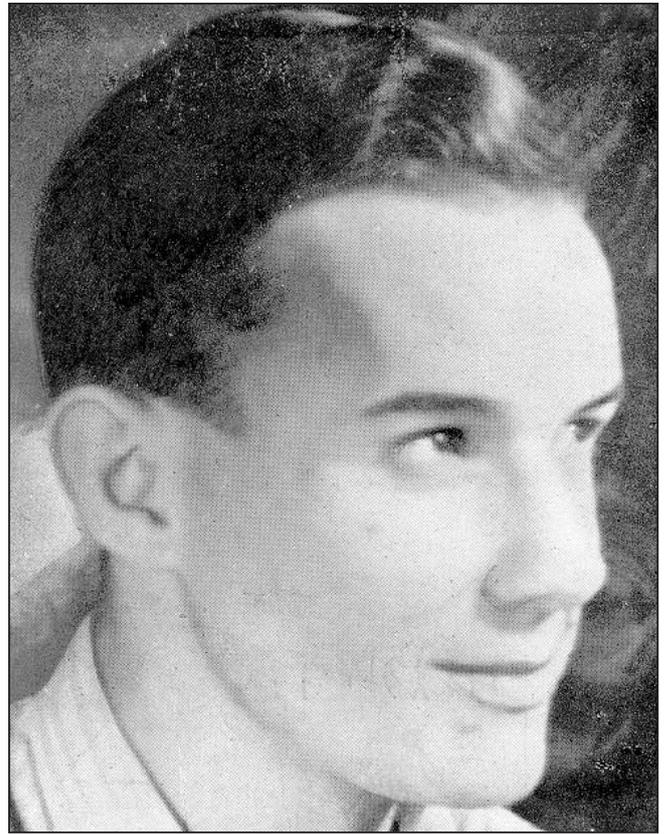
Diese sozusagen „magische“ Funktion wird heutzutage, angewandt auf die Gedichte Zachs, allzu leicht auf die Diagnose „Pathos“ reduziert. Solches lässt sich manchmal zwar nicht leugnen, spielt aber seine berechnete Rolle durch den Bekenntnischarakter vieler Gedichte, ihre oftmals offensive Programmfunktion, die zugleich Verteidigung und Bekräftigung des Weges ausdrücken, den ihr Autor gegangen ist und geht. Auch Rechtfertigung, wenn er Zweifel ausspricht. – Die Leserinnen und Leser mögen insbesondere bei jenen Gedichten innehalten, in denen Richard Zach sein eigenes Leben transzendierend das Helle und Frohe der bevorstehenden erlösenden Zukunft hervorhebt, die Sicherheit seiner positiven Zukunftserwartung betont, die meines Erachtens über das, was die einfache Hoffnung auf ein besseres Morgen bedeutet, ebenso hinausgeht wie über die nüchterne Überlegung, dass ein Regime wie das von den Nationalsozialisten errichtete keine Zukunft hat. Wer sich Richard Zach nahe glaubt – wo findet er oder sie heute solche unumstößliche Zuversicht („Zum Bess’ren streben stets die Welten!“, lautet ein Gedichtende)? Gibt es sie noch (außer in religiösen Heilserwartungen)? Oder ist derartiges Zukunftsvertrauen lediglich der Extremsituation des Kerkers geschuldet, quasi als Umkehrung der sich zunehmend verfestigenden Aussichtslosigkeit angesichts der nahenden eigenen Vernichtung? Oder verstehen wir es heute nur nicht, den Zusammenbruch von Hoffnungen in neue Hoffnung zu verwandeln?

Quellen der Hoffnung?

Wahrscheinlich ist es ratsam, die Gründe für Richard Zachs unerschütterlichen Glauben an die Befreiung der Menschheit aus der Barbarei in seinem Leben zu suchen; diesem kurzen Leben in einer mehr als schwierigen Zeit. Wenige Monate nach dem offiziellen Ende des Ersten Weltkriegs und der Geburt der Ersten Republik kam Richard am 23. März 1919 als zweiter Sohn von Wilhelmine und Rupert Zach in Graz, genauer gesagt im damaligen Vorort Straßgang, zur Welt. Die Familie war arm; der Vater Fassbinder, die Mutter Aushilfskellnerin. Als Richard fünf Jahre alt war, übersiedelte die Familie in eine Zimmer-Küche-Wohnung in der Nähe

des Hauptbahnhofs. Nach dem Besuch der Volksschule und dem Übertritt in die Hauptschule starb die Mutter bald nach einer weiteren Übersiedlung der Familie in eine Kellerwohnung. „Die ganze Tragweite dieses traurigen Vorfalles für den jungen Richard Zach“, schreibt Christian Hawle, „lässt sich aber vor allem aus Aufzeichnungen errahnen, die zweieinhalb Jahre später, datiert mit 21. Jänner 1935, in einer Art Tagebucheintragung auf einem losen Blatt Papier zu finden sind. [...] Die Erinnerungen sind übertitelt mit: ‚Der traurigste Tag meines Lebens.‘“⁷ Dieser Einschnitt prägte sowohl Richard, als auch seinen Bruder Alfred nicht nur durch den schweren Verlust, sondern weil die beiden Brüder in der Folge auseinandergerissen wurden. Alfred kam zum Großvater, während Richard zu einer Tante ziehen musste, in deren Familie er sich alles andere als wohl fühlte. Diese Trennung führte aber auch dazu, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der beiden Brüder zusätzlich wuchs. Vor allem Alfred Zach wird es später sein, der alles daran setzen sollte, jede Zeile seines Bruders zu sammeln, vor den NS-Verfolgern sicher zu bewahren und nach dem Krieg jahrzehntelang sämtliche Versuche mit allen Kräften selbstlos und unablässig zu unterstützen, das Werk Richards nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Nach erfolgreicher Beendigung der Hauptschule trat Zach 1933 in die Lehrerbildungsanstalt am Hasnerplatz ein. Zumindest das konnten die „Zielertern“, denen er erst 1936/37 wieder den Rücken kehren konnte, nicht verhindern (wohl aber, an der Hochzeit seines Bruders teilzunehmen). Aber mangelnde Quellen aus dieser Zeit könnten auch zu einem falschen Urteil verleiten. Vielleicht unterstützten die „Zielertern“ die schulische Ausbildung Richards, während lediglich gesichert ist, dass er gegen ihren Willen schon im ersten Jahr seiner Lehrerausbildung, also noch nicht



Richard Zach (1919–1943)

fünfzehnjährig, politisch und auch schreibend aktiv wurde. Dazu trugen im weiteren Verlauf nicht nur die mutigen, aber erfolglosen Kämpfe im Zuge des Schutzbundaufstands bei, die ihn bald zur „Ballade vom Februar 1934“ drängen sollten, sondern auch die Bekanntschaft mit dem dieselbe Schule besuchenden, drei Jahre älteren Josef Martin Presterl, mit dem ihn ähnliche politische Ansichten ebenso verbanden wie das Interesse an literarischem Schreiben. Allerdings wurde Presterl bereits im Frühjahr 1935 verhaftet, fünf Monate im Anhaltelager Messendorf inhaftiert und vom Schulunterricht ausgeschlossen. Er tauchte danach in Wien unter und ging von dort nach Spanien, um als Interbrigadist gegen die Putschisten des Generals Franco zu kämpfen. Zach und Presterl sollten sich nie wieder sehen.⁸

Legal und illegal

Ein Freund Presterls jedoch wurde für den weiteren Weg Zachs wichtig, der Baufachschüler Adolf Strohmaier. Dieser war wie der gleichaltrige Presterl im Kommunistischen Jugendverband illegal aktiv und nun gemeinsam mit Zach auf der Suche nach Möglichkeiten politischer Arbeit, die nicht infolge ihrer ungestümen Offenheit zwangsläufig von der autoritären Obrigkeit des Regimes entdeckt und verhindert werden konnte. Sie beschlossen, in eine Organisation des



Stolperstein für Richard Zach in der Grazer Pestalozzistraße 67.

austrofaschistischen Staates einzutreten, den *Freiheitsbund*, der von Johann Staud als „Bundesführer“ geleitet wurde, einem Aushängeschild der christlich-sozialen Arbeiterbewegung und seit 1934 Leiter des ständestaatlich gleichgeschalteten Gewerkschaftsbunds. Obwohl der *Freiheitsbund* an sich als eine gegen „die Linken“ agierende Organisation gedacht war, zeigte sich rasch Zachs politisch-pädagogisches, organisatorisches und künstlerisches Talent. Innerhalb kürzester Zeit baute er nicht nur eine Untergruppe, den halblegalen *Jungfreiheitsbund* auf, sondern leitete sogar am 1. Juli 1936 eine als „Festakademie“ bezeichnete öffentliche Veranstaltung. Unter diesem „legalen Dach“ sammelten sich bei gesonderten Treffen dann die Gleichgesinnten: Strohmaiers Cousine Elfriede Neuhold, ihr späterer Mann Alois Geschwinder und andere, wobei strenge Vertraulichkeitskriterien befolgt wurden, sodass diese Gruppe – im Unterschied zu anderen – zur Zeit des „Anschlusses“ nicht sofort als „kommunistisch unterwandert“ aktenkundig war. Ende 1936 benannte die Zach-Gruppe den *Jungfreiheitsbund* in *Studentenarbeitsbund* um (es waren mehrere Studenten dazu gestoßen, und „die Idee der Arbeit“, so Alois Geschwinder, sollte im Namen zum Ausdruck kommen), und dieser konnte noch vor Weihnachten eine große „Wohltätigkeitsakademie“ zugunsten „des notleidenden Werkstudententums“ (so hieß es im Ankündigungsplakat) in einem Saal der Arbeiterkammer veranstalten, an der neben mehreren renommierten Musikern unter anderem nicht nur der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Steiermark noch umfangreich propagierte konservative Humorist Karl Panzenbeck teilnahm, sondern auch der siebzehnjährige Richard Zach „aus eigenen Werken“ las.⁹ Ein halbes Jahr

davor am 1. Juli 1936 zum Beispiel trug er unter anderem Folgendes vor:

*Im Eisentakt der dröhnenden Maschinen,
über den emporgeschossenen, mageren
Schloten geballt,
und fiebernd sehnsüchtig, am blitzenden
Strang der Schienen,
wartet sie mit durchbrechender Gewalt.
Triumphierend, von tiefster Gewissheit
durchdrungen
siegte sie: nie wird sie niedergezwungen.
Belächelt die Anfeindungen, den Neid,
die neue Zeit!*

*Wir wollen nicht länger als Mindere gelten,
wir wollten und wollen nie Parias sein.
Emporgerissen, zerstäubend über den
Dunst bedrückter Welten,
begeisternd alles in ihren Reihn.
Für sie ist nichts nutzlos, nichts verloren.
In schwierigen Arbeiterfäusten wird sie
geboren,
und jubelnd ersteht sie im Arbeiterkleid:
die neue Zeit!¹⁰*

Auf andere Weise gejubelt allerdings – manchmal ohrenbetäubend – wurde in Graz bereits in den Wochen vor dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland im März 1938 und in den Tagen danach. Die Zach-Gruppe hatte dies kommen sehen und sich in den Monaten zuvor einerseits von den häufig den Behörden längst bekannten Mitgliedern der kommunistischen Partei- und Jugendorganisation ferngehalten, andererseits geistig bewaffnet: sowohl mit marxistischen Texten als auch literarischen Werken, die bei regelmäßigen Treffen besprochen und diskutiert wurden, beispielsweise am jüdischen Friedhof in Wetzelsdorf oder am Pfangberg bei Frohnleiten, wo die „Jöllerhube“ leer stand. Jahre später wird ein nur durch seine Initialen „F.H.“ bekannt gebliebener Mithäftling berichten, er habe sich mit Zach „über Wirtschaft und Geschichte, Erziehung und Kunst“ ebenso ausgetauscht wie „über Kant und Hegel, Goethe und Shakespeare“.¹¹

Nicht lange nach dem „Anschluss“ bestand Zach die Matura mit Auszeichnung und begann schon im Juni 1938 als Lehrer an einer Grazer Volksschule zu unterrichten. Auch als solcher legte er Wert auf einen „legalen Unterschlupf“ und trat am 1. November 1938 dem NS-Lehrerbund bei. Am 29. November 1938 rückte er aus eigenen Stücken zur Deutschen Wehrmacht ein, auch weil er meinte, die Militärzeit vor dem absehbaren Kriegsbeginn schnell hinter sich bringen zu können, was sich allerdings als Fehl-

kalkulation erwies: Der Krieg kam schneller als gedacht und er musste den Überfall auf Polen mitmachen. Jedoch nützte er die erstbeste Gelegenheit, sich dem Militär zu entziehen: Auf Urlaub in Graz im Jänner 1940 gelang nach einem Fehlversuch die zweite Vortäuschung eines Schiunfalls: Mit einem Nudelwalcker zertrümmerte Alfred Zach dem Bruder den Unterschenkel! Monatelanger Spitalsaufenthalt war die Folge, bis fast auf den Tag genau ein Jahr später das Ziel dieser gewagten Operation erreicht war – am 21. Jänner 1941 wurde Richard Zach wegen „Dienstuntauglichkeit“ aus der Wehrmacht entlassen. Zehn Tage später trat er seinen Dienst als Lehrer an der Grazer Hirtenschule wieder an.

Antinazistische Öffentlichkeitsarbeit

In der Zwischenzeit hatte sich die Gruppe unter Mitwirkung Zachs vom Spitalsbett aus ständig vergrößert. Um politisch wirksam zu werden, traten die Gruppenmitglieder nationalsozialistischen Organisationen bei. Der eine ging zur Werks-SA der Puch-Werke, der andere zum Reichskolonialbund, die dritte zum BDM (*Bund Deutscher Mädchen*), der vierte zur Krafftfahrervereinigung (NSKK) usw. Zach selbst trat der Hitlerjugend bei und wurde Schriftleiter der lokalen HJ-Zeitschrift. Da bei den illegalen Treffen oft auch gesungen wurde – Richard hat „gerne gesungen“, erzählte später sein Bruder Alfred, „spielte Gitarre und Klavier und war ein guter Zeichner“ – „hat uns dann mancher als romantische Gruppe angeschaut, wenn er das gemerkt hat. Und das war ja eigentlich auch eine gute Tarnung.“¹² „Den Schätzungen Alois Geschwinders zufolge betrug die Anzahl der ‚eigentlichen‘ Zachschen Widerstandszellen zwischen 10 und 14 mit insgesamt etwa 30 bis 50 Angehörigen“, bestehend aus Arbeitern, Angestellten und Lehrern, schreibt Hawle.¹³

Vom Spitalsbett aus lernte Richard seine spätere, um fünf Jahre jüngere Freundin Hermine Kohlhauser kennen, eine Cousine von Alfred Steinbauer, die damals als Lehrlin in der Klinik arbeitete. Viele Briefe und bei weitem mehr Liebesgedichte als in der nunmehrigen Auswahl versammelt, bezeugen Richards große Liebe zu „Herma“. Zugleich begannen in dieser Zeit auch die Aktivitäten der Gruppe nach außen. Streuzettel, Flugblätter, schließlich die (von November 1940 bis Februar 1941) zumindest vier Mal erschienene Flugschrift *Der Rote Stoßtrupp* (Auflage

jeweils 150 Stück) tauchten auf einmal in Graz an verschiedenen Stellen auf, gelangten aber auch über Graz hinaus, zum Beispiel in die Weststeiermark. Geschrieben wurde das meiste, so wird es später in der Urteilsbegründung heißen, „nach dem Diktat des Zach“. Inhaltlich ging es in den Schriften um Analysen etwa der NSDAP, der aktuellen Kriegslage auf Basis von Berichten ausländischer Radiosender, Aufrufe, die Kriegsmaschinerie zu stören, die Erinnerung an den Februar 1934 und ähnliches.

Diese Widerstandsarbeit brachte es zwangsläufig mit sich, dass auch Kontakte zu „alten“ bzw. der Polizei bekannten NS-Gegnern zustande kamen oder neue, von der Gestapo unter Beobachtung stehende Gruppen mit Mitgliedern der Zach-Zellen Verbindung aufnahmen. Dazu kam, dass mit Johann Stelzl seit 1938 bei der Grazer Gestapo ein Mann als Leiter des „Kommunisten-Referats“ fungierte, der bereits in der Zeit des Austrofaschismus als Staatspolizist Erfahrungen mit der linken politischen Opposition machen konnte. Nach Kriegsende wird Alfred Zach dem Volksgericht beim Landesgericht für Strafsachen Graz, das Stelzl anklagte, unter anderem schreiben: „Stelzl ist allein daran schuldtragend, dass mein Bruder am 18.8.1942 in Berlin wegen Hochverrat, Zersetzung der Wehrkraft, Begünstigung der Feindpropaganda zu Tode verurteilt und am 27.1.1943 hingerichtet wurde. Stelzl und Komplizen hatten meinen Bruder durch Misshandlungen derart zugerichtet, sein Gesicht war zerschlagen, verkrustet von alten Wunden, [er war] körperlich völlig heruntergekommen. Er erhielt 4 Wochen Dunkelhaft, wurde täglich geprügelt und hat in meiner Anwesenheit durch Stelzl Faustschläge ins Gesicht erhalten.“¹⁴

Verhaftung, Folter, Zuchthaus

Bevor aber Richard Zach am 31. Oktober 1941 festgenommen werden konnte, begann die Verhaftungswelle bereits im Frühjahr mit Josef Neuhold und seiner neunzehnjährigen Tochter Elfriede und steigerte sich insbesondere nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Nach dem Krieg wird Elfriede Geschwinder gemeinsam mit ihrem Mann folgende Zeilen an das Grazer Volksgericht richten: „Ich wurde mit meinen Leidensgenossen Dr. Weiß, Karl Drews, Anton Kröpfl, Ing. Eichholzer, Othmar Schrausser, Hans Strasser und Richard Zach von [den] Gestapo-beamten Wolina, Loder, Rumpler, Scheer über Auftrag des Stelzl verhaftet.

Stelzl sowie seine Komplizen haben uns, um Geständnisse zu erpressen, Prügel und Schläge verabreicht. Stelzl und Rumpler waren bereits im Jahre 1938 wütende Verfolger der Grazer Antifaschisten. Dr. Weiß wurde wochenlang in einem Keller ausgehungert, Josef Neuhold schlug man die Zähne ein, warf ihn zu Boden und trampelte mit Stiefeln auf ihm herum. Er starb kurz vor der Hinrichtung an den Folgen der Misshandlungen. [...] Drews und Eichholzer wurden ebenfalls hingerichtet, Kröpfl Anton war bereits 1934 durch Stelzl verfolgt und inhaftiert worden. 1942 wurde er mit schwerer TBC aus der Haft entlassen und ging zu Grunde. Schrausser, Strasser und Zach wurden ebenfalls hingerichtet. [...] Zach wurde wochenlang im Keller ausgehungert [...]“¹⁵

Alfred Zach legte seinem Schreiben an das Volksgericht vom 10. März 1947 unter anderem auch das Gedicht „Gestapoverhör“ seines Bruders bei, in dem es heißt:

*Nein, es ist nicht menschenmeuchelnder
Hass,
nein, sagt das nicht so rasch, nein, nein.
Eher – ist es Freude am Quälen, eher
Spaß
Daran, Herr über Fleisch und Blut zu
sein.*

*Vielleicht – vielleicht auch etwas
zornige Ungeduld.
Verdauungsschwierigkeiten. Streit mit
der Frau. Nervosität –
Der Glaube: „Ich bin als Richter gesetzt
über große Schuld.“
Und endlich Eitelkeit, die nach
Auszeichnungen kräht.*

*Daneben Ärger, sich mit der Kommune
herumzuplagen,
mit Kerlen, die tun, als seien sie frei von
Verbrecherei.
Daneben der Wunsch, einmal zuzu-
schlagen,
wie oft man will – und Verpflichtung an
die Partei.*

Und nüchtern endet das Gedicht nach weiteren Strophen unerwartet mit: „Vor allem ist es die Berufsehre!“¹⁶

Eine der letzten politischen Aktionen in Freiheit unternahm Richard Zach mit dem fast fünf Jahre jüngeren, also damals 17-jährigen Franz Muhri (1924–



Illegale Flugschrift der KPÖ „Der Rote Stoßtrupp“

2001), der mehr als zwei Jahrzehnte später Vorsitzender der KPÖ werden sollte. Auf weithin sichtbare Mauern, so Muhri, pinselten sie nachts kurze Losungen mit Miniumfarbe, manchmal mit Sichel und Hammer. Am 31. Oktober 1941 wurde Zach verhaftet, zunächst ins Polizeigefängnis am Paulustor verbracht und eine Woche später offiziell aus dem Schuldienst entlassen. Es folgte die damals berüchtigte Strafvollzugsanstalt Karlau, von wo er Anfang April ins Gefängnis Berlin-Moabit transportiert wurde. Dort erhielt er Schreiberlaubnis und verfasste in einem Arbeitsheft fast 600 Gedichte, wobei er einige aus der Erinnerung neu niederschrieb. Im November 1942 schrieb er an seinen Bruder Alfred über die ihm übermittelten Kassiber-Gedichte: „Jedes einzelne will einem Zweck dienen, und kann es das jetzt schon, umso besser. Aber am besten werden sie wirken können, wenn sie laut gesprochen werden dürfen. Dann ist ihre Zeit da! Und bis dorthin darf keines der Gestapo in die Hände fallen. Keines, Fredl. [...] Und kreisen welche, so müssen sie es namen- und herkunftslos. Der Name zählt nicht. Dass sie Gedankengut von vielen wären, ist mein tiefer Traum.“¹⁷

Nach zwei erfolglosen Gnadengesuchen des Vaters im Mai 1942 und einem Besuch Alfreds in Berlin Ende Juli/Anfang August kam es zum Prozess gegen Richard und drei weitere Mitglieder der

Gruppe: Josef Red, Hugo Graubner und Alois Kaindl. Die Hauptanklagepunkte waren wenig überraschend dieselben, die sich auch im Urteil vom 18. August 1942 wiederfanden: „Wehrkraftzersetzung“, „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „Lostrennung eines zum Reiche gehörigen Gebietes“. Gemeinsam mit Red wurde Zach zum Tode verurteilt, Graubner zu acht, Kaindl zu fünf Jahren Haft. Sieben Wochen nach der Urteilsverkündung wurden die vier nochmals dem Gericht vorgeführt, um zum Urteil Stellung nehmen und um Begnadigung ansuchen zu können, wovon alle vier Gebrauch machten: Red, Graubner und Kaindl wurde „Frontbewährung“ zugestanden, das Todesurteil gegen Zach blieb aufrecht. Nicht umsonst heißt es darin: „Der Angeklagte Zach war der geistige Urheber. Er ist intelligent und auffallend schreib- und redegewandt. Er ist ein gefährlicher Agitator für den Kommunismus und kann deshalb nicht auf Milde rechnen.“

Nochmals folgte ein fiebriger Schreibschub, der Anfang Dezember nicht unterbrochen, sondern um neues Leben bereichert wurde. Der zum Tode Verurteilte wurde ein letztes Mal nach Graz transportiert, wo er als Zeuge an der Verhandlung gegen seinen Mitstreiter Friedrich Grießl teilnahm. (Dieser wurde ebenso zum Tod verurteilt und einige Monate nach Zach in Wien hingerichtet. „Er muss ausgetilgt werden“, steht in seinem Urteil.) Zach ließ durch einen Anwalt ein nochmaliges Gnadengesuch einbringen – erfolglos. Und „Herma“ erzählte von einer geheimnisvollen Begegnung: „Ich bin hinuntergekommen in diesen Hof und [...] da auf einmal hör' ich ein Pfeifen: [Das Lied] ‚Wenn ich mein Schatz nicht rufen darf, und da hab' ich gewusst, der Richard ist in Graz.“ Ohne dass sich die beiden nochmals sehen konnten, beginnt am 14. Jänner 1943 Zachs Rücktransport über Wien und Breslau nach Berlin. Zwei Tage nach der Ankunft wird ihm im Gefängnis Berlin-Brandenburg am 25. Jänner die Urteilsbestätigung ausgefolgt, weitere zwei Tage später wurde er hingerichtet.

Vielleicht gibt dieser Lebensweg keine letztgültige Antwort auf die Frage nach Richard Zachs unerschütterlichen Glauben an eine bessere, eine gute Welt. Jedenfalls aber bestätigt dieses Leben das Urteil des ehemaligen französischen Außenministers Roland Dumas, der im Jahr 1985 Richard Zach als beispielhaft für den österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nannte.

Und über literarischen Geschmack kann man ja streiten. Aber wer das folgende, im Zuchthaus 1942 verfasste Gedicht als „mittelmäßig“ bezeichnet, weil er Aversionen gegen die politische Überzeugung des Autors oder die konventionelle literarische Form hat, sollte sich eventuell überlegen, ob es nicht besser wäre, sich mit etwas anderem zu beschäftigen als mit Literatur.

Ein Blatt

Ich riss mir ein Blatt von der Linde,
heimlich, als niemand es sah.
Nun liegt es auf meinem Spinde,
vom Leben ein Angebinde...
Der Frühling scheint jetzt so nah.

Inmitten der schmucklosen Wände
tröstet sein Grün meinen Blick.
Ich nehme es oft in die Hände.
Es flüstert: „Der Frost ist zu Ende.
Lenz lacht dem trübsten Geschick.“

Ich streichle die zarten Adern,
welche der Wind früher strich.
O Blättlein, Du darfst nicht hadern,
weil du verdorrst für mich.

Bringst mir doch frohe Kunde,
winziges Wunderwerk,
von blauer, sonniger Runde,
von Vogel, Wiese und Berg.

Ich riss mir ein Blatt von der Linde.
Weiß nicht, wie mir geschah. –
Wie einem verlassenem Kinde.
Damit mir mein Herz nicht erblinde.
Der Frühling scheint jetzt so nah.

Richard Zach: Den anderen Weg gegangen. Ausgewählte Gedichte, hg. und mit einem Nachwort von Karl Wimpler. Graz: Clio 2017, 168 S., 19,- Euro

Anmerkungen:

- 1/ Jüngstes Beispiel für sowohl politische als auch literarische Diffamierung: Christian Schacherreiter: Kommunistische Mythen, in: *Die Presse* (Spectrum), 30.10.2013.
- 2/ Erich Hackl: Das andere Österreich, in: *Die Presse* (Spectrum), 25.10.2013.
- 3/ Günter Brus: Das gute alte Wien. Salzburg, Wien: Verlag Jung und Jung 2007, S. 108f. Mit Conrad Bering meint Brus Konrad Bayer.
- 4/ Christian Teissl: „Ich bin den andern Weg gegangen!“ Notizen zu Richard Zach, in: *Zwischenwelt*, Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands, 20. Jg. (2003), Nr. 2, S. 67–69.
- 5/ Miguel Herz-Kestranek/Konstantin Kaiser/Daniela Strigl (Hg.): In welcher Sprache träumen Sie? Österreichische Lyrik des Exils und des Widerstands. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2007 (Antifaschistische

Literatur und Exilliteratur – Studien und Texte, Bd. 21), S. 13.

6/ Ruth Klüger: weiter leben. Eine Jugend. München: dtv 1994, S. 123f.

7/ Christian Hawle: Richard Zach: „Gelebt habe ich doch!“ Wien: Globus Verlag 1989 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 3), S. 38f.

8/ Zu Presterl siehe: Heimo Halbrainer: Das kurze Leben des Grazer Schriftstellers, Spanienkämpfers und Verlegers Josef Martin Presterl, in: Josef Martin Presterl: Im Schatten des Hochschwab. Skizzen aus dem steirischen Widerstand, hg. von Heimo Halbrainer und Karl Wimpler. Graz: Clio 2010, S. 341–373.

9/ Veranstaltungsplakat in Hawle: Gelebt habe ich doch, S. 66.

10/ Ebd. S. 69.

11/ Richard Zach: Niemals wieder! Zellengedichte, hg. von Gerhard Jaschke und Hermann Schürer. Wien: Schürer 1978 (freibord, Bd. 11/12), S. 137.

12/ Bericht des Gruppenmitglieds Alfred Steinbauer, in: Hawle: Gelebt habe ich doch, S. 119.

13/ Ebd. S. 131.

14/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 13.158, Strafact Johann Stelzl, LG Graz, Vg 1 Vr 1138/45.

15/ Ebd. Von Heimo Halbrainer recherchierte und zusammengestellte Biographien der genannten Personen finden sich in: Presterl: Im Schatten des Hochschwab, S. 301–336.

16/ DÖW 13.158, Strafact Stelzl.

17/ Hawle: Gelebt habe ich doch, S. 149.

Neuerscheinung

Karl Wimpler: Mein Graz. Ein Jahrhundert in Bruchstücken



Graz: CLIO 2017
256 S., 22,- Euro

Karl Wimpler umkreist, was sein Graz ausmacht. Ausgehend von Fund-

und Bruchstücken zwischen 1913 und 2017 erzählt er von einem so noch nicht beschriebenen Graz – von Schriftstellern, Künstlerinnen, Verbrechern, Kriegern, Opfern; von Geehrten und Vergessenen, von ersten Autos und den ersten Politessen, von Einwanderinnen und Flüchtlingen, Medizin und Kultur, Widerstand und Anpassung.

Bestellungen:

verlag@clio-graz.net

Marie Langer: Feministin, Psychoanalytikerin und Marxistin

IRENE FILIP

Marie Langer wurde am 31. August 1910 in Wien als Marie Lisbeth Glas in einer großbürgerlichen jüdischen Familie geboren. Sie besuchte das 1911 von Eugenie Schwarzwald gegründete Mädchenrealgymnasium, wo sie maturierte. Ein anschließendes Medizinstudium schloss sie im März 1935 als Anästhesistin ab. Gleichzeitig machte sie eine Ausbildung zur Psychoanalytikerin.

Im Zuge ihres Medizinstudiums verbrachte sie das Sommersemester 1932 in Deutschland, wo sie mit kommunistischen Kreisen in Kontakt kam. Nach ihrer Rückkehr nach Wien trat sie im Oktober 1932 in die KPÖ ein und übernahm Aufgaben der Agitation und Propaganda in ihrer Parteizelle im 9. Bezirk und wurde schließlich vom „Parteiapparat“ angefordert. Während sich ihre Eltern in der Tschechoslowakei aufhielten, wo der Vater eine Textilfabrik besaß, stellte sie die Wohnung des in Familienbesitz befindlichen so genannten „Palais Hauser“ in der Heinestraße im 2. Bezirk für illegale Parteizusammenkünfte zur Verfügung. „Meine Wohnung wurde erst für einen Abziehapparat und dann als Sitzungswohnung benützt. Illegale Genossen, z.B. auch Johann Kopenig, haben öfters in meiner Wohnung einige Wochen geschlafen.“¹

In ihren 1986 veröffentlichten Lebenserinnerungen² schreibt Langer über diese Zeit: „Aber der Austrofaschismus hatte sich fest etabliert und war nicht mehr zu bremsen. [...] Die Führungsleute der Kommunistischen Partei wurden von der Polizei so systematisch verfolgt, daß das Zentralkomitee schließlich nach Prag verlegt werden mußte. Ich selbst hatte den Generalsekretär Kopenig sicher in die Tschechoslowakei zu bringen. [...] Mit Hilfe eines Cousins,³ der einen eleganten Wagen mit Chauffeur hatte, ist uns nichts passiert. Die Grenzpolizei haben wir getäuscht, indem mein Cousin und ich ein Liebespaar spielten, das einen alten kranken Mann begleiten mußte. Kopenig, mit einer Decke fast ganz zugedeckt, kam über die Grenze ohne auszustiegen. Bei der Paßkontrolle hielt uns der Chauffeur höflichst die Wagentür auf, und nur wir, das junge Paar, stiegen aus. So kamen wir durch.

Ein paar Monate später habe ich – auf ähnliche Weise aber diesmal im Zug und mit falschem Paß – Friedl Fürnberg, den zweiten Mann der österreichischen Partei, nach Prag gebracht.“

Nach einer größeren Parteisitzung war ihre Wohnung zu sehr belastet, sodass sie für einige Zeit ihre Parteiaktivitäten einstellen musste. „Dann arbeitete ich weiter im Apparat, vermittelte Wohnungen, kassierte Parteisteuern ein etc. Im Frühjahr 1935 musste ich wieder aus der Arbeit ausscheiden da eine Reihe von Genossen, mit denen ich zusammengearbeitet hatte, hochgegangen waren und man sie in Verhören nach mir gefragt hatte.“⁴

KPÖ und Psychoanalyse

In diesen Jahren begann Marie Langer auch eine psychoanalytische Ausbildung. „Mit der Psychoanalyse und der Partei gleichzeitig zu leben, war nicht immer einfach. Manchmal schaute ich während einer Versammlung auf die Uhr, stand auf und entschuldigte mein plötzliches Weggehen mit einer angeblich unumgänglichen Verabredung oder einer Stunde usw.; die Genossen dachten, ich würde Stunden geben, um etwas Geld zu verdienen. Es wäre mir peinlich gewesen einzugestehen, wieviel ich für meine Analyse zahlte. [...] Einige Monate nach dem Februar 1934 geschah etwas, was eine Weiterführung meiner psychoanalytischen Ausbildung sehr erschweren sollte. In Berlin hatte die Gestapo Edith Jacobson festgenommen, nachdem sie einem ihrer Patienten gefolgt war. Um die Psychoanalyse und ihre Patienten zu schützen, beschloß der Stab um den ‚Herrn Professor‘, wie alle Freud nannten, daß kein Analytiker sich in einer verbotenen Partei betätigen und schon gar nicht deren Mitglieder als Patienten behandeln durfte. [...] Bald darauf hielt [der Psychoanalytiker] Richard Sterba meine Analyse für beendet. [...] Mir tat dieses Ende nicht gut, aber ich wollte – in dieser weltpolitisch so brisanten Situation – auch nicht länger nur meinen eigenen Nabel betrachten, so habe ich damals gekränkt die Psychoanalyse definiert.“

Danach begann Marie – oder Mimi, wie sie von ihren Freunden genannt wurde – im Sozialistischen Ärztebund, einer

Einheitsfrontorganisation, mitzuarbeiten. Bei einer Sitzung der Friedenssektion des Ärztebundes wurde sie mit ihrem späteren Ehemann, dem Arzt Max Langer, im Frühjahr 1936 festgenommen, nach zwei Tagen im Polizeigefängnis aber wieder freigelassen, weil man ihr nichts nachweisen konnte. Im Sommer 1936 begann sie, überparteiliche Frauenarbeit zu machen.⁵

„Einige Monate, nachdem in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen war, organisierte die englische Labour Party ein Team mit Ärzten und Krankenschwestern. Weil sie nicht genügend Chirurgen hatten, wandten sie sich an die österreichischen Sozialdemokraten. Da entschloß sich mein Freund Max, der Chirurg war, nach Spanien zu gehen, und schlug mir vor, mitzukommen. Ich ging zur Partei und sprach über die Schwierigkeiten weiter für sie zu arbeiten, da ich jetzt polizeibekannt war. ‚Der Faschismus muß in Spanien bekämpft werden‘: mit dieser Begründung gaben sie mir ihre Einwilligung.“

Schwieriger Abschied von Wien

Über ihre Motivation, nach Spanien zu gehen, schreibt Marie Langer: „Meine spätere Abreise nach Spanien könnte wie ein heroischer Akt aussehen. In Wirklichkeit hat sie mir das Leben gerettet und mir erspart, bald darauf fliehen zu müssen. So konnte ich meine Heimat freiwillig verlassen. – Ein Grundsatz unserer Lehrerin Aline Furtmüller fällt mir ein: ‚Es gibt Leute, die nichts mit Politik zu tun haben wollen, weil die Politik schmutzig sei. Aber wenn Du nicht aktiv an der Politik teilnimmst, machen sie Politik mit dir.‘ [...] Dank der Erfahrungen mit Fritz [d.i. Fritz Jensen], dem Gynäkologen, konnte ich als Anästhesistin gehen. Meine Freunde und Bekannten durften von meiner Abfahrt nichts wissen, aber ich konnte mich von meiner Familie verabschieden. Weil mein Vater zu dieser Zeit nicht in Wien war, sprach ich nur mit meiner Mutter und Onkel Emil. Meine Mutter hat mir rundum jegliche Zustimmung verweigert. Aber ich ließ nicht locker, weil ich mich nicht ohne ihr Einverständnis von ihr trennen wollte. Schließlich gab sie nach, fügte jedoch hinzu: ‚Du mußt eines

wissen: wir werden dir dein Geld nicht nach Spanien schicken!' – Ich lachte und war zugleich traurig, weil mir in diesem Moment klar wurde, daß es zwischen uns schon lange keine Verständigungsmöglichkeiten mehr gab: in Spanien würde ich kein Geld brauchen, und sie würde es auch niemals schicken können. – ‚Ich habe es immer deinem Bruder gesagt‘, wandte sie sich an meinen Onkel, ‚das Mädchen hätte nicht studieren sollen. Das sind die Konsequenzen, wenn eine Frau studiert.‘“

„In diesen Tagen, noch in Wien, kamen Angst und Zweifel in mir auf. Ich verabredete mich mit Fritz, um ihm von meiner bevorstehenden Abreise zu erzählen. Fritz fand diesen Plan großartig. ‚Nein, beglückwünsche mich nicht‘, sagte ich, ‚eigentlich wollte ich dich fragen, was ich machen soll. Ich habe Angst, viel Angst. Ich habe Angst zu sterben, und außerdem meine Mutter... Die Chancen sind groß, in einem Krieg zu sterben, und diesen Schmerz würde sie nicht ertragen.‘ ‚Du hast doch keinen Grund, Angst zu haben‘, meinte Fritz, überrascht über meine Zaghaftigkeit. ‚Denk doch, daß du als Ärztin und nicht mit einem Gewehr in diesen Krieg gehst. Du wirst das Leben von vielen Kameraden retten können, und diese Kameraden

haben auch eine Mutter. Falls du doch sterben solltest, wird eine Mutter vielleicht verzweifelt sein – aber sind die Mütter der anderen, denen du geholfen hast, nicht genauso viel wert wie deine? Also die Trauer einer Mutter gegen die Freude vieler Mütter, die ihre Söhne behalten konnten. Die Bilanz blieb immer positiv.‘ Ich bedankte mich bei ihm und ging erleichtert weg. Damals habe ich noch so denken können wie Fritz, ich konnte mein persönliches Schicksal mit einem gewissen Abstand betrachten. Später dann, schon in Argentinien, habe ich als Mutter diese Fähigkeit, das Allgemeine, die Sache über das Individuelle zu stellen, verloren.“

Als Ärztin in spanischen Frontspitälern

„Aufgeregt fuhren wir in Lastwagen bis zur Front von Madrid – ein langer Weg. [...] Als wir schließlich unseren Zielort, Colmenar, erreicht hatten, wurden wir in der Dorfschule, die in ein provisorisches Krankenhaus umgewandelt worden war, untergebracht. [...] Bald arbeitete ich nicht mehr als Anästhesistin. Max und Walter [d.i. Walter Fischer] hatten den Chauffeuren der Ambulanz beigebracht, Narkosen und Antitetanuspritzen zu geben (es war unser

Stolz, keinen einzigen Tetanusfall gehabt zu haben). Ich lernte, Wunden zu nähen, Brüche zu gipsen und Splitter herauszuholen. Die verfluchten Schrapnelle komplizierten alles – besonders die offenen Brüche, die unerbittlich mit bakteriellen Infektionen und Knochenabszessen endeten; oft mußte man – da es weder Sulfonamide noch Antibiotika gab – amputieren. [...] Als immer mehr Schwerverletzte nach Colmenar gebracht wurden, war es meine Funktion, Max bei den Bauchoperationen zu assistieren.“

„Der Tag begann wie jeder andere. Zwei, drei Verwundete kamen an, und wir behandelten sie. ‚Ich bringe dir einen österreichischen Genossen‘, sagte auf Deutsch der Krankenträger zu mir. Auf der Bahre erkannte ich Robert, den Jungen, den ich wegen Max verlassen hatte. Da war er: abgezehrt, bärtig, fast nicht mehr in der Lage zu sprechen. Max bückte sich, um ihn zu untersuchen. ‚Zum Glück ist es nicht der Unterleib. Eine Kugel ist durch seinen Brustkorb gegangen; wenn sie den mittleren Teil der Brusthöhle nicht berührt hat, ist es nicht schlimm. Wir werden uns danach sofort um ihn kümmern, aber – es tut mir leid – du mußt jetzt mit mir operieren, der Patient ist schon anästhesiert, und es ist der Unterleib.‘ – ‚Aber jetzt können wir ihn

Ferien am Hollerhof



Die **Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel**

Kittner betreibt den Hollerhof und vermietet drei

Ferienwohnungen an der slowenischen Grenze in der Südoststeiermark.

- Rundum Natur pur • Ruhe • Radlerparadies
- zwei Thermalbäder wenige Kilometer entfernt
- komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 m²) für 2–5 Personen
- Kittners Bibliothek mit etwa 10 000 Büchern am Hof

Anfragen, Buchungen und Nachrichten:

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

E-Mail: hollerhof@hollerhof.at

Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg

Internet: <https://hollerhof.at>

Telefon: (00 43) 34 76 2 05 25



doch nicht so liegen lassen? – ‚Natürlich nicht, laß ihn in unser Bett bringen, da liegt er besser als auf der Bahre.‘ [...] Wir operierten. Meine Hände funktionierten automatisch, aber ich dachte an anderes. ‚Onkel Paul hatte im Krieg einen Lungenschuß und ist wieder gesund geworden. Es ist nicht schlimm.‘ Aber meine Angst wuchs, und plötzlich habe ich mich beim Beten ertappt, das erste Mal seit langem und zum bislang letzten Mal: ‚Mein Gott, laß es nicht zu. Mach, daß Robert nicht stirbt. Er ist der einzige Sohn, der einzige, den seine Mutter hat.‘ Jemand öffnete die Tür unseres improvisierten Operationssaales. Es war der Genosse, der ihn gebracht hatte; er sah merkwürdig aus und machte mir ein Zeichen. [...] Max ließ mich gehen. Als ich ins Schlafzimmer kam, war Robert in unserem Bett versunken, das Gesicht zur Wand gedreht. Ich rief seinen Namen, er antwortete nicht, ich legte meine Hand sanft an seine Wange, um sein Gesicht zu mir zu drehen. Noch heute spüre ich in meiner Hand diese leichte unerbittliche Resistenz, die ein toter Körper jeder Berührung entgegensetzt. [...] Ich hatte keine Zeit zum Weinen, es kamen immer mehr Verwundete an. Wir haben ununterbrochen gearbeitet – die ganze Nacht und den folgenden Tag. In der Nacht darauf kamen franquistische Flugzeuge, um das Dorf und das Krankenhaus zu bombardieren; beim Alarm ‚Alle auf den Boden, schützt euch an den Wänden‘ war das einzige, was ich gewünscht habe, daß eine Bombe mit allem Schluß machen würde. Aber die Internationalen Brigaden hatten Madrid gerettet.“

Emigration nach Lateinamerika

Danach waren Marie und Max Langer im Spital der Internationalen Brigaden in Murcia tätig, wo Max die orthopädische Abteilung leitete. Da es in Spanien an

geeigneten Prothesen mangelte, wurden sie nach Frankreich geschickt, um welche zu besorgen. Inzwischen war Österreich von Hitler-Deutschland besetzt worden, weshalb Marie und Max Langer nicht mehr nach Spanien zurückkehrten. Es gelang ihnen, über die Tschechoslowakei nach Uruguay zu emigrieren und sich schließlich in Argentinien niederzulassen.

Marie Langer war 1942 die einzige Frau bei Gründung der *Argentinischen Psychoanalytischen Vereinigung* und wurde 1959 zu deren Präsidentin gewählt. Sie war Universitätsprofessorin für Medizinische Psychologie in Buenos Aires und als Lehranalytikerin tätig. Vehement trat sie für eine Verbindung von Psychoanalyse und sozialer Revolution ein. Die Forderung nach politischem Engagement gegen die soziale Ungerechtigkeit, die sie auf dem 1969 in Rom stattgefundenen Internationalen Kongress der Psychoanalytiker erhob, führten letztendlich zum Bruch mit der traditionellen *Psychoanalytischen Vereinigung*. 1989, mehrere Jahre nach ihrem Tod, veröffentlichte Texte haben die Verbindung ihrer drei Lebensgrundsätze zum Inhalt: Frau, Psychoanalyse und Marxismus.⁶

Als 1974 Langers Name auf der Liste der argentinischen Todesschwadronen aufschien, musste sie neuerlich emigrieren, und zwar nach Mexiko, von wo aus sie in Nicaragua Einrichtungen der *Salud Mental* aufbaute und betreute. 1986 organisierte sie in Havanna einen Kongress zum Thema „Marxismus und Psychoanalyse“. Marie Langer starb am 22. Dezember 1987 in Buenos Aires.

Zeit ihres Lebens der internationalen Solidarität verpflichtet, schließt Langer ihre Lebenserinnerungen mit folgenden Worten ab: „Schau, es ist gar nicht schön, alt zu werden. Aber es ist unvermeidlich. [...] Es ist nicht schön, den körperlichen Verfall zu sehen. Man kann nicht sehr gut vorausrechnen. Ich weigere mich auch sehr, in das zu verfallen, was sonst alte Leute tun, nämlich nur in der Vergangenheit zu leben. [...] Ich fahre jetzt jeden Monat einmal nach Nicaragua, um dort beim Aufbau eines sozialpsychiatrischen Netzes zu helfen. In Nicaragua bin ich absolut zeitlos. Und es ist so, als hätten wir den Spanischen Krieg nicht verloren, und ich wär in Spanien im Wiederaufbau. Irgendwie kann ich da meine Jugend wiederfinden. Irgendwie schnappt dann etwas ein, sogar körperlich. Da hat ein Genosse von mir ein Foto gemacht in Nicaragua. Ich



hab nicht einmal gewußt, daß er mich fotografiert. Ich hab’ einen Strohhut auf, als wir bei der Landverteilung sind, wegen der Sonne. Ich steh’ zufällig unter einem Plakat von Sandino. Ich schau da so triumphal und jung aus auf dem Bild [...]. Wenn du was findest, was dir dafür steht, dann geht das Alter weg. Und dann – das ist ja die Geschichte mit der Politik, die früher die Religion war – du mußt etwas finden, was weitergeht. Aber es muß weitergehen...“

Anmerkungen:

1/ RGASPI (Moskau) 495/187/2102, Lebenslauf, 10.12.1937. Der Lebenslauf ist mit Dr. Marie Wilhelm-Manowil gezeichnet, dem Namen ihres ersten (Wilhelm) und zweiten Ehemanns, dem Rechtsanwalt Dr. Josef Herbert Manowil, der ebenfalls österreichischer Freiwilliger in den Internationalen Brigaden war und am 1. April 1937 gefallen ist.

2/ Marie Langer: *Von Wien bis Managua. Wege einer Psychoanalytikerin*. Freiburg i. Br.: Kore, Verlag Traute Hensch 1986. Alle in diesem Text zitierten Passagen sind – so nicht anders angegeben – diesem Band entnommen.

3/ Gemeint ist Kurt Heinz Lichtenstern, dessen Vater Besitzer der Steingut- und Porzellanfabrik in Wilhelmsburg war. In der Emigration in den USA nahm er den Namen Conrad H. Lester an.

4/ RGASPI 495/187/2102, Lebenslauf, 10.12.1937.

5/ Ebd.

6/ Juan C. Volnovich, Silvia Werthein (Hg.): *Marie Langer: mujer, psicoanálisis y marxismo*. Buenos Aires: Editorial Contrapunto 1989.

Literaturtipps:

Bahr, Raimund: *Marie Langer*. 31.8.1910 Wien – Buenos Aires 22.12.1987. St. Wolfgang: Edition Art & Science 2004.

Bahr, Raimund (Hg.): *Leben im Widerspruch. Marie Langer. Texte. Briefe. Begegnungen*. St. Wolfgang: Edition Art & Science 2007 (Materialien, Bd. 2).

Die Goethe-Eiche am Ettersberg

HELMUT RIZY

Die Türen schlugen zu, der Motor sprang an, und dann fuhren sie die Strecke nach Ettersberg hinaus, demselben Berge, von dem Goethe mit Charlotte von Stein über das thüringische Land geblickt hatte und wo nun hinter den elektrischen Drahtverhauen das Lager auf sie wartete.¹

So beschreibt Ernst Wiechert im Roman „Der Totenwald“ seine Annäherung an das Konzentrationslager Buchenwald. Am 8. Mai 1938 war er verhaftet worden, verbrachte die darauffolgenden Wochen in Gestapohaft in München, bevor er am 4. Juli nach Buchenwald eingewiesen wurde. Proteste vor allem aus dem Ausland bewirkten jedoch, dass er Ende August 1938 wieder freigelassen wurde – nach einer „Audienz“ bei Propagandaminister Goebbels, der dazu am 30. August 1938 in seinem Tagebuch festhielt: „Ich lasse mir den Schriftsteller Wiechert aus dem K.Z. vorführen und halte ihm eine Philippica, die sich gewaschen hat. Ich dulde auf dem von mir betreuten Gebiet keine Bekenntnisfront. Ich bin in bester Form und steche ihn geistig ab. Eine letzte Warnung! Darüber lasse ich auch keinen Zweifel. [...] Hinter einem neuen Vergehen steht nur die physische Vernichtung. Das wissen wir nun beide.“²

„Greuelmärchen“

Ernst Wiechert schrieb den Roman „Der Totenwald“ im Jahr 1939; erschienen ist dieser allerdings erst 1946 in Zürich, nachdem das Manuskript die Jahre bis zum Ende der Nazi-Herrschaft im Garten des Autors vergraben überdauert hatte. Mittlerweile war aber auch schon ein anderer Schriftsteller auf diese besondere Beziehung zwischen dem Konzentrationslager Buchenwald und Goethe eingegangen: Joseph Roth. Dessen letztes Manuskript – verfasst am 22. Mai 1939, fünf Tage vor seinem Tod in Paris – trägt den Titel „Die Eiche Goethes in Buchenwald“. Und darin heißt es:

Man verbreitet falsche Nachrichten über das Konzentrationslager Buchenwald; man möchte sagen: Greuelmärchen. Es ist, scheint mir an der Zeit, diese auf das rechte Maß zu reduzieren [...]. Erstens hat Buchenwald nicht immer so geheißt, sondern: Ettersberg. Unter diesem Namen war es unter den Kennern der Literaturgeschichte der-

einst berühmt: Goethe pflegte sich dort oft mit der Frau von Stein zu treffen; unter einer schönen, alten Eiche. Diese steht unter dem sogenannten „Naturschutzgesetz“.

Als man in Buchenwald, will sagen: in Ettersberg, den Wald zu roden begann, um dort für die Bewohner des Konzentrationslagers eine Küche südlich, eine Wäscherei nördlich einzurichten, ließ man allein die Eiche stehn; die Eiche der Frau von Stein. [...]

An dieser Eiche gehen jeden Tag die Insassen des Konzentrationslagers vorbei; das heißt: sie werden dort vorbeigegangen. Fürwahr! man verbreitet falsche Nachrichten über das Konzentrationslager Buchenwald; man möchte sagen: Greuelmärchen. Es ist, scheint mir, an der Zeit diese auf das rechte Maß zu reduzieren: an der Eiche, unter der Goethe mit Frau von Stein gesessen ist und die dank dem Naturschutzgesetz noch wächst, ist bis jetzt, meines Wissens, noch kein einziger der Insassen des Konzentrationslagers „angebunden“ worden; vielmehr an den anderen Eichen, an denen es in diesem Wald nicht mangelt.³

Allerdings erschien auch dieser Text nach einer Abschrift des Manuskripts aus dem Roth-Nachlass im New Yorker Leo Baeck-Institute erst 1991 in gedruckter Form.

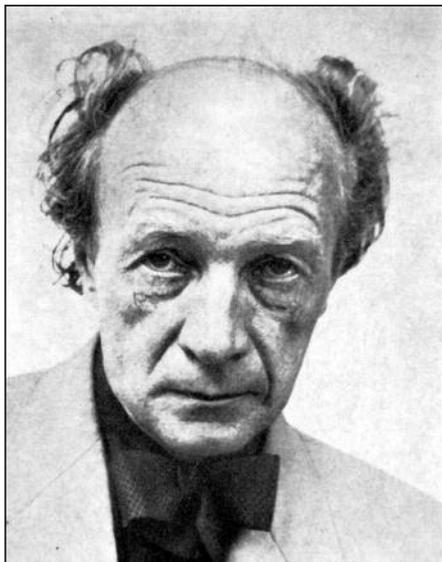
„Schicksal Deutschlands“

Schon im November 1945 hingegen war in der vom *Woiwodschaftskomitee der Polnischen Arbeiterpartei* in Lublin herausgegebenen Zeitung der Text „Über die Goethe-Eiche im Lager Buchenwald“ zu lesen gewesen, in dem dessen Autor schreibt:

Mitten im Wald, fast auf dem Gipfel des Hügels, wuchs ein gewaltiger Eichenbaum – ein prächtiger Riese von mehreren hundert Jahren. Wenn man vor ihm stand, betört von der Schönheit seiner Proportionen und dem erhabenen Rhythmus seines jahrhundertelangen Lebens, dann verstand man, warum solche Eichen einst wie Götter verehrt wurden. Diese Eiche ging zwar nicht bis auf die Zeit der Heiden zurück, doch hatte auch sie ihre Geschichte. Als gegen Ende des 18. Jahrhunderts Weimar und das benachbarte Jena Mittelpunkte der deutschen Kultur waren, als dort Goethe und

Schiller, Herder und Schelling, Fichte und Hufeland lebten und wirkten, war der Ettersberg mit seiner Eiche ein beliebtes Ziel für romantische Ausflüge. Am Fuße des Hügels steht bis heute das überaus schöne Schlösschen Ettersburg, in dem eine Zeitlang Frau von Stein, die Freundin Goethes, gewohnt hat. Unter dieser Eiche soll Goethe seine „Walpurgisnacht“ im „Faust“ geschrieben haben. [...] Es ging die Sage, dass das Schicksal Deutschlands mit dem Leben der Eiche vom Ettersberg verknüpft sei. Wenn die Eiche sterbe, werde auch das Deutsche Reich fallen. In vielen deutschen Büchern aus jener Zeit finden sich Erwähnungen der Goethe-Eiche.

Im Jahre 1934 veränderte sich hier alles. Es muss wohl Mephistopheles selbst – der Liebhaber einer böswilligen Ironie – gewesen sein, der den Herrschern in Deutschland geraten hat, auf dem Ettersberg ein Konzentrationslager für ihre Gegner einzurichten. Man trieb Kommunisten und Juden, Zeugen Jehovas und katholische Priester zusammen und hieß sie den Wald roden. Es fielen Bäume, und es fielen Menschen. Man rodete bis auf die Wurzeln und riss die Erde auf. Auf dem wüsten, nackten, mit Blut getränkten Boden stellte man Baracken, stellte man Krematorien und Latrinen auf. Den rechteckigen Platz umzäunte man mit Stacheldraht, den man mit Strom auflud. Alle hundert Meter standen mit Maschinengewehren bewehrte Türme. Es begannen Patrouillen umzugehen, mit Hunden, die ebenso grimmig waren wie ihre Herren. Dem Lager gab man aber den Namen „Buchenwald“. Einzig die Goethe-Eiche hat der Satan verschonen lassen. Sie stand einsam in der Mitte des Lagers und schaute aufs Waschhaus, in dem die Qualen des Häftlings begannen, auf den Appellplatz, auf dem sie tagtäglich wiederholt wurden, und auf das Krematorium, in dem sie ihr Ende fanden. Der Satan gab auch die Idee ein, an der Goethe-Eiche Gefangene aufzuknüpfen. Und man hängte Dichter und Priester, Sozialisten und Juden an ihren Ästen auf – man hängte sie am Hals zum Tode und an den gefesselten Händen zur Qual. Die Hunde hatten die Rinde vom Stamm heruntergerissen – rasend, weil sie die Gefangenen nicht erreichen konnten. Die Gefangenen verfluchten aber die Eiche als ihren Marterpfahl.



Ernst Wiechert (1887–1950)

Unverrückt blieb die Eiche acht Jahre lang stehen, denn Eichen reagieren nur langsam.

Im Frühling des Jahres 1942 aber zeigte sich nur noch spärliches Laub, das früh – bereits im Sommer – wieder abfiel. Im nächsten Jahr trug die Eiche überhaupt kein Grün. Wir Gefangenen pflegten uns dieses nackte Gerippe anzusehen, das uns düster und wie beschämt vorkam; wir wiederholten uns die Sage und schöpften Hoffnung. Wenn auch entblättert, so blieb die Eiche aber doch stehen.

Im August 1944 führten die Amerikaner einen Luftangriff auf die Rüstungsfabriken und -werkstätten durch, die sich in der Umgebung von Buchenwald befanden. [...] Nur ein paar Brandbomben fielen zu uns herein. Ein Teil des Effektenmagazins im Lager brannte nieder, von dort griff das Feuer auf das Waschhaus über, und über das Dach kriechend sprang es auf die Goethe-Eiche.

Wenn ich die Augen schließe, sehe ich dieses Bild noch heute: In der Ferne das Dach des Waschhauses in Flammen, die Gestalten der Lagerfeuerwehr auf den Leitern, die schlechten Feuerspritzen aus dem Lager an der Arbeit. Näher bei mir das hilflose Gerippe der Eiche mit brennendem Wipfel. Ich höre das Knistern des Feuers, sehe die herumfliegenden Funken; die ausgebrannten Zweige der Eiche fallen herab sowie zusammengerollte Fetzen Dachpappe. Ich rieche den Rauch. Die Gefangenen bilden eine lange Kette und reichen sich die Wassereimer vom Reservoir bis hin zur Brandstätte. Sie retten das Waschhaus und löschen nicht die Eiche. In ihren Mienen ist eine heimliche Freude, ein schweigender Triumph: Nun wird die Prophezeiung der Sage wahr!

Unsere Augen sehen durch den zweifachen Filter des Rauchs und der Phantasie nicht einen Baum, sondern eine vielarmige Bestie, die sich im Feuer windet und biegt. Die ausgebrannten Äste fallen ab, der Baum wird immer kleiner, als ob er in sich zusammenfiel. Als ob das Ungeheuer in seinem Toteskampf sich niedersetze. Verrecke, du Bestie, du Symbol des Deutschen Reichs! Und Goethe? Für uns gibt es keinen Goethe; Himmler hat ihn ausgelöscht.

Die Eiche brannte die ganze Nacht. Am nächsten Morgen stand nur noch der verrußte und zersplitterte Stamm. Man erlaubte uns, ihn zu fällen, den Wurzelstrunk auszugraben und das Loch zuzuschütten. Das war am 24. August 1944. Das Deutsche Reich hat diesen Tag um lediglich neun Monate überlebt.⁴

Häftling 4934?

Gezeichnet war dieser Text mit „Häftling Nr. 4935“. Womit sich selbstverständlich irgendwann die Frage erhob, wer sich hinter der Häftlingsnummer verborgen haben mochte. Eine eindeutige Zuschreibung mittels der Nummer war dem Archiv der Buchenwald-Gedenkstätte zufolge nicht möglich, da die Nummern mehrfach vergeben worden waren. So war die Nummer 4935 drei Häftlingen zuzuordnen, wovon allerdings keiner, wie man fand, als Autor in Betracht kam. Der Archivar Harry Stein stellte immerhin fest: „Vielmehr liegt nahe, dass Ludwik Fleck, der die Häftlingsnummer 4934 hatte, selbst der Autor ist.“⁵

Der 1896 in Lemberg geborene Ludwik Fleck hatte Medizin studiert und arbeitete vor allem als Mikrobiologe und Immunologe (als Erkenntnistheoretiker wurde er erst spät berühmt). 1941, mit dem Angriff auf die Sowjetunion und der Eroberung Lembergs (damals Lwów) durch Nazi-Deutschland, wurde er im Ghetto Lemberg interniert, wo er in der Folge als Leiter des chemisch-bakteriologischen Labors im Jüdischen Krankenhaus wirkte. Dort entwickelte er mit seinen Kollegen einen Impfstoff gegen Fleckfieber. Im Februar 1943 wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er vorerst beinahe zu Tode geschunden, dann aber Leiter des serologischen Labors im Block 10 wurde. Im Jänner 1944 verbrachte man ihn auf Anordnung des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts schließlich nach Buchenwald, wo er bis zur Befreiung im April 1945 gezwungen war, Forschungen zu einem Fleckfieber-Impfstoff für das Hygiene-Institut der Waffen-SS zu betreiben.

Tatsächlich ging Ludwik Fleck 1945 nach Lublin und hat dort, wie seine Witwe später erzählte, während der ersten Nachkriegsjahre des öfteren für Tageszeitungen geschrieben, um sein Gehalt aufzubessern. Außerdem fand sich der Text – als eines der ganz wenigen aus Polen stammenden Originale – im Nachlass Flecks, der 1957 zusammen mit seiner Gattin nach Israel auswanderte. Weshalb er in der Zeitung eine falsche Häftlingsnummer verwendet haben sollte, blieb ein Rätsel. Da Fleck erst im Jänner 1944 nach Buchenwald kam, konnte er allerdings über die entlaubte Eiche der Jahre 1942 und 1943 nur von Mithäftlingen erfahren haben.

Baumhängen

Ob Häftlinge an der Eiche oder wie Joseph Roth (der glücklicherweise in keinem KZ und somit auch nicht in Buchenwald gewesen ist) schrieb, an den vielen anderen Bäumen aufgehängt wurden, ist unerheblich angesichts der Tatsache, dass dieses Hängen bei der SS auch in Buchenwald von Beginn an besonders beliebt war. Der österreichische Autor Bruno Heilig, der im September 1938 vom KZ Dachau, wo das Hängen hinter dem Bunker stattfand, ins KZ Buchenwald verbracht wurde, stellte in seinem Buch „Menschen am Kreuz“ fest:

In Buchenwald wurde das Baumhängen nicht diskret hinterm Bunker, sondern öffentlich im Wald vollstreckt, inmitten der arbeitenden Mannschaften. Man hat sich auch nicht die Mühe genommen, besondere Pflöcke herzustellen. An etwa fünfzig Bäumen waren starke Nägel eingeschlagen. Hier wurde die Strafe vollstreckt.⁶

Heilig ist selbstverständlich auch mit der Geschichte des Ettersbergs vertraut, denn er fügt dann hinzu: *In diesem Buchenwald hat Goethe so gern geweilt. Hier hat er sich mit Schiller getroffen. Vor der Küche steht ein uralter Baum, unter dem der Dichturfürst zu ruhen liebte. „Goethe-Eiche“ heißt der Baum. An Goethes geliebten Buchen hängen Menschen... Man hängt Menschen auf lebende, grüne Bäume, in den Wald, der zur Zierde der Erde und zur Freude des Menschen geschaffen ist.⁷*

Auch Bruno Apitz, Jahre später Autor des Romans „Nackt unter Wölfen“, nennt den Wald und nicht die Eiche mitten im Lager als Ort des Hängens. In den kurzen Berichten, die er 1945 aus der unmittelbaren Erinnerung über die Jahre in Buchenwald verfasste und die gemeinsam mit denen anderer inhaftier-

ter Leipziger Kommunisten 1946 in der Broschüre „Das war Buchenwald. Ein Tatsachenbericht“ erschienen, beschreibt er sein Eintreffen im Konzentrationslager am 4. November 1937 in stockdunkler Nacht: *Überall hochragende Bäume. An den Baumstämmen glaubte ich etwas Schwarzes, Hängendes zu sehen. Ich konnte es nicht erkennen, denn wir hüpfen mehr, als wir liefen, von Schlammloch zu Schlammloch. Dann aber hörte ich etwas. Das kam von den Bäumen. Es stöhnte dumpf, oder es wimmerte ganz leise. Plötzlich wusste ich: Das waren Menschen! Die hingen dort in den Bäumen.*⁸

Später ist er dann selbst genauer Beobachter dieser brutalen Strafmaßnahmen: *Meist aber hingen die Opfer am Baum. Das war das Schlimmste. Die Hände wurden auf den Rücken gefesselt, die Arme nach hinten hochgezogen, und so wurde der Unglückliche an den Baum gehängt. Stundenlang. Wenn er abgeschnitten wurde, fiel er wie ein Sack zu Boden und blieb regungslos liegen, bis ihn die Fußtritte oder Knüppelschläge des Blockführers wieder auf die Beine brachten. Dann taumelte er mit abgestorbenen, hängenden Armen nach seiner Baracke. Viele standen nicht wieder auf, ihnen waren die Lungen zerrissen.*⁹

Später wurden die Bäume verschont, und es wurde im Lager ein Hängepfahl errichtet. Diesen Pfahl erwähnt der österreichische Schriftsteller Fred Wander, der zuletzt ebenfalls in Buchenwald interniert war, in seinem erstmals 1971 in der DDR erschienenen Roman „Der siebente Brunnen“: *Ich bemerkte erst jetzt, daß nur einer richtig an den Pfahl gebunden war, der erste, er hieß Nicolas, ein französischer Partisan. Die anderen (es waren inzwischen fünf) hatten bloß die Hände auf den Rücken gebunden. [...] Und vielleicht lag darin, daß man sie nicht an den Pfahl band, eine gewisse Aufforderung und menschliche Regung der Henker, eine nicht ausgesprochene Chance: Geh in den Stacheldraht, in fünf Sekunden hast du es hinter dir! [...] O ja, im Erfinden höchst verwickelter Feinheiten der Folter waren die Stiefelträger perfekt.*¹⁰

Der Autor des Ludwik Fleck zugeschriebenen Textes erweckt den Eindruck, er sei selbst dabei gewesen, als man den abgebrannten Baum fällt und habe zumindest gesehen, wie man dessen Wurzelstock ausgrub. Allerdings wird der Baumstumpf der Goethe-Eiche auch heute noch in der Gedenkstätte Buchenwald gezeigt.

Auch der Publizist Eugen Kogon, der 1938 nach der Okkupation Österreichs ebenfalls als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus verhaftet und im Jahr darauf ins KZ Buchenwald deportiert wurde, wo er bis zur Befreiung des Lagers verblieb, erwähnt die Goethe-Eiche in seinem 1946 erstmals veröffentlichten Buch „Der SS-Staat – Das System der deutschen Konzentrationslager“: *Auf der Spitze des nebelreichen Ettersberges begannen in jenem Sommer die Rodungen. Das Gebiet war unwegsam, überall lagen Wurzeln und Baumstämme durcheinander. Eine in der ganzen Gegend bekannte „Goethe-Eiche“ wurde bei der Rodung von der SS pietätvoll bewahrt und zum Lagermittelpunkt bestimmt. (Wie man sieht, im großen wie im kleinen immer das gleiche: Gefühle und Gemeinheit, Sentimentalität und Brutalität, Kulturromantik und Barbarei friedlich gepaart!)*¹¹

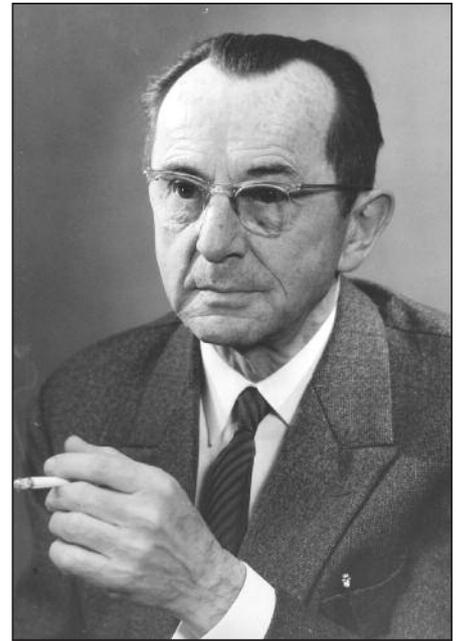
Als der fast fünfzehnjährige György Köves, der Erzähler aus Imre Kertész „Roman eines Schicksallosen“, wie sein Autor 1944 über Auschwitz erst nach Buchenwald und dann in dessen eine Nachtfahrt entfernte Außenlager Zeitz deportiert wird, hört auch er von der Eiche und stellt dabei fest:

*In der Nähe unseres Lagers liegt – wie ich erfahre – eine bildungsmäßig gesehen namhafte Stadt, Weimar, deren Ruhm zu Hause auch schon Lernstoff gewesen war, versteht sich: Hier hatte unter anderen jener Mann gelebt und gewirkt, dessen Gedicht „Wer reitet so spät durch Nacht und Wind“ auch ich ohne Buch auswendig kann und von dem sich hier irgendwo – wie es heißt – ein eigenhändig gepflanzter und seither tiefverwurzelter und weitverzweigter Baum, mit einer Gedenktafel versehen und vor uns Häftlingen durch einen Zaun geschützt, auf dem Lagergelände befindet – so heißt es.*¹²

Buche oder Eiche

Eine ganz besondere Beziehung zur Goethe-Eiche zeigte auch Jorge Semprún, der 1943 in Frankreich von der Gestapo verhaftet und im Jänner 1944 nach Buchenwald deportiert wurde. In seinem ersten Werk, dem 1963 veröffentlichten Roman „Die große Reise“ schreibt er: *Auf dem freien Platz zwischen der Küche und der „Effektenkammer“ haben die SS-Leute die Buche stehen gelassen, von der es heißt, schon Goethe habe sich in ihrem Schatten ausgeruht.*¹³

Besonders ausführlich geht er jedoch in seinem 1980 erschienenen Roman



Bruno Apitz (1900–1979)

„Was für ein schöner Sonntag!“ auf den Baum ein: *Ich sah einige Dutzende von Metern entfernt, am Ende des Vorplatzes, der sich vor uns zwischen der Effektenkammer und dem Wasch- und Duschgebäude ausbreitete, den Goethe-Baum. Oder eher den verkohlten Stumpf, der davon übriggeblieben war. Denn obwohl die SS-Männer ihn bei der Errichtung von Buchenwald verschont hatten, hatte eine amerikanische Phosphorbombe ihn bei dem Luftangriff im August 1944 in Brand gesteckt. In die Rinde dieses Baumes sollen Goethe und Eckermann ihre Initialen mit dem Messer eingeritzt haben. Ich glaube es gern.*¹⁴

Und Semprún schildert anekdotisch das Verhör, nachdem er einmal außerhalb des Lagers erwischt wurde, als er dort in den Anblick einer besonders schöngewachsenen Buche vertieft gewesen sei: *„Ich habe geglaubt, es sei der Goethe-Baum, Hauptsturmführer“, sage ich zu ihm. „Ich habe der Versuchung nicht widerstehen können, hinzugehen und ihn mir aus der Nähe anzusehen.“*

Schwartz nickt verständnisvoll.

„Sie haben sich geirrt“, sagt er. *„Der Goethe-Baum, derjenige, in den er seine Initialen eingeritzt hat, steht innerhalb des Lagers, auf dem Vorplatz zwischen den Küchen und der Effektenkammer! Außerdem ist es keine Buche, sondern eine Eiche!“ [...]*

„Oh, das ist der da!“

„Ja“, sagt Schwartz. *„Wir haben ihn, als der Hügel gerodet wurde, zum Andenken an Goethe stehen lassen!“*¹⁵

Und auch sonst taucht in Semprúns Erinnerungen an das Konzentrationslager diese Verbindung von Goethe mit

Ettersberg/Buchenwald wiederholt auf:

Vor fünfundzwanzig Jahren hatte ich in Buchenwald manchmal geträumt, daß Goethe, unsterblich und olympisch, mit einem Wort goethisch, weiterhin auf dem Ettersberg spazierenging, in Begleitung von Eckermann, diesem distinguierten Trottel. Es hatte mir, nicht ohne eine gewisse intellektuelle Perversität, gefallen, die Gespräche zwischen Goethe und Eckermann über das Konzentrationslager Buchenwald auszumalen. Was hätte Goethe zum Beispiel an einem Dezembersonntag gesagt, wenn er auf seinem Spaziergang durch die Allee der Adler die in das riesige Eisentor des Lagers geschmiedete Inschrift entdeckt hätte: Jedem das Seine?¹⁶

Verquollen und verwachsen

Das führt zwangsläufig zur Frage, welche Beziehung Goethe tatsächlich zu jener Eiche hatte, die die SS ihm zu Ehren verschont hat und die doch dem Bombardement zum Opfer gefallen ist. Der von Jorge Semprún als Trottel beschimpfte Johann Peter Eckermann musste doch in seinen „Gesprächen mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens“ auch einmal darauf zu sprechen gekommen sein. Und tatsächlich beschreibt er darin eine Fahrt mit Goethe auf den Ettersberg:

Wir stiegen aus und gingen auf trockenem Boden am Fuße halbwüchsiger, von vielen Stürmen verkrüppelter Eichen einige Minuten auf und ab, während Friedrich das mitgenommene Frühstück auspackte und auf einer Rasenerhöhung ausbreitete. Die Aussicht von dieser Stelle, in der klaren Morgenbeleuchtung der reinsten Herbstsonne, war in der Tat herrlich. [...]

Wir setzten uns mit dem Rücken nach den Eichen zu, so daß wir während dem Frühstück die weite Aussicht über das halbe Thüringen immer vor uns hatten. Wir verzehrten indes ein paar gebratene Rebhühner mit frischem Weißbrot und tranken dazu eine Flasche sehr guten Wein, und zwar aus einer biegsamen feinen goldenen Schale, die Goethe, in einem gelben Lederfutteral, bei solchen Ausflügen gewöhnlich bei sich führt.¹⁷

Und man erfährt aus Eckermanns Werk auch, was es mit Goethes eingritzten Initialen auf sich hatte: *Wir taten noch einen guten Trunk aus der goldenen Schale und fuhren dann um die nördliche Seite des Ettersberges herum nach dem Jagdschlosse Ettersburg. Goethe ließ sämtliche Zimmer aufschließen, die mit heiteren Tapeten und*

Bildern behängt waren. In dem westlichen Eckzimmer des ersten Stockes sagte er mir, daß Schiller dort einige Zeit gewohnt. „Wir haben überhaupt“, fuhr er fort, „in frühester Zeit hier manchen guten Tag gehabt und manchen guten Tag vertan. Wir waren alle jung und voll Übermut, und es fehlte uns im Sommer nicht an allerlei improvisiertem Komödienspiel und im Winter nicht an allerlei Tanz und Schlittenfahrten mit Fackeln.“

Wir gingen wieder ins Freie, und Goethe führte mich in westlicher Richtung einen Fußweg ins Holz.

„Ich will Ihnen doch auch die Buche zeigen“, sagte er, „worin wir vor fünfzig Jahren unsere Namen geschnitten. – Aber wie hat sich das verändert und wie ist das alles herangewachsen! Das wäre denn der Baum! – Sie sehen, er ist noch in der vollsten Pracht. – Auch unsere Namen sind noch zu spüren; doch so verquollen und verwachsen, daß sie kaum noch herauszubringen. Damals stand diese Buche auf einem freien trockenen Platz. Es war durchaus sonnig und anmutig umher, und wir spielten hier an schönen Sommertagen unsere improvisierten Possen. Jetzt ist es hier feucht und unfreundlich. Was sonst nur niederes Gebüsch war, ist indes zu schattigen Bäumen herangewachsen, so daß man die prächtige Buche unserer Jugend kaum noch aus dem Dickicht herausfindet.“¹⁸

Bleibt immer noch die Frage, wie die hundert Jahre zuvor schon verquollenen Initialen letztlich von einer Buche an die Eiche gekommen sind.

„Das letzte Gesicht“

Abgesehen vom Baumstumpf in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald gibt es allerdings noch einen Überrest der so genannten Goethe-Eiche: Der hier schon erwähnte Autor Bruno Apitz betätigte sich im Konzentrationslager auch als Bildhauer. Nachdem die Eiche abgebrannt und gefällt worden war, brachte er ein Stück des Stammes heimlich beiseite und schnitzte im September 1944 – von Mithäftlingen abgesichert – in einem Winkel der Lager-Pathologie das Antlitz eines Sterbenden im Halbre relief. Später erzählte er, Mithäftlinge hätten sein Werk schon während des Entstehens „Das letzte Gesicht“ genannt. Nach der Fertigstellung wurde die Skulptur aus dem Lager geschmuggelt und bei einer Familie in Apolda versteckt. Heute befindet sie sich im Deutschen Historischen Museum in Berlin.



„Das letzte Gesicht“ aus einem Holzstück der Goethe-Eiche, geschaffen im KZ Buchenwald vom deutschen Schriftsteller Bruno Apitz.

Anmerkungen:

- 1/ Ernst Wiechert: Der Totenwald. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 2014, S. 65.
- 2/ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hg. von Elke Fröhlich, Teil I, Bd. 6. München: K. G. Saur 1998, S. 64.
- 3/ Joseph Roth: Das journalistische Werk 1929–1939, hg. und mit einem Nachwort von Klaus Westermann. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1991 (Werke, Bd. 3), S. 945f.
- 4/ *Neue Zürcher Zeitung*, 4.11.2006.
- 5/ Zit. nach Johannes Fehr: „Häftling Nr. 4935“. Ein unbekannter Text aus der Feder von Ludwik Fleck?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4.11.2006.
- 6/ Bruno Heilig: Menschen am Kreuz. Dachau – Buchenwald. Weitra: Bibliothek der Provinz 2002, S. 161.
- 7/ Ebd., S. 161.
- 8/ Bruno Apitz: Nackt unter Wölfen. Berlin: Aufbau-Verlag 2014, S. 487.
- 9/ Ebd., S. 488f.
- 10/ Fred Wander: Der siebente Brunnen. Roman. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2006, S. 123.
- 11/ Eugen Kogon: Der SS-Staat – Das System der deutschen Konzentrationslager. München: Heyne 2015, S. 78.
- 12/ Imre Kertész: Roman eines Schicksallosen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2017, S. 143.
- 13/ Jorge Semprún: Die große Reise. Berlin: Suhrkamp 2015, S. 121.
- 14/ Ders.: Was für ein schöner Sonntag! Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1984, S. 128.
- 15/ Ebd., S. 188f.
- 16/ Ebd., S. 133.
- 17/ Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. Stuttgart: Insel 1994, S. 658f.
- 18/ Ebd., S. 660f.

Die „Wahrheit“: eine Zeitung wie keine andere

FRANZ STEPHAN PARTEDER

Im Jahr 1974, als ich in die Restredaktion der *Wahrheit* eintrat, hatte die damalige Tageszeitung der KPÖ Steiermark ihre heroische Zeit schon lange hinter sich. Gegründet 1945 als Organ einer Partei, die Teil der ersten Regierung nach der Befreiung Österreichs war und eine Besatzungsmacht hinter sich hatte, war sie mit dieser Partei geschrumpft und seit 1971 nur mehr die lokale Mutation des Zentralorgans *Volksstimme*. Der letzte Aderlass im Jahr 1971 hatte der Zeitung einige fähige Redakteure genommen, die vor allem in der *Kleinen Zeitung* unterkamen. Die Namen Fritschl oder Autengruber standen für Qualität in der Lokalberichterstattung wie auch Hinterleitner und Silli nun den Sportteil anderer Zeitungen auffrischten.

Die Regierenden hatten schon lange keine Angst mehr vor unserer Zeitung, die sich nur deshalb am Leben halten konnte, weil ein Großteil der Auflage in Ländern wie der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei verkauft wurde. Es war – nebenbei gesagt – ein sehr seltsames Gefühl, in Moskau am Kiosk unsere Zeitung um ein paar Kopeken zu erstehen und dann Berichte über Räubergeschichten, lokale Ereignisse oder betriebliche Auseinandersetzungen und vor allem das österreichische Fernsehprogramm lesen zu können.

In der sehr kleinen Redaktion in der Lagergasse war der Parteifunktionär Edmund Mosheim mein Chef, ein früherer Betriebsrat der Maschinenfabrik Andritz, der nach dem Oktoberstreik des

Jahres 1950 entlassen worden war, den die Partei dann von einem Tag auf den anderen nach Eisenerz versetzt hatte, wo er Gemeinderat war und sehr bald den Bergarbeiter Karl Fluch entdeckte, der es am Ende zum Vizebürgermeister der Erzbergstadt bringen sollte. Edmund Mosheim hat das nicht mehr erlebt. Er, der als Autodidakt das Redaktionsgeschäft in der täglichen Praxis erlernen musste, hatte nun in Graz eine schwere Aufgabe, die er mit Geduld und Einfühlungsvermögen löste.

Bei meinem Eintritt in die Redaktion waren von der „alten Garde“ noch Hans Schlögl, Hermine Schor und Hans Fenz, der – schon lange in Pension – noch immer Kultur- und Sportberichte lieferte. Sie alle waren Menschen, die viel erlebt und für die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts auch viel riskiert hatten. Jetzt waren sie müde geworden, hatten kaum noch Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Auf jemanden, der wie ich durch die 68er-Bewegung politisiert worden war, musste dies sehr ernüchternd wirken. Ich hatte nicht erwartet, hier stimmungsmäßig das Gegenteil des Panzerkreuzers Potemkin zu erleben.

Trotzdem: Die Jahre in dieser Redaktion waren eine wichtige Lehre. Die Lebenserfahrung eines Hans Schlögl und seine Erzählungen über die Windungen und Wendungen der Arbeiterbewegung bewahrten mich davor, in den Wendejahren von Euphorie in Verzweiflung zu fallen. Und ich lernte den „normalen“ Politikbetrieb von außen kennen. Die Gemeinderats- und Landtagssitzungen, die Pressekonferenzen der damals in der Steiermark Mächtigen waren sehr lehrreich und trugen dazu bei, das Holzschnittartige in unserem eigenen Politikauftritt abzubauen. Allerdings war das Gefühl nicht angenehm, bei diesen Anlässen als harmloses Maskottchen der besseren Gesellschaft betrachtet zu werden.

Eine wichtige Rolle spielte unsere Zeitung, wenn es darum ging, die Bevölkerung während wichtiger Arbeitskämpfe

oder im Zuge von Bürgerinitiativen zu informieren. Die aus diesen Anlässen verteilten Überdrucke wurden gerne gelesen und von den Beteiligten als richtig betrachtet, während sie enttäuscht darüber waren, dass die anderen Medien nicht in ihrem Sinne berichteten.

Während eines Streiks der Zangtaler Bergarbeiter (Bezirk Voitsberg) oder während der Straßenblockade zur Rettung der Papierfabrik in Niklasdorf (Bezirk Leoben) konnten wir diese Erfahrung machen. So hat unsere Zeitung bis zuletzt ihre Rolle als kollektiver Organisator wahrgenommen.

1990 war dann alles zu Ende. Der „Markt“ in Osteuropa brach für uns zusammen. Die Restauflage in Österreich war zu mickrig und die Zeitung wurde eingestellt.

Zuvor hatte ich noch einmal das Gefühl, etwas bewirkt zu haben. 1989 war ich kurzfristig nach Wien versetzt worden. Die Einladung zu einem Vortrag des damaligen Verteidigungsministers Robert Lichal im Kreise seiner CV-Kollegen wollte niemand annehmen. Ich ging hin. Und Lichal machte dort aus seinem Herzen keine Mördergrube, als es um den steirischen Widerstand gegen die Draken ging. Vor allem die Gemeinde Fohnsdorf hatte es ihm angetan, die sich weigerte eine Gemeindestraße für die Verlängerung der Landebahn abzutreten: „Die können sich den Totenweg (so hieß die Straße) aufzeichnen“, sagte Lichal. Und das stand dann in der Zeitung, die in einigen Redaktionen noch als Materialquelle gelesen wurde. Und so nahm die Sache ihren Lauf. Aufhalten konnte ich die Draken nicht. Verzögern war aber auch nicht schlecht.

1990 wechselte ich endgültig in politische Funktionen der KPÖ. Ich kann nicht sagen, dass mir die Erfahrungen in der Zeitung bei der Entwicklung unseres neuen Selbstverständnisses geschadet hätten. Im Gegenteil.

Literaturtipps: Karpeter Elis (Hg): Mediengeschichte(n) in weiß-grün. Graz: Edition Stahalm 2017, 248 S.



Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene

Die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Nach dem „Anschluss“ im März 1938 mussten bis 1942 über 130.000 Menschen Österreich aus politischen bzw. rassistischen Gründen verlassen – 100.000 allein zwischen März 1938 und Mai 1939; die große Mehrheit von ihnen waren Jüdinnen und Juden. 2006 erhielt das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes einen Aktenbestand des Rechtsanwalts Dr. Hugo Ebner von dessen Nachfolgekanzlei Breitenecker – Kolbitsch – Vana zur Aufbewahrung, Archivierung und wissenschaftlichen Bearbeitung. Die Kanzlei, in der Ebner mehr als 40 Jahre mit mehreren PartnerInnen zusammenarbeitete, hatte sich unter anderem auf die rechtsfreundliche Vertretung von NS-Verfolgten spezialisiert, und zwar in erster Linie von aus Österreich vertriebenen Jüdinnen und Juden.

Auf Basis diesen Quellenbestands führte das DÖW in den Jahren 2009 bis 2014 das Projekt „Vertreibung – Exil – Emigration. Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner“ durch. Dabei wurden mehr als 8.000 Pensionsakten und über 20.000 personenbezogene Datensätze in einer Datenbank erfasst und ausgewertet. Neben soziostrukturellen Aspekten standen vor allem die Fluchtstationen und Exilländer im Vordergrund. Aber nicht nur die KlientInnen der Kanzlei Ebner mussten vor dem NS-Terror flüchten, sondern auch Hugo Ebner sowie sein späterer Kanzleipartner Karl Zerner und ihre Familien waren Betroffene der „Nürnberger Gesetze“, die in Großbritannien Zuflucht fanden. Sie waren Teil des Netzwerkes rund um die Exilorganisation *Free Austrian Movement* (FAM), die in London und anderen britischen Städten eine umfangreiche politische, kulturelle und soziale Tätigkeit entfaltete.

Im Oktober 2017 wurde die Publikation „Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten“ im Schulungszentrum des Oberlandesgerichts Wien im Beisein von Familienmitgliedern, ehemaligen Kanzleipartnern und Mitarbeiterinnen von Hugo Ebner präsentiert. Das Buch spannt einen Bogen von einer ausführ-

lichen biographischen Skizze zu Hugo Ebner über die Tätigkeit der Kanzlei und ihrer MitarbeiterInnen hin zu sozialversicherungsrechtlichen Fragestellungen. Abschließend werden die Pensionsakten im Bestand des DÖW analysiert und ihr Quellenwert erläutert. Bereichert wird die Publikation mit einem Beitrag von Brigitte Bailer, die einen Überblick gibt über das österreichische Sozialversicherungsrecht im Hinblick auf die vertriebenen Juden und Jüdinnen. Manfred Mugrauer befasst sich mit MandantInnen aus dem politischen und persönlichen Umfeld von Hugo Ebner. Ebenfalls abgedruckt ist ein Interview des Historikers Hans Schafranek mit Hugo Ebner aus dem Jahr 1984. Darin schildert Ebner seine politische Tätigkeit vor 1938, seinen Fluchtversuch gemeinsam mit Jura Soyfer in die Schweiz sowie ihre Verhaftung und Internierung in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald.

Vom VSM zur KPÖ

Hugo Ebner kam am 8. Oktober 1913 in der galizischen Stadt Stanislaw (heute Iwano-Frankiwsk, Ukraine) als Sohn des Bankbeamten Jakob Ebner und dessen Frau Sylvia, geb. Kohn, auf die Welt.¹ Im Zuge des Ersten Weltkriegs flüchtete die Familie mit ihren Angehörigen nach Wien. Ebner wuchs hier in einer Wohnung mit zwei Zimmern und zwei Kabinetten in der Messerschmidtgasse im 18. Bezirk (Währing) auf und maturierte 1931 im Bundesgymnasium Wien 18, Schopenhauerstraße 49. Bereits als Schüler begann er sich politisch zu engagieren, zunächst für kurze Zeit im 2., danach jahrelang im 18. Wiener Gemeindebezirk im *Verband Sozialistischer Mittelschüler*. Dabei entstanden lebenslange Freundschaften, etwa mit der Ökonomin Marika (Maria) Szécsi, mit dem Schriftsteller Jura Soyfer, den er 1928 kennen lernte, oder mit dem Arzt und Biochemiker Mitja Rapoport.

Nach der Matura inskribierte Hugo Ebner an der Juridischen Fakultät der Universität Wien und wurde im Sozialistischen Studentenverband aktiv. Vom (Nicht-)Agieren der Sozialistischen Partei während des Bürgerkriegs im Februar 1934 enttäuscht, trat er – wie viele andere VSM-GenossInnen – der Kommunistischen Partei bei, war aber in den folgenden Jahren nicht in der mittlerweile in der Illegalität wirkenden österreichischen KP tätig, sondern erhielt den Auftrag, für die Wiener Auslandsstelle der Kommunistischen Partei Jugoslawiens illegales Material zu transportieren. Die in Wien gedruckten Flugblätter brachte er gemeinsam mit seinem ehemaligen Schulkollegen und Freund Hans Ostwald mit dessen Auto in den Sitzen und in einem doppelbödigen Koffer versteckt nach Jugoslawien.

Um seine Mutter finanziell zu entlasten, war Ebner auf eigene Zusatzverdienste angewiesen. So arbeitete er ab 1935 im Reisebüro Austria, das dem bekannten Bergsteiger Sepp Brunhuber, einem Seilkameraden des Eiger-Nordwand-Bezwingers Fritz Kasperek, gehörte und nutzte diese Anstellung gleichzeitig als Deckung für seine politische Tätigkeit. Über den Club Jadran, der von Hugo Ebner und Jura Soyfer (seit 1934 ebenfalls Kommunist) als illegaler Treffpunkt genutzt wurde und wo Schulungskurse und Ausschusssitzungen stattfanden, war Ebner lose in das soziale Netzwerk seiner ehemaligen VSM-GenossInnen eingebunden. Der Geselligkeitsclub Jadran, gegründet von bürgerlichen StudentInnen und politisch nicht aktiven Menschen, hatte am Kohlmarkt neben der Konditorei Demel eine Wohnung mit acht Zimmern gemietet. Auf der dort verfügbaren Vervielfältigungsmaschine wurden illegale Flugblätter hergestellt.

Am 14. Jänner 1936 wurde Hugo Ebner in Wiener Neustadt verhaftet, weil ihm Devisenschmuggel sowie Transport illegaler Flugschriften in serbischer und kroatischer Sprache zur Last gelegt wurde. Während der zehnwöchigen Untersuchungshaft saß er im Kreisgericht Wiener Neustadt, im LG Wien I sowie in der Polizeidirektion Wien auf der Rossauer Lände ein. Aufgrund dieser politischen Aktivitäten konnte sich Hugo Ebner seinem Jus-Studium nicht besonders intensiv widmen. Neben der Arbeit im Reisebüro, die er nach seiner Entlassung fortsetzte, besuchte an den freien Abenden Kurse für JuristInnen und absolvierte Prüfungen. 1935 lernte Hugo Ebner die 1915 in Wien geborene Medizinstudentin Rosl Kraus kennen. Ihre Familie



Burgenlandfahrt der „Achtzehner“, einer Gruppe der Vereinigung Sozialistischer MittelschülerInnen, Ostern 1929, vorne links: Hugo Ebner.

väterlicher- und mütterlicherseits stammte aus dem Gebiet des heutigen Tschechien.

Flucht mit Jura Soyfer

Am 17. November 1937 wurde Jura Soyfer wegen Verdachts der kommunistischen Betätigung (Verbreitung staatsfeindlicher Druckwerke) verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Hugo Ebner musste am 18. November in der Bundespolizeidirektion auf der Elisabethpromenade als Zeuge erscheinen, leugnete aber, von einer politischen Tätigkeit Soyfers gewusst zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung in Soyfers Wohnung in der Lindengasse im 7. Bezirk beschlagnahmte die Polizei dessen – bereits abgelaufenen – Reisepass.

Nach dem Berchtesgadener Abkommen, am 16. Februar 1938, amnestierte die Regierung von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg politische Straftäter. Auch Jura Soyfer kam dadurch in Freiheit, und das Strafverfahren gegen ihn wurde eingestellt. Ihm war klar, dass ihm als deklarierten Kommunisten im Falle der Machtergreifung der Nationalsozialisten die neuerliche Verhaftung drohen würde. Er beschloss daher, das Land zu verlassen, und wollte am 11. März beim Landesgericht für Strafsachen seinen Reisepass beheben, was allerdings nicht mehr möglich war. Damit war klar, dass er nur mehr versuchen konnte, auf illegalem Weg Österreich zu verlassen. Drei Tage davor, am 8. März 1938, wurde Hugo Ebner – nach Beendigung seines Jus-Studiums – zum Doktor der Rechte promoviert.

Nachdem Hugo Ebner bereits ein Jahr zuvor in Gargellen im Vorarlberger Montafon zum Schifahren gewesen war

und die Gegend kannte, beschlossen die beiden Freunde, von dort über die Berge in die Schweiz zu gelangen und nach Paris weiter zu reisen, wo die beiden Brüder von Rosl Kraus schon seit Mitte der 1930er Jahre lebten.

Um es als Schiausflug zu tarnen, sollte Rosl ebenfalls mitkommen: „Und dann die Erinnerung, die ich leider nicht vergessen kann: Die Radioansprache des Bundeskanzlers, Abschied von Österreich als selbstständiger Staat, und dann die Nacht auf unserem gewohnten Matratzenlager am Boden meines Untermietzimmers, die entsetzliche Angst um Hugo, [...] und sein Entschluss, dass er mit Jura über die Berge in die Schweiz gehen will und ich soll mitkommen, alle mit Skiern. Ich habe die ganze Nacht gehult, und so ging es ja vielen tausenden in dieser Nacht, und dann zeitlich früh plötzlich beim Abschied – ich sollte ihnen beiden ja nachkommen, sie in Vorarlberg treffen – hat er irgendwas gesagt, was mich so empört hat, ich weiß nicht mehr genau was, aber in der Art: ‚wenn ein Mädels dabei ist, sind sie eher geschützt, ist es eher wie ein Skiausflug‘. Dann meine plötzlich unselbige Wut: nicht zu meinem Schutz sollte ich mitkommen, sondern als Schutzschild sozusagen, die Gefahr des Erwischtwerdens auf mich nehmen und unser kurzer Streit noch in der Wohnungstür und weg war er – für Jahre, aber das wusste ich da noch nicht.“²

Der Fluchtversuch von Jura Soyfer und Hugo Ebner scheiterte. Die beiden wurden von einem übereifrigen nationalsozialistischen Gendarmen unter dem Vorwand verhaftet, eine Sardinendose in

Ebners Gepäck sei in eine – legale – Gewerkschaftszeitung aus dem Jahr 1936 eingewickelt. „Wenn ich mitgewesen wäre, wäre vielleicht wirklich alles anders abgelaufen und wenn ich nicht noch dazu die Dose Sardinien, die ich als Proviant in den Rucksack gepackt hab, wenn die nicht so, wie sie mir der Greißler Tillinger in der Währinger Straße (den vergess’ ich nie) verkauft hat, in ein Stück alte Gewerkschaftszeitung eingepackt gewesen wäre“, so die spätere Erinnerung von Rosl Ebner.³

Einen Tag nach der Verhaftung wurden Jura Soyfer und Hugo Ebner in das Gerichtsgefängnis Bludenz und zwei Tage später, am 16. März, in das Gefängnis des LG Feldkirch überstellt. Dann brachte man sie gemeinsam mit Ebners Freund Max (Macky) Hoffenberg, der am 23. März in Gargellen kurz vor der rettenden Grenze verhaftet worden war, ins Polizeigefängnis nach Innsbruck. Von dort aus wurden die drei Freunde im Juni in das Konzentrationslager Dachau überstellt sowie im September 1938 in das KZ Buchenwald verlegt. Sie mussten im Leichenträger-Kommando arbeiten. Bei dieser Tätigkeit infizierte sich Jura Soyfer mit Typhus. Hinzu kam eine Lungenentzündung, woran er in der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1939 – bereits im Besitz seiner Auswanderungspapiere in die USA – in der Typhusbaracke des Konzentrationslagers starb. Hugo Ebner hingegen wurde am 6. Mai 1939 aus dem KZ entlassen. Auch Max Hoffenberg kam in Freiheit.

Emigration und Remigration

Für Rosl Kraus war spätestens nach der Verhaftung von Hugo Ebner klar, dass auch sie Österreich verlassen musste. Mithilfe von französischen Papieren, die sie durch eine Scheinehe erworben hatte, gelang ihr die Ausreise nach Paris zu ihren Brüdern. Ihr Medizinstudium in Wien konnte sie nicht mehr abschließen. Als sie erfuhr, dass Hugo Ebner aus dem Konzentrationslager entlassen worden war, forcierte sie ihre Flucht nach Großbritannien, wo bereits ihr Cousin, der Jurist und Kulturhistoriker Albert Fuchs im Exil lebte und dort Leiter der Österreichischen Kultursektion, Mitglied der Exilgruppe der KPÖ (*Group of Austrian Communists in Great Britain*) und Mitarbeiter der Exilzeitung *Zeitspiegel* sowie Sekretär und Bühnenautor für das Exilkabarett Laterndl war. 1942 verfasste Fuchs sein kulturhistorisches Hauptwerk „Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918“.



Hugo Ebner (1913–1997) im Jahr 1945.

Im Sommer 1939 reisten Hugo Ebner und Macky Hoffenberg aus Wien kommend nach London. In Wien sah Ebner seine Mutter zum letzten Mal. Sylvia Diamant wurde mit dem 32. Transport vom Wiener Aspangbahnhof zusammen mit ca. 1.000 LeidensgenossInnen am 17. Juli 1942 von ihrem letzten Wohnort in der Sammelwohnung Wien 2, Hollandstraße 18/11 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Mit ihr deportiert wurde ihre Schwester Helene Kohn, auch sie hat nicht überlebt. Eine Woche später, am 24. Juli 1942, ging auch ihre Mutter Adele Kohn auf Transport, und zwar nach Theresienstadt, wo sie am 25. Dezember 1942 verstarb.⁴

Ebner und Hoffenberg wurden nach ihrer Ankunft in Großbritannien zunächst im Kitchener Camp interniert, einige Wochen später erhielten sie als Köhler Arbeit in Devonshire am Rande des Dartmoors. Dann mussten sie sich vor einem Überprüfungstribunal in Plymouth verantworten und wurden im Lager für *Enemy Aliens* in Huyton, östlich von Liverpool, in Verwahrung genommen. Später kamen sie auf die Isle of Man. Im Juli 1940 erfolgte die Überstellung nach Kanada, wo sie im Lager „N“ in Newington-Sherbrooke nahe Quebec interniert waren. Ein Jahr später konnten die Freunde wieder nach Großbritannien zurückkehren.

Von der Partei nach Manchester geschickt, arbeitete Ebner dort in weiterer Folge als Metalldreher in der Rüstungsindustrie. Rosl Kraus fand nach langem Suchen eine Arbeit als Helferin in der Röntgen-Tiefentherapie eines auf Krebserkrankungen spezialisierten Spitals. Darüber hinaus baute sie gemeinsam mit anderen GenossInnen das *Austrian Centre* auf. 1945 zog die Familie – mittlerweile war 1943 Sohn Peter gebo-

ren worden – nach London. Nach dem Ende der NS-Herrschaft setzten sich die österreichischen Exilorganisationen – allen voran das FAM und das *Austrian Centre* – stark für die Rückkehr österreichischer Vertriebener ein, was aus dem Anspruch des FAM resultierte, aktive Mithilfe bei der Befreiung und dem Wiederaufbau Österreichs zu leisten.

Hugo Ebner und Rosl Kraus kehrten im Sommer 1946 nach Wien zurück. Nach Einschätzung ihres Sohnes Peter lag die Motivation für die Rückkehr nach Österreich vor allem darin, dass sehr viele ParteifreundInnen dies ebenfalls getan hatten: „Zurück nach Österreich sind sie weniger gekommen, weil die Partei sie gerufen hat, sondern weil es common sense war. Also man war selbst die Partei, man hat sich selber gerufen. Man war der Ansicht, dass das das Richtige ist und das tut man eben.“⁵ Dennoch dürfte der „Ruf der Partei“ keine unwesentliche Rolle gespielt haben. So taucht Hugo Ebners Name an ziemlich prominenter Stelle auf einer im Parteiarchiv der KPÖ befindlichen Liste über potenzielle HeimkehrerInnen auf. In einer ersten Liste sind bekannte Namen von KPÖ-Funktionären, wie etwa Franz West oder Otto Brichacek, angeführt, also jene, die im engeren Sinn als Parteifunktionäre galten. Auf einer zweiten Liste stand auch Hugo Ebner. Das *Free Austrian World Movement* bemühte sich intensiv um die Rückkehr von SpezialistInnen nach Österreich, also von Leuten in qualifizierten Berufen. Im Umfeld der damaligen Regierungspartei KPÖ herrschte u.a. ein großer Mangel an JuristInnen, so etwa im Energieministerium, dem ab Dezember 1945 der Kommunist Karl Altmann vorstand. Ebners beruflicher Weg führte ihn jedoch nicht in den Staatsdienst, sondern er schlug die Rechtsanwaltslaufbahn ein.

Gründung der Rechtsanwaltskanzlei

1948 heirateten Hugo und Rosl Ebner nach der Auflösung ihrer Scheinehe. Rosl setzte ihr durch die Vertreibung abgebrochenes Medizinstudium fort und promovierte 1952 zur Doktorin der Medizin. Hugo fand er in der Rechtsanwaltskanzlei von Wilhelm Rosenzweig eine Stelle als Konzipient. Ende der 1940er Jahre gründete er mit seinem ehemaligen Schulkollegen, dem Anwalt Dr. Kurt Kunodi, eine eigene Rechtsanwaltskanzlei und spezialisierte sich auf ASVG-, Opferfürsorge-, Hilfsfonds- und Sammelstellen A und B-Sachen.⁶



Rosl Ebner (1915–1994)

Mitte der 1960er Jahre stieß Dr. Karl Zerner zur Kanzleigemeinschaft. Der 1926 in Wien geborene Zerner gelangte im Dezember 1938 mit einem Kindertransport nach Großbritannien, meldete sich 1943 als Soldat zur britischen Armee und kam 1946 mit seiner Einheit nach Wien, wo er abrüstete und ein Jus-Studium begann. Er war ebenso wie Ebner in der KPÖ aktiv.⁷ Ab den 1960er Jahren befand sich die Kanzlei Ebner – Kunodi – Zerner im 2. Bezirk in der Leopoldsgasse 51. Ebner und Zerner bearbeiteten vor allem Pensionsachen für österreichische NS-Vertriebene und konnten den meisten ihrer KlientInnen zu einer österreichischen Alters-, Hinterbliebenen- oder Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension verhelfen. „Meine Praxis als Rechtsanwalt [ist] auf Pensionsprobleme spezialisiert [...], hauptsächlich für Emigranten. Das ist zwar nicht das Gebiet, auf dem man am meisten Geld verdient, aber es reicht für meine Bedürfnisse und ich bilde mir ein, etwas sozial Nützlich zu tun. Ein zusätzlicher Effekt ist, dass ich mit sehr vielen alten Freunden und Bekannten wieder in Kontakt komme“,⁸ schrieb Hugo Ebner in den 1970er Jahren an einen Klienten.

Wie Brigitte Bailer festhält, zog die Verfolgung und Vertreibung durch das NS-Regime für die österreichischen Jüdinnen und Juden vielfältige sozialversicherungsrechtliche Nachteile nach sich. Der Verlust des Arbeitsplatzes, Berufsverbote, verfolgungsbedingte Arbeitslosigkeit, Haft und Vertreibung bedingten für die meisten eine empfindliche Kürzung erworbener Pensions- oder Rentenansprüche. Diese Nachteile betrafen auch die anderen Opfer des NS-Regimes. Das österreichische Sozialversicherungsrecht berücksichtigte alle



Hugo Ebner beim Bearbeiten der Pensionsakten in den 1980er Jahren.

diese Schäden nur sehr zögerlich und in kleinen Schritten.⁹

„Die Wiedergutmachung im SV-Recht, die schon in der ersten [Sozialversicherungsgesetzgebung] nach dem Krieg eingeführt worden ist, zählte zu den wenigen wirklich substantiellen Leistungen der Republik an verfolgte Menschen: sie ermöglichte ihnen nämlich entweder ohne oder nur gegen relativ geringe Eigenleistungen Pensionszahlungen in zwar unterschiedlicher, aber z.T. nicht unbeträchtlicher Höhe zu erlangen“,¹⁰ analysiert Rudolf Müller. Die Weiterentwicklung des österreichischen Sozialversicherungsrechts im Sinne der NS-Vertriebenen ist nicht zuletzt ein Verdienst der Kanzlei Ebner in den 1970er Jahren, wo Hugo Ebner mit dem jungen Anwalt Dr. Rudolf Müller, heute Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, einen äußerst fähigen Partner in die Kanzlei aufnehmen konnte.

Aktivist der KPÖ

Politisch betätigte sich Hugo Ebner zunächst weiterhin im Rahmen der KPÖ. Er leitete in den 1950er Jahren Zirkel im Rahmen der Parteigrundschulung, kolportierte mit seiner Frau die KPÖ-Zeitung *Volksstimme* und kassierte Mitgliedsbeiträge. Nach dem Bruch einiger GenossInnen mit der Partei im Gefolge der Ungarn-Krise im November 1956 pflegte er weiterhin Kontakt zu jenen FreundInnen, die aus der KPÖ ausgetreten waren. Menschen, die er bereits vor dem Krieg kennen gelernt hatte und die schon seit längerem eine kritische Distanz zur Partei einnahmen, zählten weiterhin zu seinem Freundeskreis, wie etwa Marika Szécsi (die Jugendfreundin von

Jura Soyfer) sowie Christian Broda oder Ingrid Leodolter, später Justizministerin bzw. Gesundheitsministerin in der Regierung Kreisky. In den 1960er Jahren zog sich Hugo Ebner zunehmend von seinen Aktivitäten in der KPÖ zurück.

Hugo und Rosl Ebner sympathisierten ihrem Sohn Peter Ebner zufolge mit dem Eurokommunismus, ein Austritt aus der KPÖ kam für ihn aber nicht in Frage: „Er hat versucht, innerhalb der Partei ausgleichend zu wirken. Sein Standpunkt war: Er tritt nicht aus der Partei aus, weil seine sozialdemokratischen Freunde dann sagen oder zumindest sich denken würden: ‚Na endlich hat’s der Hugo auch begriffen.‘ Und das wollte er ihnen nicht mitteilen. Er wollte ihnen im Gegenteil mitteilen, dass er weiterhin zu den Grundlagen seiner Überzeugung steht: nämlich einer antikapitalistischen, kapitalismuskritischen, historisch-materialistischen, marxistischen Lebensauffassung.“¹¹ Rosl Ebner hält in ihren Erinnerungen fest: „Mein ‚politischer Führer‘ Hugo hat mir klar zu machen versucht, dass man nicht aus der KP austritt, wie ich es wollte, wie es viele tausende Genossen taten. ‚Das ist kein Kegelvein, wo man ein- und austritt, wie es einem einfällt‘, zitiert er immer eine alte sehr liebe Genossin von uns.“¹²

Dr. Hugo Ebner ging in den 1980er Jahren in Pension, saß aber bis zu seinem Lebensende an seinem Schreibtisch im Büro seiner Kanzlei, die 1988 in das Gebäude der ehemaligen Produktenbörse in der Taborstraße 10 im 2. Bezirk verlegt wurde. Bis zuletzt versuchte er, KlientInnen eine Pension zu verschaffen, indem er noch nicht abgeschlossene Fälle immer wieder durcharbeitete.

Rosl Ebner starb am 2. Februar 1994 nach schwerer Krankheit in Wien. Hugo Ebner überlebte seine Ehefrau und Gefährtin in den Jahren der Verfolgung, des Exils und des politischen Kampfes um knapp vier Jahre. Er starb am 4. Dezember 1997 in Wien.

Claudia Kuretsidis-Haider: Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten.

Mit Beiträgen von Brigitte Bailer, Manfred Mugrauer und Rudolf Müller.

Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2017, 319 S., 19,50 Euro

Bestellungen: office@doew.at

Anmerkungen:

1/ Zur Biografie von Hugo Ebner siehe: Claudia Kuretsidis-Haider: Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2017, S. 23–76.

2/ DÖW-Bibliothek 21.003, Erinnerungen von Rosl Ebner, S. 57.

3/ Ebd., S. 298.

4/ Alle Angaben nach der DÖW-Datenbank „Shoah-Opfer“, <http://www.doew.at>.

5/ Interview mit Peter Ebner am 17.6.2016.

6/ Siehe dazu: Walter J. Pfeil: Die Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus im österreichischem Sozialrecht. Entschädigung im Sozialrecht nach 1945 in Österreich. Wien, München: Oldenbourg Verlag 2004 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 29/1) sowie Brigitte Bailer-Galanda: Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen. Wien, München: Oldenbourg Verlag 2003 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 3).

7/ Zur Biographie von Karl Zerner siehe Kuretsidis-Haider: Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 82–96.

8/ DÖW 60.000/G 211, Schreiben von Hugo Ebner an einen Klienten in Oceanside, Kalifornien, 28.3.1973.

9/ Brigitte Bailer: Vertriebene Jüdinnen und Juden im österreichischen Sozialversicherungsrecht – ein Überblick, in: Kuretsidis-Haider: Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 161–171.

10/ Rudolf Müller: Vor §§ 500–506a, in: Der SV-Komm, hg. v. Rudolf Mosler, Rudolf Müller und Walter J. Pfeil. Wien: Manz 2013, S. 1.

11/ Interview mit Peter Ebner am 17.6.2016

12/ DÖW-Bibliothek 21.003, Erinnerungen von Rosl Ebner, S. 297.

Genosse. Jude.

Der Beitrag des Jüdischen Museums Wien zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

WINFRIED R. GARSCHA

Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden“ nennt sich die aktuelle Ausstellung im Jüdischen Museum der Stadt Wien, die die intensive und zugleich wechselvolle Beziehung zwischen Kommunismus und Judentum behandelt. Ein großer Teil der ausgestellten Objekte, Dokumente, Plakate und Kunstwerke findet sich – als Illustrationen – auch im gleichnamigen, aufwendig gestalteten, durchgängig zweisprachigen (deutsch/englisch) Katalog wieder. Die 15 Katalog-Beiträge decken die Themen der Ausstellung mit wissenschaftlichen Untersuchungen ab.

Gabriele Kohlbauer-Fitz, eine der beiden Kuratorinnen der Schau, gestaltet ihren einleitenden Beitrag („Sonnenaufgang oder Sonnenuntergang. Jüdische Kommunisten zwischen Moskau und Wien“) als Rundgang durch die Ausstellung. Der Titel knüpft an ein in der Ausstellung gezeigtes großformatiges Gemälde des sowjetischen Malers Erik Wladimirowitsch Bulatow aus dem Jahre 1989 an, auf dem das Wappen der Sowjetunion als aufgehende (oder untergehende?) Sonne über dem Meer zu sehen ist.

Museumsdirektorin Danielle Spera berichtet in ihrer persönlich gehaltenen Einleitung auch über eine Reise mit dem Direktor des österreichischen Kulturforums in Moskau nach Birobidschan, dem Jüdischen Autonomen Gebiet fast am Ende der Transsibirischen Eisenbahn, 8.000 Kilometer östlich von Moskau. Das dortige jüdische Kulturfestival wird künftig unter österreichischer Beteiligung stattfinden.

Die Gründung Birobidschans Ende der 1920er Jahre war, wie Ko-Kuratorin Sabine Bergler in ihrem kenntnisreichen Beitrag über das „Rote Zion“ schreibt, auch eine Reaktion auf das Scheitern der zuvor betriebenen Ansiedlung jüdischer Arbeits- und Obdachloser auf der Krim, die von der ansässigen Bevölkerung abgelehnt wurde. Der dünn besiedelte Ferne Osten schien aus mehreren – auch militärstrategischen – Gründen hierfür besser geeignet. Das schlecht vorbereitete Projekt entwickelte jedoch wenig Attraktivität, mehr als die Hälfte der Zugewanderten verließ das Gebiet wieder. Nur unmittelbar nach 1945 fanden zehntausend Überlebende der Shoah hier eine neue Heimat – jedoch nur für kurze Zeit.

Während in Moskau Stalin und Berija eine „Verschwörung“ jüdischer Ärzte witterten und der überwunden geglaubte Antisemitismus nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in anderen kommunistisch regierten Ländern zum Instrument der jeweiligen Parteiführungen gegen „Abweichler“ wurde, geriet die zuvor geförderte jiddische Sprache in Birobidschan in Verruf, Theater und Museum wurden geschlossen, jiddische Bücher aus den Bibliotheken entfernt. Die politisch Aktiven wurden des jüdischen Nationalismus beschuldigt, verurteilt und verbannt. Die übrigen Juden und Jüdinnen wanderten in den 1980er Jahren, als sie dazu Gelegenheit erhielten, aus der Sowjetunion aus. Nur wenige harrten in Birobidschan aus und bemühen sich seit mehreren Jahren um eine Revitalisierung der jüdischen Kultur in Russland. So sind, obwohl der jüdische Bevölkerungsanteil nur zwei Prozent beträgt, Aufschriften weiterhin in kyrillischer und hebräischer Schrift zu sehen – und es lassen sich, so Spera „bis heute Sonnenaufgang und Sonnenuntergang nachspüren“.

Die besondere Stellung Birobidschans in der Ausstellung ist auch Ausdruck der Tatsache, dass die wichtigsten Reportagen in deutscher Sprache über das „Rote Zion“ von Personen stammen, die mit der KPÖ in enger Beziehung standen: der aus Wien stammende Mitbegründer der KPČ und kommunistische Theoretiker Otto Heller sowie die einer galizischen Familie entstammende Wiener Journalistin Lili Körber.

Geographische Schwerpunkte der Ausstellung und des Katalogs sind zwar Moskau und Wien, doch wird beispielsweise auch die maßgeblich von Jüdinnen und Juden geprägte „Kulturpolitik österreichischer Kommunisten im britischen Exil“ (so der Titel des Beitrags von Wolfgang Muchitsch) ausführlich dargestellt.

Zu den „Highlights“ der Ausstellung zählen die zahlreichen Aufnahmen des TASS-Reporters Jewgeni Ananjewitsch Chaldej, des „Fotografen der Befreiung“. Von ihm stammen nicht nur das Foto des Rotarmisten, der die sowjetische Fahne auf dem Berliner Reichstag hisste, sondern auch eines der bekanntesten Bilder des ausgebrannten Wiener Stephansdoms, das Foto der den Verkehr regulie-

renden Rotarmistin auf der Opernkreuzung und andere Foto-Ikonen jener Jahre – darunter die Kranzniederlegung am Grab von Johann Strauß auf dem Zentralfriedhof durch sowjetische Soldaten unmittelbar nach der Befreiung Wiens. Der Katalog klärt auch über das Schicksal dieses bedeutenden sowjetischen Fotoreporters auf: 1948, „im Zuge der antisemitischen ‚Antikosmopolitenkampagne‘, bei der TASS entlassen“, hielt er dennoch bis zu seinem Tod 1997 einem „bevorzugten Helden seiner Fotos, Josef Stalin, die Treue“.

Zu den wichtigsten Leihgebern der Ausstellung zählt das Parteiarchiv der KPÖ. Besondere Hervorhebung verdient der Katalog-Beitrag „Die Jüdische Gemeinde als Politikfeld der KPÖ (1945–1955)“ von Manfred Mugrauer. Dieses Politikfeld war Teil der so genannten „Massenarbeit“ der Kommunistischen Partei. Mit dem Bedeutungsverlust der Kommunisten in der Israelitischen Kultusgemeinde (wo sie nach 1945 als stärkste Fraktion zeitweise den Präsidenten stellten) im Zuge des Kalten Krieges sank auch das Interesse der Parteiführung an diesem Politikfeld. Überzeugend legt Mugrauer dar, dass die Erfolge der Kommunisten bei den IKG-Wahlen der ersten Nachkriegsjahre nicht nur auf die Reputation der Kommunisten und Kommunistinnen aus der Zeit des Widerstands zurückzuführen waren, sondern auch auf ihr Engagement in sozialrechtlichen Fragen, insbesondere ihr Eintreten für die Einbeziehung jüdischer Verfolgter in die staatliche Opferfürsorge. Mugrauer widerlegt auch die immer wieder aufgestellte Behauptung, die KPÖ-Führung habe Anfang der 1950er Jahre die kommunistischen Mitglieder der IKG zum Austritt gedrängt. Im Gegenteil: Die ansonsten zerstrittenen anderen Fraktionen fanden in dem gemeinsamen Anliegen, die kommunistischen Funktionsträger aus der Kultusgemeinde zu drängen, zusammen. Dass ihnen dies gelang, hing maßgeblich mit antisemitischen Erscheinungen in den Volksdemokratien zusammen. Deren hässlichster Ausdruck war der Prozess gegen den Generalsekretär der KPČ, Rudolf Slánský, im Jahre 1952, bei dem in der Anklageschrift ausdrücklich auf die „jüdische Abstammung“ von elf der



Plakat für das Jüdische Autonome Gebiet Birobidschan (UdSSR), 1933.

14 Angeklagten hingewiesen wurde. Mugrauer verweist aber auch auf die Austritte prominenter KommunistInnen aus der Kultusgemeinde, womit für ihn der „in den frühen 1950er-Jahren einsetzende Rückgang des kommunistischen Einflusses in der IKG [...] ein anschauliches Beispiel dafür [ist], dass die Ausgrenzung der KPÖ mit einer Selbstausgrenzung einherging.“

Bei der Eröffnung der Ausstellung berichtete die Festrednerin, die ehemalige Moskau-Korrespondentin des ORF, Susanne Scholl, über die Motivation ihrer Eltern, die sich – als aus Österreich vertriebene Juden – im englischen Exil kennen gelernt hatten, nach Österreich zurückzukehren und sich der KPÖ anzuschließen. Und sie merkte kritisch zum Untertitel der Ausstellung an: Nein, meine Eltern wollten nicht das Paradies auf Erden. Sie wollten als Juden wie ganz normale Menschen unter Menschen leben. Und sie waren überzeugt, dass der Kommunismus die Jüdinnen und Juden diesem Ziel näherbringen werde.

Ausstellung: Wien 1., Dorotheergasse 11, täglich außer Samstag 10 bis 18 Uhr, Eintritt 12 Euro. Die Ausstellung ist bis zum 1. Mai 2018 zu sehen.

Katalog: *Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden*, hg. von Gabriele Kohlbauer-Fitz und Sabine Bergler im Auftrag des Jüdischen Museums Wien. Wien: Amalthea Verlag 2017, 264 S., 29,95 Euro

Vertreibung und Vernichtung

Symposium des DÖW zu Exil und Holocaust

Die Konferenz zum Thema „Vertreibung und Vernichtung. Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust“, die am 25. und 26. September 2017 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes stattfand, war der Schlusspunkt eines seit 2014 laufenden gleichnamigen Forschungsprojekts. Zum einen wurden nun dessen Forschungsergebnisse präsentiert, darüber hinaus wurden diese mit aktuellen Arbeiten zum Thema kontextualisiert.

Insgesamt wurden in 46 Großtransporten und mehreren kleineren Transporten mehr als 48.000 Jüdinnen und Juden aus Wien deportiert. 95 Prozent der Deportierten fielen dem nationalsozialistischen Massenmord zum Opfer. Bis 1942 mussten über 130.000 Menschen Österreich aus politischen und/oder rassistischen Gründen verlassen – 100.000 allein zwischen 11. März 1938 und Mai 1939 –, die große Mehrheit waren Jüdinnen und Juden im Sinne der „Nürnberger Gesetze“.

Ziel des Projekts „Vertreibung und Vernichtung“ war es, zu einer Einschätzung der sozialen Zusammensetzung, zur Geschichte der Vernichtung und Vertreibung und zum späteren Schicksal dieser zahlenmäßig größten Gruppe von NS-Verfolgten, die auch dem größten Vernichtungsdruck ausgesetzt war, zu kommen und damit eine sozialstrukturelle Analyse und eine kollektivbiographische Annäherung zu ermöglichen. Die Untersuchung der soziostrukturellen Unterschiede sowie deren Kontextualisierung in die Geschichte des österreichischen Judentums, seiner Kultur und seiner sozialen Situation vor der Verfolgung mittels Verschneidung der in den empirischen DÖW-Projekten der vergangenen Jahre erfassten Massendaten standen dabei im Mittelpunkt.

Forschungsgrundlagen, und darüber sprach Claudia Kuretsidis-Haider in ihrem Einleitungsreferat, waren die Projekte „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“, „Vertreibung – Exil – Emigration. Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner“ sowie „Die jüdisch-österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der ‚Auswandererkartei‘ der IKG Wien“. Dieses Projekt wurde von Gerhard Ungar (DÖW) vorgestellt.

Andreas Kranebitter, wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, gab in seinem Vortrag „Jenseits des Zählbaren“ einen Überblick über die von ihm erstellten quantitativen Auswertungen zu österreichischen Holocaust-Opfern auf der Grundlage von mehr als dreißig verschiedenen Quellen. „Es ist es jetzt möglich, soziologische Merkmale von vertriebenen österreichischen Juden und Jüdinnen mit jenen von ermordeten zu vergleichen“, erklärte Kranebitter. Demnach war es „eher eine Frage des Alters als eine Frage der beruflichen Stellung gewesen, rechtzeitig der Vernichtung zu entkommen“. Mehr als die Hälfte der jüdischen Männer und Frauen der Jahrgänge 1860 bis 1880 wurden im Holocaust ermordet, während der Anteil der Ermordeten bei den Jahrgängen 1900 bis 1920 bei zehn bis 20 Prozent lag. Die oft zu findende These, dass häufiger Angehörige aus der Arbeiterschicht und ärmeren Bevölkerungsgruppen ermordet wurden, bestätigte sich in dem Forschungsprojekt nicht. „Eines der überraschendsten Ergebnisse war, dass sich die soziale Schichtung der Ermordeten und der Überlebenden so gut wie gar nicht unterschieden hat“, so Kranebitter.

Zwei Aspekte des Projekts über die Rechtsanwaltskanzlei von Dr. Hugo Ebner griffen Manfred Mugrauer und Ursula Schwarz (beide DÖW) auf. Mugrauer würdigte Eva Kolmer, die Mitbegründerin und Generalsekretärin des *Austrian Centre* im englischen Exil, und ging auf die Rückkehrbemühungen des *Free Austrian World Movement* für österreichische NS-Vertriebene ein. Anhand einiger Akten des Auswärtigen Amtes zeigte er auf, dass die österreichischen Behörden an einer Remigration der Vertriebenen wenig interessiert waren. Schwarz beleuchtete Netzwerke österreichischer EmigrantInnen im argentinischen Exil. Die frühere wissenschaftliche Leiterin des DÖW Brigitte Bailer betrachtete am Ende des ersten Tages die spezielle Situation von Frauen bei der Vertreibung und in der Emigration.

Der zweite Konferenztag öffnete den Blickwinkel von den Forschungen des DÖW hin zu „Exil und Holocaust im Spiegel der aktuellen Zeitgeschichtsforschung“. Die familiären Wurzeln



Claudia Kuretsidis-Haider bei ihrem Einleitungsreferat, links: Brigitte Bailer

zahlreicher NS-Vertriebener lagen im früheren Kronland Galizien. Barbara Staudinger vom Team zur Neugestaltung der österreichischen Ausstellung in Auschwitz-Birkenau verfolgte diese Spuren der österreichischen jüdischen Bevölkerung und beleuchtete die Situation der galizischen Kriegsflüchtlinge nach dem Ersten Weltkrieg in Wien.

Einen komparatistischen Ansatz wählte Eleonore Lappin-Eppel (Centrum für jüdische Studien, Universität Graz) und berichtete über jüdische Narrative zu Flucht und Vertreibung im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Durch Eheschließungen mit Ausländern konnten Verfolgte während der Zeit des Nationalsozialismus in Exilländer aus- bzw. weiterreisen oder waren durch die fremde Staatsangehörigkeit geschützt. Da Frauen automatisch die Staatsbürgerschaft ihres Ehemannes bekamen, wurden auch Ehen geschlossen, die nur auf dem Papier bestanden. Die Historikerin Irene Messinger ist bereits seit vielen Jahren Scheinehen in der NS-Zeit auf der Spur und stellte Eheschließungen von Wiener Jüdinnen mit Ausländern in den Jahren 1938 und 1939 in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.

Während zahlreiche Universitäten in den letzten Jahren die Vertreibung und Verfolgung ihrer ehemaligen jüdischen Studierenden in Forschungsprojekten untersuchten, blieb dies an der Veterinärmedizinischen Universität Wien bislang ein Desiderat. Im Projekt „Die Tierärztliche Hochschule im Nationalsozialismus“ versuchen Claudia Kuretsidis-Haider und Lisa Rettl diese Forschungslücke zu schließen. Rettl beleuchtete in

ihrem Vortrag am Beispiel der drei letzten, 1938 noch an der Tierärztlichen Hochschule verbliebenen Studenten die Situation der jüdischen Studierenden vor dem Hintergrund eines latent vorhandenen und 1938 eskalierenden Antisemitismus in einem deutschnational, nationalsozialistisch geprägten Milieu.

Am 10. Mai 1939 wurde die Kündigung jüdischer MieterInnen durch „arische“ VermieterInnen mit der „Verordnung zur Einführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden in der Ostmark“ auf eine scheinlegale Grundlage gestellt. Michaela Raggam-Blesch von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erläuterte, dass nach der „Arisierung“ ihrer Wohnung Juden und Jüdinnen – so ihnen nicht die Flucht oder Ausreise gelang – Wohnungen zugewiesen bekamen. Sie mussten oft mehrere Male die Unterkunft wechseln und fanden schließlich eine Bleibe in Sammelwohnungen, in denen auf engstem Raum mehrere Familien zusammengepfercht leben mussten – vielfach als letzte Station vor ihrer Deportation in die verschiedenen Vernichtungslager.

In den nächsten Jahren wird sich das DÖW einem neuen Großprojekt widmen: den ersten Deportationen von Juden nach Polen im Rahmen der 1939 erfolgten „Nisko-Aktion“. Winfried R. Garscha zeigte auf, dass im Rahmen dieser Aktion von Wien aus zwei Transporte nach Nisko gelangten: der erste am 20. Oktober 1939 mit 912 und der zweite am 27. Oktober 1939 mit 672 Männern.

erinnern.at, das Institut für politisch-historische Bildung über Holocaust und Nationalsozialismus des Bundesministe-

riums für Bildung, fördert den Transfer von historischem und methodisch-didaktischem Wissen zu den Themen Holocaust, Vertreibung und Vernichtung. Dessen Wiener Netzwerkkoordinator Martin Krist erläuterte eine Unterrichtseinheit für SchülerInnen ab der 8. Schulstufe, deren Ziel es ist, den Massenmord als gesellschaftlichen Akt zu begreifen, in dem sich Verantwortung nicht auf einige wenige direkte MörderInnen reduzieren lässt.

Die Vorträge der gut besuchten zweitägigen Konferenz werden 2018 als Schwerpunktband im Rahmen des Jahrbuches des DÖW publiziert. Abgeschlossen wurde die Tagung mit einer Abendveranstaltung im Juridicum im Rahmen der Wiener Vorlesungen. Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Flucht und Vertreibung damals und heute“ wurde der Bogen von der NS-Zeit zur Gegenwart gespannt. Die ORF-Journalistin Judith Brandner diskutierte mit der Historikerin Gabriele Anderl, der Kommunikationswissenschaftlerin Evelyn Steintaler, der Psychologin Friedrun Huemer vom Verein Hemayat sowie dem Schriftsteller und Historiker Doron Rabinovici, dessen Eltern den Holocaust überlebten, Unterschiede und Parallelen der Fluchtsituation und Vertreibung in und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie im Zuge der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen.

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Auszeichnung für Winfried R. Garscha

Der Historiker Winfried R. Garscha, Mitglied des Vorstands der *Alfred Klahr Gesellschaft* seit ihrer Gründung, Archivar des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und Ko-Leiter der dort angesiedelten Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, erhielt das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst I. Klasse. Die Auszeichnung wurde ihm am 23. November 2017 vom Vizekanzler und Bundesminister für Justiz Wolfgang Brandstetter überreicht.



Simon Loidl: „Europa ist zu enge geworden.“ *Kolonialpropaganda in Österreich-Ungarn 1885 bis 1918.* Wien: Pro-media Verlag 2017, 232 S., 25,- Euro

Nach Jahren akademischen Desinteresses scheint die Geschichte der österreichischen (bzw. österreichisch-ungarischen) Kolonialbestrebungen in Übersee nun doch endlich hoffähig zu werden. Als eines von mehreren Indizien werte ich etwa die Dauerausstellung des Ende Oktober 2017 neueröffneten Weltmuseums in Wien, die den imperialistischen Interessen und Aktivitäten der Habsburgermonarchie sowie einigen damit zusammenhängenden Aspekten – wie den kriminellen Praktiken renommierter heimischer Wissenschaftler in Gebieten indigener Kulturen und den dadurch verursachten Restitutionsforderungen – einen eigenen Saal widmet. Auch dass in den vergangenen Jahren jüngere ForscherInnen immer wieder einschlägige Recherchen unternahmen – und dies trotz der angeblich geringen Relevanz der Thematik – ist erfreulich. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist die hier vorzustellende Veröffentlichung von Simon Loidl. Er hat ein sorgfältig recherchiertes, in der politischen Beurteilung ausgewogenes und in der Darstellung überzeugendes Buch vorgelegt, das der heimischen Kolonialdiskussion wichtige Impulse geben kann und hoffentlich geben wird.

Die Erforschung, Analyse und Bewertung von Aktivitäten und Funktionen der Habsburgermonarchie im Rahmen des imperialistischen/kolonialistischen Systems des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ist ein von der österreichischen Geschichtsschreibung weit hin verdrängtes und von der europäischen Kolonialismusforschung leider ebenfalls ignoriertes Themenfeld. Wie Loidl klarstellt, erweist sich allerdings die kaum hinterfragte Gewissheit der heimischen Öffentlichkeit, Österreich habe nicht über außereuropäische Kolonien verfügt und müsse sich daher keiner kolonialen Vergangenheitsbewältigung stellen, bei näherer Betrachtung als grobe Simplifizierung. Einerseits zeigen auch Loidls Erkenntnisse, „dass die Monarchie während dieser Jahrzehnte stets an der Schwelle zur aktiven Teilnahme an der Kolonialbewegung stand bzw. dass entsprechende Aktivitäten von Politikern und einzelnen Vertretern aus Industrie und Militär nicht nur angedacht, sondern geplant und in Ansätzen durchgeführt wurden“ (S. 11). Andererseits waren „das Entstehen kolonialer

Abhängigkeitsverhältnisse und entsprechender ökonomischer Vorteile [...] auch im Interesse einer europäischen Macht, die selbst über keine kolonialen Übersee-Gebiete verfügte.“ (S. 28). Dass Österreich-Ungarn (wie die meisten europäischen Staaten) hinsichtlich eigener Kolonien im Vergleich zu Großbritannien oder Frankreich weit abgeschlagen blieb, war jedenfalls nicht gleichbedeutend mit genereller kolonialpolitischer Abstinenz und mehr der eigenen Schwäche geschuldet als einer prinzipiell antikolonialen Politik.

Loidls Buch untersucht die letzten Jahrzehnte der Existenz Österreich-Ungarns inklusive des Ersten Weltkriegs sowie die Zeit nach 1918, Zeiträume also, die unter kolonialpolitischen Aspekten bisher nur cursorisch behandelt wurden. Der Autor geht weniger auf konkrete außenpolitische Projekte ein als vielmehr auf die öffentliche Diskussion, die in deren Umfeld stattfand, sowie auf die Rolle kolonialistischer pressure-groups. Dabei steht die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft im Vordergrund, die damit überhaupt erstmals zum Gegenstand der Forschung gemacht wird.

Die Behandlung dieser Organisation, ihrer inhaltlichen Positionen und Aktivitäten stellt eine wertvolle Bereicherung unseres Wissensstands dar, auch wenn angesichts einer schmalen Quellenbasis verschiedene Fragen offen bleiben mussten. Wie der Autor ausführt, ist ein Archiv des Vereins nicht erhalten, und auch die von demselben herausgegebene *Österreichisch-Ungarische Kolonialzeitung* sowie andere Publikationen sind nur mehr teilweise vorhanden. Ergänzend wurden Flugschriften und Aufsätze führender Exponenten herangezogen (einige von ihnen später im Rahmen der NSDAP tätig) sowie – für die Kenntnis des konkreten Lobbyings besonders wichtig – der behördliche Aktenverkehr über Eingaben, Denkschriften etc. aus den Beständen des Ministeriums des Äußeren.

Wie Loidl ausführt, oszillierten die Forderungen der Kolonialgesellschaft – einer „imperialistischen Avantgarde“, deren „ideologische Vorreiter [...] eine vorhandene Tendenz in der politischen und ökonomischen Entwicklung der Monarchie aufgriffen und zu verstärken suchten“ (S. 211) – je nach Opportunität zwischen „gemäßigten“ und „radikalen“ Positionen. Teils behandelte man die sog. Auswanderungsfrage und hoffte, über Ansiedlungen von heimischen Emigrant/innen außerhalb Europas eine quasi-koloniale Präsenz aufbauen zu kön-

nen, wovon man sich nicht zuletzt größere Exportmöglichkeiten erhoffte. Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts rückten demgegenüber Pläne für koloniale Erwerbungen in den Vordergrund, etwa durch den konkret vorbereiteten Kauf der Westsahara von Spanien („Rio d’Oro-Projekt“). Während des Ersten Weltkriegs wiederum stand die leicht größenwahnsinnige Forderung nach Umverteilung von Kolonialterritorien der erwarteten Verliererstaaten (Großbritanniens und Frankreichs) zugunsten der als siegreich angenommenen k.u.k. Monarchie im Zentrum. Derart zugespitzte Positionen waren zwar nicht charakteristisch für den politischen Diskurs Österreich-Ungarns insgesamt, erfreuten sich aber dennoch einer gewissen Anerkennung bei der politischen und militärischen Elite und waren in der „Alltagskultur“, einem von rassistischem Überheblichkeitsdünkel und außenpolitischer Selbstüberschätzung geprägten Zeitgeist, verankert.

Zwar waren die Forderungen der Kolonialgesellschaft in keinem einzigen Fall erfolgreich – was auch ihrem leicht anrühigen Image geschuldet gewesen sein mag –, doch verstärkten sich im Laufe der Jahre die expansionistischen Tendenzen auf Regierungsebene (fehlgeschlagene Besetzung der Salomonen-Inseln 1896, Beteiligung an der europäischen Militärintervention gegen China 1900, Annexion Bosniens und der Hercegovina 1908). Exponierte Vertreter der höheren Beamtschaft und des Militärs, wie Feldmarschall Conrad v. Hötzendorf, vertraten zunehmend kolonialistische Positionen. Loidl weist weiters zu Recht darauf hin, dass die – wenn auch zum Teil extremen – Positionen der Organisation in einen breiten pro-kolonialen Konsens auf gesellschaftlicher Ebene eingebettet waren: „Exotisierende Bilder wurden in zahlreichen Veranstaltungen, Büchern, der populären Vermittlung von Expeditionstätigkeiten (die wiederum in Zusammenhang mit kolonialer Eroberung standen und an denen auch zahlreiche Personen aus der Habsburgermonarchie beteiligt waren), und nicht zuletzt im Rahmen großer Ausstellungen (Weltausstellung in Wien 1873, ‚Ashanti‘-Dorf 1896 etc.) ständig reproduziert“ (S. 206). Das dadurch geprägte „gesellschaftliche Umfeld [...] war den Argumenten dieser Diskussion [über eine stärkere Beteiligung der Monarchie am europäischen Kolonialismus] nicht zuwiderlaufend“ (S. 43).

Eher im Gegenteil, war die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesell-

schaft doch nur eine von mehreren kolonialistischen Lobbys, die zur Jahrhundertwende in der Monarchie existierten. Eine derselben, in der Forschung bisher vollkommen tabuisiert, war der Zionismus. Koordiniert von Wien aus wurden teils im Umfeld von, teils in Konkurrenz zu Theodor Herzl eine Fülle von Kolonialprojekten diskutiert und einige davon auch praktisch evaluiert, wobei die Stoßrichtung auch hier zwischen organisierter Emigration und kolonialer Landnahme variierte und als Zielgebiete zunächst Angola und Uganda fungierten; erst später setzte sich Israel als Hoffnungsregion durch. Es geht mir hier nicht darum, die Legitimität der jüdischen Auswanderungsmotive – von antisemitischen Pogromen im zaristischen Russland und in Polen bis hin zur organisierten Massenvernichtung des NS-Regimes – in Frage zu stellen. Die angepeilte Lösungsstrategie hingegen, die Errichtung eines von Europäern dominierten staatlichen Hoheitsgebiets über einheimisch besiedelte Territorien außerhalb Europas und die Diskriminierung der Einwohnerschaft derselben als Menschen zweiter Klasse, stand voll im Einklang mit der siedlerkolonialistischen Tradition des europäischen Imperialismus, wie sie ab den 1780er Jahren in den USA und im 20. Jahrhundert u.a. in Südafrika, Algerien oder Indochina umgesetzt wurde. Von dieser Warte aus gesehen hat der fruchtbare kolonialistische Nährboden Österreich-Ungarns zwar zu keinem Überseebesitz der Monarchie geführt, dafür aber einen Anstoß zu einem der großen Weltprobleme des 21. Jahrhunderts gegeben.

WALTER SAUER

Georg Pichler/Heimo Halbrainer (Hg.): Camaradas. Österreicherinnen und Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939. Graz: Clio 2017, 348 S., 25,- Euro

Nach dem Sammelband „80 Jahre Internationale Brigaden“, herausgegeben im Jahr 2016 vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands und der Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik, erschien mit dem vorliegenden Band eine weitere österreichische Publikation anlässlich des 80. Jahrestags des Spanischen Bürgerkriegs. Um einiges umfangreicher als der erstgenannte, versammelt er die Beiträge eines internationalen Symposiums, das im Oktober 2016 im GrazMuseum stattfand. Tagung und

Publikation sollten verschiedene Forschungen zusammenfassen, die in den vergangenen Jahren zum Spanischen Bürgerkrieg – und hier vor allem in Bezug auf die internationalen Freiwilligen auf Seiten der Republik – in unterschiedlichen Zusammenhängen durchgeführt wurden. Dabei konnte auf einer im Vergleich zu anderen Ländern sehr guten Basis aufgebaut werden. Vor allem die jahrzehntelange Sammlertätigkeit und die Forschungen von Hans Landauer schufen die günstige Grundlage für die weiterführende Beschäftigung mit den österreichischen Freiwilligen, die gegen die Franquisten kämpften.

Zusätzlich zum Symposium, das vom *Verein Prenninger Gespräche* und *CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit* federführend organisiert wurde, konnten von den beiden genannten Einrichtungen zwei Ausstellungen erarbeitet werden, die sich den freiwilligen ÖsterreicherInnen bzw. SteirerInnen widmeten. Eine spanischsprachige Schwesterausstellung zu jener über die steirischen Freiwilligen tourt seit vergangener Herbst durch Spanien.

Der vorliegende Sammelband vereint Aufsätze zu unterschiedlichen Aspekten des Bürgerkriegs aus verschiedensten Blickwinkeln. Georg Pichler bietet in seiner Einleitung einen kompakten Überblick über den Umgang der spanischen Politik und Gesellschaft mit dem Bürgerkrieg. Anders als sonst im Übergang vom „kommunikativen“ zum „kulturellen Gedächtnis“ (Assmann) erlangte der Bürgerkrieg und seine Aufarbeitung vor allem nach der „transición“ von der Diktatur zur Demokratie in den späten 1970er und 1980er Jahren besondere Brisanz und Aktualität. Bis heute sind die Interpretation und Aufarbeitung der Ereignisse, wie auch die Suche nach den Verschwundenen, heftig umkämpft. Förderungen und Projekte stehen und fallen mit der jeweiligen Regierung.

Karl Wimmmlers Beitrag zur Sicht der österreichischen Medien auf den Spanischen Bürgerkrieg stellt einen besonders erhellenden Beitrag zur aktuellen Interpretation der Ereignisse des Kriegs und seiner Akteure auf der republikanischen Seite in Österreich dar. Er dekonstruiert in pointierter Form Plattitüden und Klischees in der Darstellung der Volksfront, der linken Opposition und der innerrepublikanischen Auseinandersetzungen, die nicht nur in den großen Medien mittlerweile kanonisiert zu sein scheinen. Jakob Matscheko, widmet sich den österreichischen Freiwilligen, die auf der Seite des

franquistischen Lagers standen. Er veröffentlichte hierzu bereits 2015 eine Studie, die eine wichtige Leerstelle füllen konnte. Den Leidensweg tausender „Rotspanier“ durch deutsche Lager bis in den KZ-Komplex Mauthausen, wo viele von ihnen zu Tode kamen bzw. ermordet wurden, zeichnet Bernito Bermejo nach. Bermejo ist zweifelsohne jener Forscher, der sich bislang am intensivsten mit den spanischen Opfern der NS-Zeit beschäftigte und mit dem *Libro Memorial* 2006 einen Meilenstein setzte.

Werner Abels Beitrag zur Kommunistischen Partei Spaniens und der Kommission für ausländische Kader präsentiert Forschungsergebnisse, die zum Teil auf neu erschlossenen russischen Quellen basieren. Er geht u.a. auch der heiklen Frage der „características“ der Interbrigadisten nach, die ab 1940 im Exil verfasst wurden. Auch Barry McLoughlin bezieht neue Quellen in seine Studie zur Beziehung der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung zu den Internationalen Brigaden ein. Entgegen weit verbreiteter Ansichten kommt McLoughlin zu dem Schluss, dass sich die sowjetische Führung kaum in die Leitung der Interbrigaden einmischte.

Es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass auch zu verschiedenen bislang kaum beachteten Fragen Forschungsergebnisse versammelt werden konnten. So widmet sich Michaela Wolf einem essentiellen Problem in den aus rund 50 Nationen bestehenden Interbrigaden – der Frage der Sprache und der Übersetzung. In seinem Aufsatz zum Spanischen Bürgerkrieg in der österreichischen Literatur kommt Georg Pichler zu dem Schluss, dass dieser – trotz der überdurchschnittlich hohen Zahl von Freiwilligen – nur wenig Niederschlag in der österreichischen Literatur fand. Die wenigen Texte künstlerischer Natur blieben eher unbekannt. Ebenfalls einer literarischen Thematik widmet sich Erich Hackl, der bereits auf ein großes Oeuvre zum Spanischen Bürgerkrieg und zu österreichischen Freiwilligen verweisen kann. Hackl geht der Entstehung einer Novelle von Josef Toch nach, einer eher schillernden und kontroversen Persönlichkeit. Der dritte Beitrag zur literarischen Verarbeitung des Krieges stammt von Joachim Gatterer und hat die berühmte Reportage „Die drei Kühe“ von Egon Erwin Kisch zum Thema.

Irene Filip, Tochter eines Spanienkämpfers und Betreuerin des Spanienarchivs im DÖW, gibt in ihrem Beitrag ihre Forschungsergebnisse zu den Öster-

reicherinnen wieder, die freiwillig auf Seiten der Republik tätig waren. Derzeit sind laut Filip 34 Frauen bekannt, die diese Mühen und Gefahren auf sich nahmen. Auch wenn die Mehrzahl der österreichischen Freiwilligen Arbeiter waren, so fanden sich auch einige Studierende und Akademiker unter ihnen. Linda Erker, die zu den Universitäten Madrid und Wien unter faschistischen Rahmenbedingungen dissertiert, stellt die Wege von sechs Interbrigadisten von der Universität Wien nach Spanien dar. Harry Spiegel, Walter Wachs und Leopold Spira dürften von den sechs wohl die bekannteren Namen sein.

Jener Aufsatz, der sich mit den 174 Freiwilligen aus der Steiermark beschäftigt, stammt von Heimo Halbrainer. Im darauf folgenden Beitrag nimmt Günter Eisenhut mit Goldy Matthèy und Ferdinand Bilger zwei eher ungewöhnliche Biografien aus der Steiermark in den Fokus. Reinhard Müller behandelt zwei anarchistische Untergrundgruppen in Graz und deren Bezug zum Spanischen Bürgerkrieg. Anhand dessen schildert Müller auch das kleine anarchistische Milieu dieser Zeit in Österreich bzw. Graz, das im Vergleich zu anderen Ländern nur äußerst marginale Bedeutung in der Linken erlangte.

Es gehört zu den Vorzügen dieses Bandes, dass nicht nur neue Quellen, Aspekte und Detailstudien versammelt wurden, sondern man am Ende eine Bibliographie zu den österreichischen Freiwilligen auf Seiten der Republik findet, die auch die neueste Literatur wiedergibt.

FLORIAN SCHWANNINGER

Eleonore Dupuis: Befreiungskind. Wien: Edition Liaunigg 2015, 124 S., 19,90 Euro

In diesem Buch beschreibt eine Frau die jahrelange Suche nach ihrem Vater, einem jener rund 400.000 Rotarmisten, die Österreich im Frühjahr 1945 befreiten. Ab Ende 1945 wurden in ganz Österreich Kinder von alliierten Soldaten geboren – als Folge von Vergewaltigungen, aber auch aus Liebesbeziehungen. Diese Kinder hatten meist ein sehr hartes Los zu tragen. Beschimpft als „Schandfleck“, als „Kinder des Feindes“ oder als „Besatzungskind“, wurden sie in den Familien und in der Verwandtschaft von Beginn an zu Außenseitern. Bis vor wenigen Jahren wurden diese Kinder in der Öffentlichkeit totgeschwiegen. Ebenso wenig wollten die alliierten Mächte die neuen Verwandten ihrer Soldaten anerkennen.

„Setz Dich, ich muss dir etwas Wichti-

ges sagen: Der Vater von Erni ist nicht Dein Vater. Dein Vater war ein russischer Soldat.“ Mit diesen Worten eröffnete die verwitwete Stefanie Novy im Herbst 1955 ihrer damals neunjährigen Tochter Eleonore die Wahrheit über ihre Herkunft. Die St. Pöltner Volksschülerin hatte bis dahin den Vater ihrer älteren Schwester auch für den ihren gehalten. „Dieser russische Soldat [...] bot mir seine Hilfe bei den schwereren Gartenarbeiten an und brachte mir immer wieder Lebensmittel. [...] er war ein guter Mensch [...], und so bist Du entstanden.“

Als Eleonore von ihrem russischen Vater erfuhr, hatten alle alliierten Soldaten Österreich bereits verlassen. Ihr Vater musste schon im Spätsommer 1945 überstürzt abreisen und konnte sich nur in aller Eile von seiner Steffi verabschieden. Eleonore erinnerte sich an die sowjetischen Soldaten, von denen „wir Kinder kleine Geschenke und Naschereien bekamen. Ich fand mich schnell damit ab, einen russischen Vater zu haben. Ich war sogar stolz darauf. Auf den Gedanken, den Vater zu suchen, kam ich nicht.“

Das Nesthäkchen – wie sie sich selbst sah – wurde von Verwandtschaft und Nachbarn verwöhnt, ein Vater fehlte ihr nicht. Jahrzehnte vergingen, in denen sie in verschiedenen Ländern lebte, heiratete und drei Kinder zur Welt brachte. Erst nachdem sie nach Österreich zurückgekehrt und ihre Mutter verstorben war, kam in ihr die Sehnsucht hoch, nach ihrem Vater zu suchen. Ihre Mutter hatte ihr nur einen Namen hinterlassen, dazu einen Atlas, in dem sie den Geburtsort ihres geliebten Rotarmisten markiert hatte, und die Stoffserviette, mit der dieser so oft wie möglich Lebensmittel vorbei gebracht hatte.

Nachdem ihr verschiedene offizielle Stellen in Österreich bei der Suche nach ihrem Vater nicht dienen konnten, begann Eleonore Russisch zu lernen und nahm die Sache selbst in die Hand. Sie reiste nach Russland und tastete sich an die verschiedensten Auskunftgeber heran. Sie war überrascht von der Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft, die sie in Russland erfuhr und lernte Sprache und Kulturen immer besser kennen und lieben. Ihre intensive Suche nach ihrem Vater überzeugte die Mitarbeiter in den Archiven. Durch Fernsehauftritte in der russischen Sendung „Zdi menja“ bekam sie weitere Hinweise über mögliche Spuren zu ihrem Vater.

Durch ihre jahrzehntelangen Erfahrungen konnte Dupuis bereits mehreren „Russenkindern“ bei der Suche nach

ihrem Vater helfen. Einigkeit herrscht in dieser Gruppe darüber, dass sie sich nicht als „Besatzungskinder“, sondern als „Befreiungskinder“ sehen. Dieses Thema hat nun – nicht zuletzt durch das Engagement von Dupuis – Eingang in die Zeitgeschichtsforschung gefunden. Das Buch erschien 2016 in Moskau auch in russischer Übersetzung.

MARIA ZIESLER

Walter Baier: Unentwegte. Österreichs KommunistInnen 1918–2018. Wien: Globus Verlag 2017, 118 S., 10,- Euro
Bestellungen: bundesvorstand@kpoe.at

Gewissermaßen als Vorgriff auf den 100. Jahrestag der Gründung der KPÖ am 3. November 1918 hat der Bundesvorstand der KPÖ die Publikation „Unentwegte – Österreichs KommunistInnen 1918–2018“ herausgegeben. Autor ist der ehemalige Parteivorsitzende (1994–2006) Walter Baier, der nun als Koordinator des Europäischen Netzwerks *Transform* tätig ist. Das Werk stellt eine erweiterte Fassung jener Broschüre dar, die 2008 zum 90. Geburtstag der KPÖ erschienen ist.

Die Zeit parteioffizieller Geschichtsschreibung ist vorbei. Jede/r, der oder die sich mit der Parteigeschichte der KPÖ befasst, tut dies in eigener Verantwortung und bringt dabei seine spezifische Sichtweise, Schwerpunktsetzung und Wertungen ein. Das Ziel, das der Autor mit dieser Publikation verfolgt, ist „die Geschichte des österreichischen Kommunismus in kompakter Weise (zu) erzählen, indem sie dessen Widersprüche in den Mittelpunkt stellt. Deutlich wird, dass die Kommunistische Partei Österreichs zu keiner Zeit eine monolithische Einheit war. In ihren Krisen und Konflikten spiegeln sich die großen, gewalttätigen Kämpfe des 20. Jahrhunderts, ebenso wie die Widersprüche, die den Kommunismus als Ideologie ausmachen. Diese Widersprüche sind es, die überhaupt an eine Erneuerung des Kommunismus denken lassen. [...] So ist dieser Text dem Andenken an die vielen Tausenden österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten gewidmet, die mit ihren Opfern und Leistungen die Zeitgeschichte mitgeschrieben haben. Er ist ein Statement wider das Vergessen und wider den Antikommunismus.“

Die Broschüre ist in neun Kapitel gegliedert, die sich an die bekannten Perioden der Ersten und Zweiten Republik und des antifaschistischen Widerstands anlehnen. Neben vielen Details und Per-

sönlichkeiten, an die dabei erinnert wird, ist angesichts der laufenden Ausstellung „Genosse. Jude.“ im Jüdischen Museum für Baier auch die Tatsache erwähnenswert, dass zu den vielen Aufbauleistungen der KPÖ nach 1945 die Initiative zur Reaktivierung der Israelitischen Kultusgemeinde gehört, deren Präsidenten sie auch bis 1948 stellte.

Die Kapitel 8 und 9 befassen sich unter dem Titel „Gibt es ein Leben nach dem Tod? Kommunismus nach 1990“ mit der unmittelbaren Vergangenheit der letzten 25 Jahre. Diese Phase begann 1991 mit dem 28. Parteitag in Graz, der eine Distanzierung vom Stalinismus und eine Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus beschloss, sowie festlegte, die Partei weder aufzulösen, noch umzubenennen, aber die langfristige Option auf eine Vereinigung mit anderen linken Kräften offenzuhalten. Die Wahlergebnisse erholten sich nach dem Tiefstand von 1994 und schlossen wieder an jene der 1970er Jahre an. Verlorene Positionen auf Gemeinde- und Landesebene konnten zurückgewonnen und ausgebaut werden, insbesondere in der Steiermark, wo 2005 der Wiedereinzug in den Landtag gelang. Die KPÖ überlebte auch ihre Enteignung durch die deutschen Behörden und mutierte – nunmehr ohne Parteiapparat – zur AktivistInnenpartei.

Walter Baier resümiert: „Allein durch ihren Widerstand gegen die beiden Diktaturen in Österreich erwiesen sich zehntausende KommunistInnen als DemokratInnen und HumanistInnen der Tat. Selbst eine kritische Bilanz ergibt, dass die Geschichte der KPÖ nicht ausschließlich und auch nicht in erster Linie durch ein unkritisches Verhältnis zum Stalinismus geprägt war. Der hierzulande herrschende Antikommunismus verstellt die Sicht auf etwas Wesentliches: wie groß der Erfahrungswert und der kulturelle Reichtum des österreichischen Kommunismus tatsächlich ist, an dessen Geschichte hunderttausende Menschen mitgewirkt haben. Es wäre fatal, würden die KommunistInnen sich diesem Antikommunismus beugen. Sie werden es nicht tun. Sie wollen sich von der Geschichte ihrer Bewegung nicht trennen, sondern sie für künftige Aufgaben nutzbar machen und mit der gesamten Linken teilen.“ Die Broschüre richtet sich daher nicht allein an Mitglieder und AktivistInnen der KPÖ. Auf ihrer Basis lässt sich auch ein Dialog mit anderen linken Kräften und historisch Interessierten entwickeln.

MICHAEL GRABER

Wohn-Geschichten

Margarete Schütte-Lihotzky und der Wohnbau in Wien

Mit den Worten „Licht, Luft, Sonne“ beschrieb Margarete Schütte-Lihotzky 1947 in der Zeitschrift *Stimme der Frau* das Wiener Wohnbauprogramm, das sie gerade entworfen hatte. Es war dazu gedacht, den Abgeordneten der KPÖ zum Wiener Gemeinderat eine Argumentationsgrundlage für ihre wohnpolitischen Forderungen in die Hand zu geben. Das Programm beruhte auf umfangreichen Bestanderhebungen und stützte sich bei der Finanzierung auf die Wohnbausteuer von Hugo Breitner in der Zwischenkriegszeit.

Schütte-Lihotzky traf im Jänner 1947 – nach viereinhalb Jahren Zuchthaus und einigen Umwegen – endgültig in Wien ein. Die Architektin freute sich darauf, endlich wieder bauen zu können. Im befreiten Österreich, im schwer zerstörten Wien, wollte sie mit ihren Spezialkenntnissen im sozialen Wohnbau am Wiederaufbau mitwirken. Es sollte anders kommen. Das von der KPÖ im Wiener Gemeinderat eingebrachte „Neue Wiener Wohnbauprogramm“ wurde als nicht dringlich eingestuft und nie realisiert.

Während ehemalige Nazis, bereitwillige HelferInnen und NutznießerInnen des „Dritten Reiches“ wieder große öffentliche Aufträge zugeteilt bekamen, erhielt Schütte-Lihotzky als Kommunistin und Aktivistin der Friedens- und Frauenbewegung nur wenige Projekte und wurde für Jahre boykottiert. Man befand, auf die Spezialkenntnisse der international bekannten Architektin im sozialen Wohnbau verzichten zu können. Arbeitslos war sie deswegen nicht. Abgesehen von ihren politischen Aktivitäten nahm sie an Ausstellungen, Kongressen und Kolloquien teil, publizierte und bearbeitete Aufträge für private Auftraggeber. Studienreisen führten sie nach China, Cuba und in die DDR. Als Anfang der 1990er Jahre die Würdigungen ihrer Arbeiten und ihrer Person einsetzten, war sie fast 90 Jahre alt.

Die neue Ausstellung im *Margarete Schütte-Lihotzky Raum* mit dem Titel „Wohn-Geschichten“ begibt sich auf die Spuren, die die Architektin in Form von Bauten, Plänen, Konzepten und Publikationen hinterlassen hat. Zu sehen ist ein Stück Geschichte des sozialen Wohnbaus im 20. Jahrhundert. Noch 1994 brachte sie ihre Überlegungen für frauengerechtes Bauen als Jurorin bei der Pla-

nung der Wohnhausanlage „Frauenwerk-Stadt“ ein. An Audio-Stationen der Ausstellung sind Geschichten von BewohnerInnen über das Wohnen in von Schütte-Lihotzky geplanten Bauten und Räumen zu hören.

ELISABETH HOLZINGER

Wohn-Geschichten. Margarete Schütte-Lihotzky – Schwerpunkt Wohnbau in Wien
Margarete Schütte-Lihotzky Raum
 Untere Weißgerberstraße 41, 1030 Wien
 Bis 29. Juni 2018
 Di, Mi 10–14 Uhr
 Do, Fr 14–18 Uhr
www.schuette-lihotzky.at

Freitag, **26. Jänner 2018**, 16–21 Uhr
 Margarete Schütte-Lihotzky-Symposium
 20 Jahre Margarete Schütte-Lihotzky-Projektstipendium 1998–2018, Präsentation der Arbeiten der StipendiatInnen

Donnerstag, **1. Februar 2018**, 19 Uhr
 Urania Film-Soiree
 VHS Wiener Urania, Mittlerer Saal
 Film „Der weibliche Name des Widerstands“ (Drehbuch: Susanne Zanke und Marie-Thérèse Kerschbaumer)
 Begrüßung: Christine Zwingl



Klasse • Demokratie Arbeiterbewegung

Mit Beiträgen von: Heinz Bierbaum (Partei DIE LINKE), Bruce Bostick (USA), Brecht De Smet (Ägypten/Belgien), Linda Farthing (Bolivien), Uwe Fritsch / Jörg Köther / Mark Seeger (Volkswagen), Oliver Jonischkeit (Österreich), Pierre Laurent (Frankreich), Domenico Losurdo (Italien), Georg Polikeit, Wolfgang Reinicke-Abel, Jan von Hagen (ver.di)

Mit Beilage »Nachgelesen«: Wolfgang Abendroth, »Lenin und die internationale Arbeiterbewegung«

Weitere Themen: Nordkorea, Kurdistan/Irak, Freihandel, Staatsverschuldung, Antifaschistische Geschichtsarbeit, Luther als Anti-Kapitalist?, »G 20« – Protest-Nachlese

Einzelpreis 9,50 €
 Jahresabo 48,00 €
 ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene

Vortrag von Dr. **Claudia Kuretsidis-Haider**
(*Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*)
und **Präsentation** des gleichnamigen Buches über die
Rechtsanwaltskanzlei von Dr. Hugo Ebner



Dr. **Rudolf Müller** (Senatspräsident des
Verwaltungsgerichtshofes i.R., Mitglied des
Verfassungsgerichtshofes):

*Die Kanzlei Ebner und Partner.
Die Zuerkennung österreichischer
Pensionen für jüdische NS-Vertriebene*

Mittwoch, **17. Jänner 2018**, 18.00
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien

Im Anschluss an den öffentlichen Vortrag findet die **Generalversammlung**
der **Alfred Klahr Gesellschaft** statt. Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung (Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann)
- Beschlussfassung der Tagesordnung
- Berichte: Bericht des Präsidenten (Dr. Walther Leeb), Kassabericht (Dipl.-Ing. Friedl Lerch), Diskussion, Bericht der Rechnungsprüfer
- Neuwahl des Vorstands

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Irene

Filip, Sabine Fuchs, Winfried R. Garscha,

Michael Graber, Elisabeth Holzinger, Clau-

dia Kuretsidis-Haider, Peter März, Manfred

Mugrauer, Franz Stephan Parteder, Helmut

Rizy, Walter Sauer, Florian Schwanninger,

Karl Wimmeler, Maria Ziesler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

100 Jahre Jännerstreik 1918: Der größte Streik in der Geschichte Österreichs
Vortrag von Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**

Montag, **22. Jänner 2018**, 18.00, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Eine Veranstaltung von *CLIO. Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit*

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930
BIC: OPSKATWW

Symposium „Der Oktober und seine Folgen“

Vorträge

Frank Deppe (Politologe, Marburg): *Die Oktoberrevolution und Europa*

Sabine Kebir (Literaturwissenschaftlerin und Politologin, Berlin):

Die Oktoberrevolution und die „Dritte Welt“

Veronika Helfert (Historikerin, Wien): *Der Jännerstreik 1918 und*

Frauen in der österreichischen Rätebewegung

Podiumsdiskussion „Kommunistische Identität heute“

TeilnehmerInnen: Frank Deppe, Sabine Kebir, Mirko Messner (Bundes-
sprecher der KPÖ), Sarah Pansy (Sprecherin der „Jungen Grünen“)

Samstag, **27. Jänner 2018**, 14.00
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien


transform!at
Verein zur Förderung linker Diskurse und Politik

Rote Denkfabrik

KPO



Frank Deppe: *1917 | 2017.
Revolution und Gegenrevolution.* Hamburg: VSA Ver-
lag 2017, 256 S., 19,80 Euro